

Nach dem Rücktritt von Herrn Prof. Lütty vom Amt als Schatzmeister wurde vom Vorstande für dieses Amt Herr Dir. Dr. Scheithauer bestimmt; zugleich wurde die geschäftliche Erledigung der Kassengeschäfte nach Leipzig verlegt und somit sämtliche geschäftlichen Arbeiten des Vereinsbureaus an einer Stelle vereinigt. Es wurde zum Zwecke der Bearbeitung der Kassensachen vom 1./7. 1912 an ein besonderer Beamter angestellt.

Da die Arbeiten der Redaktion ständig wachsen, wurde es notwendig, eine wissenschaftlich gebildete Hilfskraft anzustellen.

Mit dem 1./7. 1912 wurde ferner ein im Anzeigenwesen durch vieljährige Tätigkeit erfahrener Beamter als Vorsteher der Anzeigenverwaltung des Vereins deutscher Chemiker bestellt. Zu seiner Unterstützung sind ständig zwei Hilfskräfte tätig.

Die Geschäftsstelle hat an schriftlichen Ein- und Ausgängen insgesamt 10 858 gegenüber 8825 und 6820 in den Vorjahren zu verzeichnen. Außerdem wurden noch zahlreiche, nicht im einzelnen registrierte Werbebriefe und Rundschreiben versandt. Die Zunahme der registrierten Ein- und Ausgänge ist in der Hauptsache auf den internationalen Kongreß für angewandte Chemie zurückzuführen.

Für die Statistik der Chemiker wurden 359 Fragebogen versandt und 29 Mahnkarten.

Geschichte des Vereins.

Im Auftrage des Vorstandes bearbeitete der Generalsekretär die Geschichte des Vereins in den ersten 25 Jahren seines Bestehens. Bei der Abfassung wurde der Herausgeber in dankenswerter Weise unterstützt durch Mitteilungen der früheren Vorsitzenden und Geschäftsführer. Ferner übernahmen die wissenschaftlichen Beamten der Geschäftsstelle, der Rechtsbeirat des Vereins, ferner ein Mitglied des sozialen Ausschusses und der Vorsitzende der analytischen Fachgruppe die Abfassung einzelner Kapitel. Die Entwicklung der Bezirksvereine wurde von ihren Schriftführern dargestellt.

Die Vereinsgeschichte gibt ein anschauliches Bild der vielseitigen Tätigkeit und der großen Erfolge des Vereins. Sie ist geschmückt mit den Bildnissen des Gründers des Vereins und der Vorsitzenden der ersten 25 Jahre.

Der Absatz des Werkes unter den Vereinsmitgliedern hat nicht ganz den Erwartungen des Vorstandes entsprochen, obgleich sich die Schriftführer der Bezirksvereine um den Vertrieb in aufopfernder Weise bemüht haben. Es wäre nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern vor allem zur Förderung des Interesses für die Vereinsarbeit und zur Hebung des Chemikerstandes eine weite Verbreitung dieses Buches sehr erwünscht.

Verkehr mit befreundeten Fachvereinen.

Der Verein stand in freundschaftlichem Verkehr und Gedankenaustausch mit den unten aufgeführten Vereinen;

er hatte die Freude, Vertreter fast aller dieser Vereine bei der Jubiläumshauptversammlung zu begrüßen und war bei ihren Hauptversammlungen durch Mitglieder seines Hauptvorstandes, der Bezirksvereine oder durch den Generalsekretär vertreten.

Deutsche Chemische Gesellschaft.

Deutsche Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemie.

Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands.

Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands.

Verein deutscher Nahrungsmittelchemiker.

Verein der Papier- und Zellstoffchemiker.

Verein öffentlicher analytischer Chemiker Sachsens.

Internationaler Verein der Lederindustriechemiker.

Verein deutscher Ingenieure.

Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums.

Die im Institut für Gärungsgewerbe verbundenen Vereine.

Physikalischer Verein zu Frankfurt a. M.

Verein der deutschen Kaliinteressenten.

Verein deutscher Eisenhüttenleute.

Verein zur Förderung chemischer Forschung.

Verband deutscher Diplomingenieure.

Verband deutscher Patentanwälte und

Internationaler Patentanwaltverband.

Deutscher Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie.

Braunkohlen-Industrieverein.

Deutsche Beleuchtungstechnische Gesellschaft.

Gesellschaft deutscher Metallhütten- und Bergleute.

Verein beratender Ingenieure.

Verein der Chemiker-Coloristen.

Verband geprüfter Nahrungsmittelchemiker.

Österreichischer Chemikerverein.

Landesverein der chemischen Industriellen Ungarns.

Verein ungarischer Chemiker.

Schweizerische chemische Gesellschaft.

Außerdem sandten zu unserer Hauptversammlung telegraphische Glückwünsche:

Società Chimica Italiana.

Niederländische chemische Vereinigung.

Sociedade chimica Portuguesa.

Auszüge aus den Berichten der Abteilungen.

A. Bezirksvereine.

Bezirksverein Aachen. Im Jahre 1912 wurden 10 Versammlungen abgehalten, darunter eine Anzahl Besichtigungen industrieller Unternehmungen, sowie eine kinematographische Vorführung von arbeitenden Maschinen. Vorträge: „Über Ernährungsfragen.“ „Die moderne amerikanische Betriebsorganisation (nach Taylor)“ (mit Lichtbildern). „Fortschritte der drahtlosen Telegraphie“ (mit Experimenten). „Nutzbarmachung des Stickstoffes der Steinkohle.“ „Einige neu beobachtete Fälle von optischer Aktivität bei koordinativ gesättigten Verbindungen.“ „Neues über die Erzeugung der Elektrizität aus Kohle.“ Der Besuch der Veranstaltungen war durchschnittlich sehr rege. Die Mitgliederzahl belief sich am Schlusse des Berichtsjahres auf 60 ordentliche und 21 außerordentliche Mitglieder.

Bezirksverein Bayern. Von den im Jahre 1912 abgehaltenen 6 Wanderversammlungen fanden 4 in

Nürnberg, 2 in Erlangen statt, die letzteren in Gemeinschaft mit der Erlanger chemischen Gesellschaft. Außerdem wurde ein wohlgelungener Familienabend mit Tanz in Nürnberg abgehalten. Vorträge: „Kolloidale Metallösungen.“ „Zur Kenntnis der ozeanischen Salzablagerungen.“ „Über die Fällungen von Metallsalzlösungen durch Alkalien.“ „Über die Arbeiten der internationalen Petroleumkommission.“ „Über die Herstellung und die Eigenschaften der synthetisch erzeugten Edelsteine.“ „Über den Gasgehalt von Taunusgesteinen.“ „Über Hydrogenisation mit Palladiumsol.“ „Über Bodenreform und Industrie.“ „Über amerikanische Reiseeindrücke.“ Wie in den Vorjahren, so stand auch im Berichtsjahre der Bezirksverein im Einladungsverhältnis mit dem Fränkisch-oberpfälzischen Bezirksverein deutscher Ingenieure, an dessen Besichtigungen unser Bezirksverein teilnahm, sowie an einem von ihm veranstalteten Vortrag über die technisch-kinematographischen Aufnahmen. Der Bezirksverein war durch einige Delegierte

in dem „Ortsausschuß technischer Vereine in Nürnberg“ vertreten, der am 8./3. eine Sitzung abhielt. — Den dankenswerten Bemühungen des Herrn Dr. Heiduschka ist es gelungen, die Ortsgruppe München zu neuem Leben zu erwecken. 20 Neuaufnahmen stehen 2 Austritte gegenüber, dem Bezirksverein gehören demnach an: 168 ordentliche und 5 außerordentliche und 27 studentische Mitglieder.

Bezirksverein Belgien. Die Mitgliederzahl fiel im Berichtsjahre von 136 auf 132. Ein Mitglied wurde durch den Tod entrissen. Von den Mitgliedern wohnen genau 50% in Belgien, die übrigen verteilen sich auf das Ausland, sowohl in Europa, wie Übersee (Amerika, Ostasien). Es fanden eine Vorstandssitzung, sowie 10 Monatsversammlungen, und zwar 6 in Brüssel und 4 in Antwerpen statt. Vorträge: „Über Neu-Caledonien unter besonderer Berücksichtigung seines Erzvorkommens.“ „Neueres über Blenderöstung.“ „Einiges über Zusammensetzung von Theorie und Praxis in der chemischen Industrie.“ „Über aromatische Telluroniumdihalogenverbindungen.“ „Projektionen von Reisebildern.“ In den Ortsgruppen zu Brüssel und Antwerpen herrschte ein reges Leben.

Bezirksverein Berlin. Im Jahre 1912 fanden 8 Versammlungen statt. Vorträge: „Die Mangelhaftigkeit der Milchkontrolle.“ „Die schnelle Erzeugung harten Kohlen-säureschnees“ (mit Experimenten). „Die Einwirkung der gebräuchlichen Bleichmittel auf die Cellulosefaser.“ „Hydrierte Fette und deren Anwendung in der Seifenindustrie.“ „Über einen neuen Universalphotographier-Kopierapparat.“ „Neues Verfahren und über Apparatur für Löslichkeitsbestimmungen“ (mit Demonstrationen). „Die Beziehungen zwischen Chemie und Medizin.“ Außerdem wurden aus der Mitte der Versammlung einzelne interessante technische Mitteilungen geboten, die allgemeines Interesse erweckten, wie auch sich an die Vorträge rege Diskussionen angeschlossen. Der Mitgliederbestand beträgt rund 250. Die Hilfskasse des Bezirksvereins wurde sehr häufig in Anspruch genommen, so daß erhöhte Mittel aus der Bezirksvereinskasse zugesprochen werden mußten.

Bezirksverein Bremen. Nachdem sich ein in Bremen seit längeren Jahren bestehender Chemikerverein am 25./1. 1911 aufgelöst hatte, beschlossen Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker, in Bremen einen Bezirksverein ins Leben zu rufen. Am 2./10. 1911 konnte die erste Sitzung der an der Gründung des Bezirksvereins beteiligten Mitglieder stattfinden. Die Zahl von 20 Mitgliedern war zur Zeit dieser Versammlung noch nicht erreicht, weshalb eine Anmeldung beim Hauptverein noch nicht stattfinden konnte. Am 21./2. 1912 war die durch die Satzungen vorgeschriebene Mindestzahl erreicht, und am 6./5. 1912 wurde dem Bezirksverein Bremen die Genehmigung des Hauptvereins erteilt, so daß der neue Bezirksverein auf der Jubiläumshauptversammlung zum ersten Male vertreten war. Bisher hat der Bezirksverein insgesamt 5 Sitzungen veranstaltet. Vortrag: „Elektrische Hochöfen und Elektro Stahl.“ Am 31./12. 1912 hatte der Bezirksverein 24 ordentliche und 4 außerordentliche Mitglieder. Er verlor in der Berichtszeit 2 Mitglieder durch Tod. Der Bericht schließt mit einer Aufforderung an die unserem Verein immer noch fern stehenden Kreise von Kollegen, sich dem Bezirksverein anzuschließen.

Bezirksverein Frankfurt. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder beträgt wie im vergangenen Jahre 225, während die Zahl der außerordentlichen Mitglieder von 21 auf 18 zurückgegangen ist. Durch Tod verlor der Bezirksverein ein Mitglied. Es fanden 10 Versammlungen statt, darunter 3 Wanderversammlungen in Offenbach, Oberursel und Darmstadt, letztere gemeinschaftlich mit dem Oberrheinischen Bezirksverein. Der Vorstand trat zweimal zusammen. Außerdem waren mit den Wanderversammlungen Besichtigungen industrieller Anlagen verknüpft. Vorträge: „Über die Darstellung und Wertbestimmung der Heilsera.“ „Über den räumlichen Bau der anorganischen Verbindungen.“ „Über neue Probleme aus der Lederindustrie.“ „Über die quantitativen Ergebnisse der neueren Indicatorenforschung.“ Der Bezirksverein stand im Einladungsverhältnis mit der Chemischen und Elektrochemischen Gesellschaft,

dem Ingenieurverein, dem Institut für Gewerbehygiene und dem Technischen Verein. Die Bibliothek des Bezirksvereins bildet einen Teil der allgemeinen technischen Bibliothek, die sich im Vereinslokal des Technischen Vereins befindet und täglich von 10 Uhr morgens bis 9 Uhr abends für die Mitglieder der beteiligten Vereine geöffnet ist.

Bezirksverein Hamburg. Die Mitgliederzahl stieg bei 28 Neueintritten, 2 Todesfällen und 5 Austritten auf 183. Der Vorstand hielt 2 Sitzungen ab, wissenschaftliche Sitzungen wurden, wie bisher, gemeinsam mit dem Chemikerverein, und zwar insgesamt 7 abgehalten. Vorträge: „Die Gewinnung der natürlichen und künstlichen Riechstoffe.“ „Über Fabrikation und Prüfung der Sicherheitssprengstoffe.“ „Über Dekoration mit durchscheinendem Marmor.“ „Ein Fall der Verwendung von Nitrocellulose als Kleidungsstoff.“ „Das Wesen der Wärme.“ „Über die Entwicklung der Gummiindustrie und Kautschukchemie.“ „Bericht über die 25. Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Freiburg i. Br.“ „Weitere Mitteilungen über Neutralkoks.“ „Über gehärtete Öle.“ „Der VIII. internationale Kongreß für angewandte Chemie und die Vereinigten Staaten von Nordamerika“ (mit Lichtbildern).

Bezirksverein Hannover. Der Mitgliederbestand belief sich am Schluß des Jahres 1912 auf 148 ordentliche und 49 außerordentliche Mitglieder. (Ausgetreten 6 ordentliche und 7 außerordentliche Mitglieder, gestorben 1, neubeigetreten 5 ordentliche und 2 außerordentliche Mitglieder.) Außer vier Vorstandssitzungen fanden neun Versammlungen statt. Vorträge: „Darstellung und Bedeutung des Ozons in technischer Beziehung.“ „Über die Legierungen Gold, Silber und Kupfer.“ „Geologische Probleme der Abstammungslehre.“ „Mechanische und magnetische Aufbereitung.“ „Keramische Industrie in Nordamerika.“ „Über seltene Erden.“ „Der VIII. Internationale Kongreß für angewandte Chemie in Washington und Neu-York.“ Ferner wurden im Verbands der technisch-wissenschaftlichen Vereine in 7 Sitzungen folgende Vorträge gehalten: „Marokko, Land, Leute und ihre Geschichte, ihre Sitten und Gebräuche.“ „Über die Wünschelrute.“ „Der Ems-Weserkanal und seine Verbindung mit dem Rhein.“ „Über praktische Fliegen.“ „Der Staatsvertrag mit Preußen (Kohlbrandvertrag) und die Erweiterung des Hamburger Hafens.“ „Island- und Spitzbergenfahrten der Hamburg-Amerikalinie.“ „Verladeeinrichtungen und Krane für Industrie und Seehäfen.“ Endlich sind noch zwei Besichtigungen zu erwähnen, die im vergangenen Jahre stattgefunden haben.

Märkischer Bezirksverein. Im Jahre 1912 wurden 41 Mitglieder neu aufgenommen, während 6 Mitglieder starben, und 27 austraten. Die Gesamtzahl erhöhte sich damit auf 436. Es fanden neun ordentliche Sitzungen statt, die meist sehr gut besucht waren. Vorträge: „Über Fortschritte in der Leuchtgasfabrikation.“ „Über eine neue chemische Untersuchungsmethode mittels des Zeißschen Interferometers“ (mit Demonstrationen). „Über die Untersuchung von Chemikalien im ultravioletten Licht“ (mit Demonstrationen). „Über Radioaktivität“ (mit Demonstrationen). „Die technische Verwendung der seltenen Erden“ (mit Ausstellung von Präparaten und aus seltenen Erden hergestellten Gegenständen). „Der heutige Stand der Quarzglasindustrie“ (mit Lichtbildern). „Über neuere Fragen in der Stearinindustrie, insbesondere über das Härten von Ölen.“ „Entstehung, Gewinnung und Bedeutung unserer deutschen Steinkohlenschätze“ (mit Lichtbildern). „Eindrücke von meiner (Alexander) Reise zum VIII. Internationalen Kongreß für angewandte Chemie in Amerika.“ „Über Kunststoffe aus Viscose und Formylcellulose.“ Die Vorträge riefen meist längere lebhaftere Diskussionen hervor.

Bezirksverein für Mittel- und Niederschlesien. Der Bezirksverein zählte Ende 1912 70 ordentliche und 51 außerordentliche Mitglieder. Außer der Hauptversammlung fanden 7 ordentliche Versammlungen statt. Vorträge: „Reiseeindrücke von Amerika und vom VIII. internationalen Kongreß für angewandte Chemie.“ „Die neuere Entwicklung der Seifenindustrie.“ „Die Darstellung von Manganaten und Permanganaten.“ „Die

Hauptversammlung 1912 in Freiburg.“ „Über die Messung der Geschwindigkeit und des Zuges oder Druckes von strömenden Gasen im Fabrikbetriebe.“ „Vorführung eines neuen Zugmessers und eines neuen Quecksilbervolumenometers.“ Ferner wurde eine Besichtigung veranstaltet. Der Vorstand trat zu vier Sitzungen zusammen, von denen drei der Vorbereitung der Hauptversammlung gewidmet waren.

Bezirksverein Neu-York. Die Mitgliederzahl stieg von 175 auf 190. Es wurden zahlreiche wissenschaftliche Sitzungen gemeinsam mit den anderen chemischen Vereinigungen von Neu-York veranstaltet. Die darin gehaltenen Vorträge werden in dem Jahresbericht des Bezirksvereins nicht aufgeführt. Die Beteiligung an diesen Veranstaltungen seitens der Mitglieder unseres Bezirksvereins ist immer eine sehr rege. Der Bezirksverein nahm auch an der Feier teil, die am 10./1. 1912 von den Vereinigten Chemischen Gesellschaften anlässlich der Überreichung der Perkins-Medaille an eines seiner Mitglieder, Hermann Frasch, abgehalten wurde. Schließlich ist noch die Nachfeier des 25jährigen Bestehens des Vereins deutscher Chemiker zu erwähnen, die in der Zeitschrift bereits ausführlich geschildert worden, und auf die auch an anderer Stelle Bezug genommen ist. Gerade im Hinblick auf die bei dieser Gelegenheit angeknüpften Bekanntschaften schließt der Bericht des Bezirksvereins mit folgenden Zeilen: „Hoffentlich entwickeln sich die bei dieser Gelegenheit geschlossenen Beziehungen zu Banden fester Freundschaft zum Wohle des Vereins deutscher Chemiker, zum Wohle der großen Nationen auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans. Diese sich näher zu bringen, sich gegenseitig verstehen zu lernen, soll auch in Zukunft eine der Hauptaufgaben der Neu-Yorker Sektion des Vereins deutscher Chemiker sein!“

Bezirksverein Oberrhein. Der Bezirksverein verlor im Berichtsjahre 5 Mitglieder durch den Tod, 25 durch Austritt, insbesondere durch Übertritt in den neugegründeten Schweizer Bezirksverein. Dem gegenüber steht ein Zugang von 31 neuen Mitgliedern, so daß sich der Mitgliederstand auf 304 stellte. Es fanden 5 Versammlungen statt. Vorträge: „Über die Beziehungen des Blätteraldehyds (α - β -Hexylenaldehyd) zu anderen in den Pflanzen vorkommenden Körpern.“ „Über Kolloide.“ „Über die flüchtigen Substanzen der Hainbuchenblätter.“ „Zur Kenntnis der katalytischen Wirkung des Jods.“ „Über Hydrazindisulfosäure.“ „Über indigoide Farbstoffe der Methanreihe.“ „Über eine neue Reaktion der Glyoxalidone.“ „Über die Äquivalenz bei chemischen Erfindungen.“ „Über die von Berzelius zuerst beobachtete Glüherscheinung an gefälltem Chromoxyd.“ „Über Umbau und Aufbau der Nahrungsstoffe im Organismus.“ „Über Eindrücke vom VIII. Internationalen Kongreß für angewandte Chemie.“ „Über Industrie und Bestechungsunwesen.“ „Die kolloidchemischen Unterschiede zwischen lebendem und totem Gewebe.“ „Beitrag zur Stickstoffbindung.“ „Das Silbersubfluorid und analoge Verbindungen.“ „Die Differenzierung von Eiweißarten auf serologischem Wege.“ „Über das Färben des Papiers auf der Papiermaschine.“ „Synthesen der einfachsten organischen Persäuren.“ „Unveröffentlichte Liebigbriefe über Silberspiegel.“ „Die Bedeutung der Elektrolyte für Lebensprozesse.“ „Eine Modifikation der Liebig'schen Elementaranalyse.“ „Einwirkung verschiedener Metalle, Metalloxyde und Metallsuperoxyde auf 60%ige Perameisensäure.“ — Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen hielt ihre Zusammenkünfte abwechselnd in den beiden Orten ab, doch wird immer noch über sehr schwachen Besuch geklagt.

Oberschlesien. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder betrug am 31./12. 1912 77 und die der außerordentlichen 40, gegenüber 78 und 37 im Vorjahre. Außer der Hauptversammlung fanden zwei Sitzungen statt. Vorträge: „Das Gas in chemischer, hygienischer und wirtschaftlicher Beziehung.“ „Bilder aus der chemisch-technischen Industrie der Vereinigten Staaten.“ Außerdem wurde noch die Besichtigung eines industriellen Werkes vorgenommen.

Bezirksverein Pommern. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder betrug Ende 1912 56, die der außerordent-

lichen 5. Der Rückgang an ordentlichen Mitgliedern ist der Einstellung der Fabrikation von Kunstseide in Sydowsau zuzuschreiben. Der Bezirksverein hielt regelmäßig seine Monatsversammlungen ab. Auf der am 7./12. 1912 abgehaltenen Hauptversammlung wurde ein Vortrag gehalten: „Über die Chemie der Zellstoff- und der Papierfabrikation.“ Der Bezirksverein beklagt den Verlust seines langjährigen Vorsitzenden, des Herrn Direktor Julius Creutz.

Bezirksverein Rheinland: Die Zahl der ordentlichen Mitglieder stieg im Berichtsjahre um 40 auf 555, die der außerordentlichen dagegen nahm um 8 ab und betrug 19. 6 Mitglieder verlor der Bezirksverein durch Tod. Es wurden 6 durch guten Besuch ausgezeichnete Wanderversammlungen abgehalten, über die in der Zeitschrift regelmäßig Bericht erstattet worden ist. Die Sitzungen in der Wuppertaler und in der Kölner Ortsgruppe waren gut besucht. Die erstere hielt 9 Sitzungen ab, in denen wissenschaftliche Vorträge gehalten wurden. Auch diese wurden zum Teil in der Vereinszeitschrift veröffentlicht. Der Bezirksverein ließ es sich angelegen sein, weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu den benachbarten Bezirksvereinen zu pflegen.

Bezirksverein Rheinland-Westfalen. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder stieg um 41 auf 404, die der außerordentlichen um 5 auf 56, durch den Tod verlor er 6 Mitglieder. Es wurden 10 Versammlungen abgehalten; die Vorträge wurden in den „Technischen Mitteilungen“ und teilweise auch in der Vereinszeitschrift abgedruckt. In den 5 Ortsgruppen zu Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg und Essen herrschte reges Leben.

Bezirksverein an der Saar. Der Mitgliederstand belief sich Ende 1912 auf 25 (minus 1) ordentliche Mitglieder und 2 (plus 1) außerordentliche. Jeden Monat wurde eine Sitzung abgehalten; von verschiedenen Mitgliedern wurden Neuigkeiten aus den Betrieben mitgeteilt, sowie Berichte aus anderen Vereinsversammlungen erstattet. In der Hauptversammlung wurde ein Vortrag mit Lichtbildern über Radium und Radioaktivität gehalten. Außer den genannten Veranstaltungen wurde, wie alljährlich, ein Familienausflug unternommen.

Bezirksverein Sachsen und Anhalt. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1912 286 (273), wozu noch 12 außerordentliche Mitglieder kommen. Verstorben sind 2 Mitglieder. Es wurden drei Versammlungen abgehalten und außerdem, wie alljährlich, ein Winterfest in Halle a. Saale. Vorträge: „Über die angebliche Flußverunreinigung durch die Kalindustrie.“ „Über den Verlauf und die Verhandlungen der Hauptversammlung in Freiburg.“ „Die Berliner Blaureaktion“ (mit Demonstrationen). „Im Fluge durch Amerika.“ Besichtigungen wurden drei gelegentlich der Versammlungen vorgenommen.

Bezirksverein Sachsen-Thüringen. Ende 1912 betrug die Zahl der Mitglieder 333. Außer der Hauptversammlung fanden 2 Wanderversammlungen statt. Vorträge: „Über Lumineszenzanalyse.“ „Über den Zweck und die Ausführung der genauen Analyse sehr verd. Industriegase.“ „Reiseeindrücke aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika.“ Die Ortsgruppe Dresden, die das Rückgrat des Bezirksvereins bildet, veranstaltete auch im vergangenen Jahre allmonatlich ihre Versammlungen. Vorträge: „Preßhefen- und Kornspiritusfabrikation.“ „Die Bekämpfung und Vernichtung der Krankheitsüberträger als Ziel der modernen Prophylaxe und Hygiene.“ „Die Unterscheidung von Mehl und Kleie.“ „Über die Beurteilung von Lichtechtheit von Färbungen.“ „Über einige Beziehungen zwischen Farbe und Zusammensetzung bei anorganischen Verbindungen.“ „Über die betriebstechnische Bestimmung des Volumens, des Zuges und des Druckes von strömenden Gasen.“ Die Ortsgruppe Leipzig veranstaltete nach wie vor ihre geselligen Zusammenkünfte zweimal monatlich, doch wäre zu wünschen, daß die Beteiligung an diesen zwanglosen Abenden eine regere würde als bisher.

Bezirksverein Schleswig-Holstein. Am 7./3. 1912 fand die konstituierende Versammlung des Bezirksvereins statt, dessen Gründung in erster Linie der rührigen Werbearbeit des Herrn Dr. Bärenfänger zu

danken ist. Es wurden im Berichtsjahre 4 Sitzungen abgehalten. Vorträge: „Die Giftigkeit des Methylalkohols vom chemischen Standpunkte.“ „Vorführung einer Minensprengung auf der Kieler Förde.“ „Als Teilnehmer am VIII. Internationalen Kongreß für angewandte Chemie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika“ (mit Lichtbildern). „Über das Radium.“ „Die Kaliindustrie Staßfurts“ (mit Lichtbildern). „Moderne Gaserzeugung und Verwertung“ (mit Lichtbildern). Nach längeren Verhandlungen wurde am 20./9. 1912 der Verein in den Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine Schleswig-Holsteins in Kiel aufgenommen. Dieser Verband umfaßt etwa 600 Mitglieder und gibt eine Monatsschrift heraus.

Schweizer Bezirksverein. Der Bezirksverein wurde am 17./7. 1912 in Basel mit einem Bestande von 49 Mitgliedern begründet. An Veranstaltungen fanden statt eine Besichtigung, ein geselliger Abend und drei Monatsversammlungen. Die Gründung des Bezirksvereins hat sich als Erfüllung eines allgemein empfundenen Bedürfnisses erwiesen.

Bezirksverein Württemberg. Das Berichtsjahr schloß mit einem Mitgliederbestand von 83 (+6) ordentlichen und 45 (+5) außerordentlichen Mitgliedern. In 6 wissenschaftlichen Sitzungen wurden folgende Vorträge gehalten: „Die Entwicklung der Immunitätslehre.“ „Der Einfluß verschiedener Lichtquellen bei polarimetrischen Bestimmungen.“ „Optisch-chemische Untersuchungsmethoden“ (mit Demonstrationen). — Kurze Mitteilung über Radium. „Neue Fettprodukte für die Seifenindustrie.“ „Die Bestimmung der flüchtigen Säuren im Weine.“ „Über Studien in der Phenanthren- und Fluorensreihe.“ „Die Verwertung des württembergischen Posidonienschiefers.“ — Über Estrichgips. — Über die Verwendung des Sandstrahlgebläses.“ „Praktische Fortschritte auf dem Gebiete der Farbenchemie.“ Die Sitzungen waren durchschnittlich gut besucht. Außerdem wurde ein Ausflug, sowie eine Besichtigung veranstaltet.

B. Fachgruppen.

Über die Tätigkeit der Fachgruppen auf der Hauptversammlung haben wir in Heft 23 ausführlich berichtet. Des weiteren sei folgendes mitgeteilt:

Fachgruppe für analytische Chemie. Die Fachgruppe, deren Mitgliederzahl zurzeit 105 beträgt, war auf dem internationalen Kongreß in Neu-York offiziell vertreten durch Herrn Dr. Merkel aus Nürnberg, der die beiden Anträge, welche die Fachgruppe an den internationalen Kongreß zu richten in ihrer letzten Sitzung in Freiburg beschlossen hatte, dort vertrat. Da sich zunächst kleine formelle Schwierigkeiten bei der Anmeldung ergaben, war der Vorsitzende der Fachgruppe genötigt, die Hilfe des Vereinsvorstandes resp. der Geschäftsstelle zu erbitten, für deren energisches Eintreten wir auch an dieser Stelle besten Dank sagen. Beide Anträge, speziell der betreffend die Atomgewichtstabelle, wurden angenommen. In der endgültigen Fassung des Kongresses lautet dieser letztere Beschluß:

„Für kommerzielle Zwecke schlägt der Kongreß vor, die Atomgewichtstabelle von 1912 als Norm bis zur Tagung des IX. Kongresses anzunehmen.“

Die Unterkommission der Fachgruppe, welche mit dem Studium der Verhältnisse betreffend die Probenahme betraut war, hielt eine Sitzung in Köln ab. Der Bericht hierüber wird in der Sitzung der Fachgruppe gelegentlich der Hauptversammlung erstattet werden. Voraussichtlich wird auch die Unterkommission für Eisenbestimmungen auf der Hauptversammlung in Breslau der Fachgruppe weiter berichten können.

Die Gebührenfrage ist insofern in ein neues Stadium getreten, als nach Zeitungsmeldungen der Entwurf einer Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige dem Reichstag vorgelegt werden soll. Die mit der Bearbeitung dieser Frage betraute Fachgruppe hat sich dieserhalb an den ständigen Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes gewandt, mit der Bitte, nunmehr die erforderlichen Schritte in dieser Hinsicht zu tun. —

Fachgruppe für anorganische Chemie. Die Fachgruppe, die sich seit ihrer Gründung in Jena 1908 jetzt zu der stattlichen Mitgliederhöhe von 210 entwickelte, konnte sich Jahr für Jahr auf den Hauptversammlungen hervorragender Vorträge, interessanter Diskussionen und einer 100 weit übersteigenden Besucherzahl erfreuen.

Zu den Berichten aus der anorganischen Industrie ist eine Reihe wissenschaftlich-anorganischer Vorträge hinzugekommen, und es ist zu hoffen, daß das Bedürfnis nach Meinungsaustausch innerhalb unserer anorganischen Interessen allmählich auch während des Jahres einen Schriftstückverkehr oder sogar eine gelegentliche Zusammenkunft an einem geeigneten Ort hervorrufen wird. Die erfreulicherweise auf etwa 1700 M gestiegenen Mittel der Fachgruppe würden ein erfolgreiches Eingreifen für einen größeren Zweck ermöglichen.

Am erfreulichsten endlich sind die Fortschritte in der Herausgabe des Lexikons der anorganischen Verbindungen, mit der wir gemeinsam mit unserem Hauptverein, der Deutschen Chemischen Gesellschaft und dem Herausgeber Herrn Dr. M. K. Hoffmann, allen Fachgenossen einen sichtbaren, kaum erhofften Erfolg bieten können.

Fachgruppe für Gärungschemie. Im letzten Jahresbericht konnte mitgeteilt werden, daß die Analysenkommission der Fachgruppe für Gärungschemie Unterkommissionen für Gerstenuntersuchung, Malzanalyse und Desinfektionsmittel eingesetzt habe, deren Aufgabe es ist, etwa vorzuschlagende Vereinbarungen betreffend die Untersuchungsmethoden in den Gärungsgewerben für die Beratung in der Analysenkommission vorzubereiten. Die Unterkommissionen sind bei der Arbeit, und es steht zu erwarten, daß sich diese neue Einrichtung als segensreich erweisen wird.

An der Jubiläumstagung des Vereins haben sich die Mitglieder der Fachgruppe für Gärungschemie in größerer Anzahl beteiligt. Die Sitzung der Fachgruppe gestaltete sich demgemäß zu einer sehr interessanten, die Tagesordnung wies allein fünf wissenschaftliche Vorträge auf. Eine eingehende Besprechung wurde der Frage der Ausbildung der Gärungschemiker gewidmet, die durch ein Referat des Herrn Dr. Holzmann, Stuttgart, eingeleitet wurde. Die Verhandlungen über dieses Thema wurden weiter gepflogen in einer gemeinsamen Sitzung der Fachgruppe mit dem Verein deutscher Brauerei- und Mälzerei-Betriebschemiker gelegentlich der Oktobertagung 1912 der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin. Für die Weiterarbeit wurde eine Kommission eingesetzt.

Die Zahl der Mitglieder der Fachgruppe beträgt 71. —

Die Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz hat sich auf der Freiburger Tagung und in ihren sich hieran anschließenden Arbeiten insbesondere mit der Vorbereitung des Internationalen Kongresses für angewandte Chemie in Neu-York befaßt. Über die von den Mitgliedern auf diesem Kongreß erstatteten Berichte ist auszugsweise bereits in der Vereinszeitschrift (Jahrg. 1912, Heft 48) referiert worden. Das Interesse, das sich auf dem Internationalen Kongreß für Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes zeigte, war unverhältnismäßig viel geringer, als auf den vorhergehenden Kongressen zu London, Rom und insbesondere Berlin. Um so erfreulicher war es, daß wenigstens die deutschen Mitglieder der Fachgruppe relativ stark in Neu-York vertreten waren. —

Die Hauptversammlung der Fachgruppe für die Kaliindustrie wurde unter Mitwirkung des Verbandes zur wissenschaftlichen Erforschung der deutschen Kalialzlagertstätten am 8. und 9./6. 1912 in Göttingen abgehalten. Am Sonnabend, den 8./6. fand vormittags Besichtigung von Kalibergwerken statt, und nachmittags versammelten sich die Teilnehmer im Auditorium maximum, um einen Teil der Berichterstattungen und Vorträge zu erledigen. Es waren 12 Vorträge angemeldet, von denen diejenigen, die vorzugsweise mineralogische und geologische Forschungen zum Gegenstande hatten, auf Sonntag, den 9./6. verschoben wurden. Ein Bericht über die Kalihauptversammlung ist in Angew. Chem. 25, 1732 (1912) erschienen.

Der jetzige Vorstand wurde in Magdeburg im Dezember

1911 gewählt. Im Jahre 1912 ist eine Vorstandswahl und der in § 5 der Satzungen vorgesehene Kassenbericht nicht erfolgt. Die geschäftlichen Angelegenheiten sollen durch eine besondere Sitzung am 9./2. 1913 erledigt werden, in welcher der Vorstand für das laufende Jahr gewählt wird.

Dezember 1912 hatte die Fachgruppe 173 Mitglieder. —

Die Fachgruppe für medizinisch-pharmazeutische Chemie hat in diesem Jahr lediglich eine Sitzung abgehalten, und zwar auf der Hauptversammlung in Freiburg, da die räumliche Entfernung der Mitglieder die Veranstaltung von Versammlungen im Laufe des Jahres nicht gestattete.

Die Sitzung bei der Hauptversammlung in Freiburg gestaltete sich auch für die Fachgruppe zu einer Art Jubiläum, welches darin begründet war, daß nach einem von dem Vorsitzenden gehaltenen Referate, die pharmazeutisch-chemische Industrie an diesem Tage ihr 25jähriges Jubiläum feiern konnte, da die Bewegung zur bewußten chemischen Synthese physiologisch wirksamer Präparate im Jahre 1887, und zwar gerade von Freiburg aus ihren Ausgang genommen hatte. Eine besondere Bedeutung erlangte die Fachgruppensitzung durch einen zusammenfassenden Vortrag von Exzellenz Ehrlich, welcher eine derart starke Beteiligung herbeigeführt hatte, daß das Auditorium die Zahl der Hörer kaum fassen konnte, unter denen sich u. a. Exzellenz Fischer, Exzellenz Engler, der Geheime Rat Hempel, Geheimrat Duisberg, Geheimrat Kerp vom Kaiserl. Gesundheitsamt und Geheimrat Bayer u. a. befanden.

Die Folge der glänzend verlaufenen Sitzung, in welcher in weiteren Vorträgen von Prof. Straub, Dr. Flury und Prof. Bechhold, die Grenzgebiete der medizinischen Chemie, die Pharmakologie und die Kolloidchemie in ihrer Beziehung zur Medizin zur Geltung kamen, war der Eintritt einer Reihe weiterer Mitglieder in die Fachgruppe, deren Mitgliederzahl auf 164 gestiegen ist, trotzdem der Verlust mehrerer Mitglieder durch den Tod zu beklagen war. Die Zusammensetzung des Vorstandes blieb die gleiche. —

Fachgruppe für Mineralölchemie und verwandte Fächer. Im Jahre 1912 wurde eine Sitzung gelegentlich der Hauptversammlung in Freiburg i. Br. abgehalten, worüber in der Zeitschrift für angewandte Chemie 25, 1183 (1912) berichtet worden ist.

Die gemäß der Satzung ausscheidenden 3 Mitglieder des Vorstandes: 1. Herr Direktor Dr. W. Scheithauer, 2. Herr Direktor Dr. H. Köhler und 3. Herr Dr. E. Gräfe wurden auf zwei weitere Jahre gewählt.

Es sind zwei Vorträge gehalten worden, und zwar: 1. von Herrn Schreiber über: „*Fortschritte in der Destillationskokerei*“ (veröffentlicht in der Zeitschrift f. angew. Chemie 25, 2289 [1912]). — 2. Von Herrn Dr. Dahm: „*Über die neueren Fortschritte und Erfahrungen in der technischen Verwendung der Teerprodukte für Heiz-, Kraft- und Lichtzwecke.*“ (Z. f. a. Ch. 25, 2049 [1912].)

Die Mitgliederzahl ist von 46 auf 55 gestiegen. —

Fachgruppe für Photochemie und Photographie. Der Vorstand der Fachgruppe bestand aus den Herren Prof. Dr. Schaum, Leipzig; Geh. Reg.-Rat Dr. Beer, Berlin; Reg.-Rat Dr. Schöpff, Berlin-Lichterfelde; Dr. Lüppe-Cramer, Frankfurt a. M.

Die Zahl der Mitglieder beträgt 42. Die Fachgruppe hat nur eine Sitzung auf der Hauptversammlung in Freiburg i. B. abgehalten. Diese fand im Hörsaal des Physikalischen Institutes statt, zu der 28 Teilnehmer sich eingefunden hatten. Es wurden folgende Vorträge gehalten: Geh. Reg.-Rat Dr. Beer, Berlin: „*Zur photographischen Terminologie und Nomenklatur*“; — Dr. E. Mertens, Freiburg i. B.: „*Die Anwendung der Photographie im Zeugdruck*“; — Dr. Wilh. Schupp, Dresden: „*Die photomechanische Trockenplatte*“; — „Dr. Gustav Bonwitt, Berlin: „*Prüfung und Beurteilung von Kinofilms.*“

Die Fachgruppe für Chemie der Farben- und Textilindustrie tagte zuletzt am 31./5. 1912 in Freiburg i. B. anlässlich der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker. Seit dieser Zeit hat die „Echtheitskommission“ der Fachgruppe bzw. deren „Arbeitsausschuß“ Sitzungen am 19./10. 1912 in Frankfurt a. M. und am 25./1. 1913 in Berlin abgehalten.

Dank der Freigebigkeit einer Reihe von beteiligten Fabriken war es möglich geworden, durch Drucklegung der Verhandlungen und ausgiebige Aussprache der Kommissionsmitglieder die sehr schwierigen und langwierigen Arbeiten über kritische Prüfung der Methoden zur Echtheitsbestimmung von gefärbten Fasern und über Festsetzung von Normen von Echtheitsgraden fortzuführen. Die Methoden der Echtheitsprüfungen wurden und werden noch experimentell von einer Reihe von Mitgliedern des Arbeitsausschusses eingehend geprüft. So steht zu erwarten, daß in Kürze Einigung erzielt und damit ein Werk vollendet wird, das für das gesamte Textilgewerbe von Bedeutung ist und eine wesentliche Vereinfachung des Verkehrs zwischen Farbenfabrikant und Farbstoffkonsument, und eine leichtere Verständigung über Echtheitsgrade auch mit den Konsumenten herbeiführen wird. Die bisherigen Ergebnisse der Beratungen und experimentellen Prüfungen sind in 2 Berichten der Echtheitskommission niedergelegt.

Die Fachgruppe war bei dem 8. Internationalen Kongreß für angewandte Chemie in Neu-York durch eine größere Zahl ihrer Mitglieder vertreten. Über die wenigen der in Frage kommenden Vorträge wird auf Grund der teilweise schon im Druck vorliegenden Auszüge im Referatenteil der Zeitschrift für angewandte Chemie berichtet werden.

Die Entwicklung der Fachgruppe hinsichtlich der Mitgliederzahl ist außerordentlich günstig. Zur Zeit der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Freiburg i. B. zählte die Fachgruppe 110 Mitglieder, Ende Januar 1913 ist deren Zahl auf 177 angestiegen.

Der Vorstand der Fachgruppe besteht aus folgenden Mitgliedern: Geh. Reg.-Rat Dr. A. Lehne, Vorsitzender; Prof. Dr. P. Friedländer, stellvertr. Vorsitzender; Prof. Dr. C. G. Schwalbe, Schriftführer; A. Kertess, stellvertr. Schriftführer; Dr. Paul Kraiss, Kassierer; F. Köntzer, Direktor Dr. R. E. Schmidt und Dr. H. Walther, Beisitzer.

Zu dem Arbeitsausschuß der Echtheitskommission gehören die folgenden Mitglieder: Geheimrat Dr. A. Lehne, Vorsitzender; Dr. P. Kraiss, Schriftführer; Dr. A. Beil, Direktor Dr. Clairmont, Dr. Göhring, Dr. Immerheiser, A. Kertess, Dr. Kitschelt, Dr. König, B. Schroers. —

Die Fachgruppe für chemisch-technologischen Unterricht hielt auf der Hauptversammlung zu Freiburg i. B. am 31./5. 1912 eine Sitzung ab, in welcher Geheimrat Wichelhaus: „*Über die Fortschritte des technologischen Unterrichts an den Universitäten*“ sprach. Die Fachgruppe beschloß auf Grund dieses Vortrages, eine Eingabe auszuarbeiten, in welcher die Unterrichtsbehörden erneut gebeten werden sollen, den technologischen Unterricht an den Universitäten weiter auszubauen. Diese Eingabe sollte aber auch dem „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ mitgeteilt werden, mit der Bitte, daß die Mitglieder dieses Vereines bei Anstellung von Chemikern Wert darauf legten, daß die von den Universitäten ausgebildeten, in die Praxis übergehenden Chemiker Technologie getrieben haben.

Diese Eingabe ist dann von den Herren Geheimrat Wichelhaus, Geheimrat Bunte und Prof. Knövenagel ausgearbeitet und im Herbst des Jahres dem Vorstand überreicht worden, mit der Bitte, der Verein möge die Eingabe zu der seinigen machen und an die Behörden befürwortend weitergeben. Der Vereinsvorstand hat dann in seiner Sitzung vom 7./12. die Eingabe beraten und Herrn Geheimen Rat Hempel beauftragt, gemeinsam mit dem Geschäftsführer einige Veränderungen vorzunehmen, damit die Eingabe in Übereinstimmung mit früheren Eingaben des Vereines über Fragen des technologischen Unterrichts gebracht würde. Die Eingabe wird in der nunmehr vom Vereinsvorstand genehmigten Form im Frühjahr 1913 den Unterrichtsverwaltungen derjenigen deutschen Staaten, die Universitäten haben, den philosophischen oder naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten und dem „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ übersandt werden.

Im Berichtsjahr wurden folgende neue Reihen von technologischen Bilderbogen herausgegeben:

- Reihe 7 = Sprengstofffabrikation,
 „ 14 = Generatorgas und Wassergas,
 „ 22 = Transportmittel für flüssige und gas-
 förmige Stoffe.

Der Absatz der bereits vorhandenen Serien von technologischen Bilderbogen ist im großen und ganzen ein erfreulicher. Es wäre aber sehr zu wünschen, daß der Verkauf noch flotter ginge, damit neue Reihen in Arbeit genommen werden können, ohne die Mittel der Fachgruppe vollständig zu erschöpfen.

Wegen einer Vermittlungsstelle für Diapositive für den technologischen Unterricht schweben Verhandlungen mit der Firma Gebr. Ruhstrat, Göttingen und Wünsche, Dresden.

Vors.: „Wird zu dem Geschäftsbericht das Wort gewünscht? — Es ist nicht der Fall, ich nehme an, daß der Bericht genehmigt ist.“

2. Jahresrechnung des Vereins für 1912.

(Vgl. geschäftl. Sitzung S. 775.)

„Sie finden den Bericht der Rechnungsprüfer auf Seite 774, für den Fall, daß eine Frage beliebt wird, wird Herr Dr. Scheithauer darauf Auskunft geben.“

Dr. Diehl: „Bei der Prüfung der Abrechnung ist mir ein Posten aufgefallen. Unter Ziffer 11, Kosten der Geschäftsführung, waren 12700 M im Voranschlag, vorgesehen und es sind verausgabt worden 18 183 M. Es ist mir natürlich klar, daß ein solcher Voranschlag niemals genau eingehalten werden kann, es handelt sich aber hier doch um eine sehr bedeutende Überschreitung. Vielleicht kann Herr Dr. Scheithauer Mitteilung machen, ob dafür eine besondere Veranlassung vorliegt.“

Dir. Dr. Scheithauer: „Es war nicht möglich, den wirklichen Bedarf vorher genau zu übersehen, daher kommt die verhältnismäßig große Differenz. Wir hatten große Ausgaben für den internationalen Kongreß. Ferner haben wir die Kassenverwaltung neu eingerichtet und einen besonderen Kassenbeamten angestellt. Außerdem sind mehr Schreibhilfen nötig gewesen, weil unsere ganze Geschäftsführung eine andere und umfangreichere als früher geworden ist. Die Kassenverwaltung wird nicht mehr von dem Schatzmeister privatim geführt, sondern ist jetzt der Geschäftsstelle angegliedert, daher sind diese Mehrkosten entstanden.“

Vors.: „Wenn sonst keine Frage mehr zu stellen ist, so darf ich wohl die Bitte aussprechen, daß einer der Herren die Güte hat, bei der Hauptversammlung die Entlastung zu beantragen.“

3. Haushaltplan des Vereins für 1914. (Vgl. S. 775.)

Dir. Dr. Scheithauer: „Hier tritt bei Nr. 11, Kosten der Geschäftsführung dieselbe Erscheinung auf, die Herr Dr. Diehl vorhin erwähnte: wir brauchten erheblich mehr, als für 1913 vorgeschlagen ist. Wir haben für 1914 die Kosten der Geschäftsführung mit 17 500 M eingestellt und hoffen, damit auszukommen.“

Vors.: „Wenn keine Bemerkungen gemacht werden, so darf ich annehmen, daß der Voranschlag für das Jahr 1914 von Ihnen genehmigt wird.“

4. Wahlen in den Vorstand.

Es scheiden satzungsgemäß aus Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. M. Delbrück und Dr. A. Jaeger.

Der Vorstand schlägt Ihnen die Wiederwahl dieser beiden Herren vor. Werden andere Vorschläge aus der Versammlung gemacht? Das ist nicht der Fall; ich nehme an, daß die Herren mit dem Vorschlag des Vorstandes einverstanden sind und der Hauptversammlung vorschlagen werden, die genannten Herren wieder zu wählen.

Ebenso sind die Rechnungsprüfer neu zu wählen. Wir schlagen vor Herrn Paul Kobe, Halle, und Herrn Dr. Neugebauer wieder zu wählen. Werden andere Vorschläge aus der Versammlung gemacht? — Das ist nicht der Fall. Ich nehme an, daß die Herren einverstanden sind, daß wir der Versammlung die Herren Kobe und Dr. Neugebauer vorschlagen.

5. Verleihung der Liebig-Denk Münze.

Über diesen Punkt hat der Vorstand satzungsgemäß mit den Ehrenmitgliedern beraten und Beschluß gefaßt. Wir

bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Liebig-Medaille an Herrn Dr. Ing. Ehrensberger, Direktor bei den Krupp-Werken zu Essen, verliehen werden wird. Die Verleihung wird morgen Vormittag in der Festsetzung vor Eintritt in die Tagesordnung geschehen.

Ich bitte Sie, noch Kenntnis zu nehmen von der Begründung dieser Verleihung:

„Wenn die Krupp'schen Geschütze und Geschosse sich den Ruf der besten in der Welt bis auf den heutigen Tag erhalten haben, trotz der erstaunlichen Fortschritte, die allenthalben auf diesem Gebiete gemacht worden sind, wenn ferner die Krupp'schen Panzerplatten in ihren Vorzügen so allgemein anerkannt sind, daß seit Ende des vorigen Jahrhunderts alle Kriegsschiffe der Welt, die seitdem vom Stapel liefen, dieses Panzerkleid tragen, so verdankt das die Firma Fried. Krupp und das gesamte Vaterland in erster Linie Emil Ehrensberger.“

Ehrensberger hat durch zahlreiche grundlegende Verbesserungen der metallurgischen Prozesse des Stahles nicht nur seiner Firma die wertvollsten Dienste geleistet, er hat vor allem auch die deutsche Industrie auf einem Gebiete, auf dem sie früher dem Auslande tributpflichtig war, selbständig gemacht.

Nicht durch glücklichen Zufall sind diesem Manne all die Verbesserungen in den Schoß gefallen. Er hat sie, durch Mißerfolge unbeirrt, der widerstrebenden Materie abgerungen, dank seinen umfassenden Kenntnissen insbesondere der Chemie des Stahles.

Der Verein deutscher Chemiker hält es für seine Ehrenpflicht, diese hervorragenden Leistungen auch seinerseits anzuerkennen und seinem Danke für Ehrensbergers große chemische Arbeit Ausdruck zu verleihen, besonders chemische Arbeit zu ehren, die der Wehrkraft des Reiches in hohem Masse zu Gute gekommen ist.“

6. Festsetzung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1914.

Dr. Dressel: „Meine Herren! Im Auftrage des Bezirksvereins Rheinland, im Auftrage des Oberbürgermeisters und der Stadtverordneten der Stadt Bonn und im Auftrage der Bonner Universität erlaube ich mir, Sie herzlichst einzuladen, Ihre Hauptversammlung nächstes Jahr in Bonn abzuhalten. (Bravo!) Ich habe Ihnen diese Einladung schon in Freiburg im vorigen Jahre vorläufig überbracht und brauche zur Begründung wohl kein weiteres Wort hinzuzufügen. Ich möchte nur noch sagen, daß, wenn Ihre Wahl auf Bonn fällt, wir alles tun werden, damit Ihre Tagung eine erfolgreiche und genussreiche wird. (Bravo!)“

Vors.: „Wird zu dem eben Gehörten das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Der Vorstand schlägt Ihnen vor, die nächste Tagung im Jahre 1914 in Bonn abzuhalten, ich darf annehmen, daß darüber allseitiges Einverständnis besteht. Wir danken dem verehrten Herrn Vertreter des Rheinischen Bezirksvereins für die freundlichen einladenden Worte und nehmen die Einladung mit verbindlichem Dank an.“

(Dr. Dressel: Auch wir danken Ihnen herzlich für die Annahme.)

Die Zeit würde wohl die übliche sein, in der Pfingstwoche; in diesem Jahre lag ja bestimmte Veranlassung vor, die Tagung zu verlegen.

Ich darf vielleicht, wenn auch zunächst nur informativ, die Frage streifen, wo die Hauptversammlung 1915 abzuhalten sei. Wir haben uns heute früh darüber im Vorstand ebenfalls unterhalten, nachdem seit Jahren die umsichtige Gewohnheit besteht, daß wir auf zwei Jahre hinaus an den Ort unserer Hauptversammlung denken müssen, da natürlich es von Jahr zu Jahr schwerer wird, einen geeigneten Platz zu finden. Nun liegt seitens unseres jungen niederrheinischen Bezirksvereins eine Einladung vor, die uns außerordentlich gefreut hat, wenngleich wir wohl kaum in der Lage sein werden, ihr Folge zu geben: die Einladung nach Düsseldorf gelegentlich der für das Jahr 1915 dort angekündigten Ausstellung, die vermutlich außerordentlich interessant werden wird. Es hat in der Tat seine Schwierigkeiten, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren an den Rhein

zu gehen, im ersten Jahre nach Bonn, im zweiten nach Düsseldorf. Ich glaube kaum, daß wir den in Ost- und Mitteldeutschland wohnenden Vereinsmitgliedern zweimal hintereinander eine Reise nach dem Rhein zumuten können. Andererseits ist der Vorschlag gemacht worden, und sind Schritte eingeleitet, die Tagung 1915 in Braunschweig stattfinden zu lassen, was sich aus verschiedenen Gründen, mit Rücksicht auf die Technische Hochschule usw. empfehlen würde. Wir haben heute keinen Beschluß zu fassen, ich wollte Sie aber doch mit der Sachlage bekannt machen."

Prof. Müller: „Meine Herren! Wenn ich die Einladung, die der Bezirksverein Niederrhein und die Stadt Düsseldorf an Sie hat ergehen lassen, heute wiederhole, so möchte ich dem, was der Herr Vorsitzende zum Ausdruck gebracht hat, noch ein paar Worte anfügen über die Bedeutung der geplanten Ausstellung. Sie ist eine solche, daß z. B. die Eröffnung des Deutschen Museums in München mit Rücksicht auf diese großartige in diesem Umfange noch nie dagewesene Vorführung auf 1916 hinausgeschoben worden ist. Diese einzige Tatsache, daß ein Unternehmen, wie das Deutsche Museum zu München sich entschließt, seine Eröffnung um ein ganzes Jahr zu verschieben, und seine Schätze, ja, was vielleicht noch mehr ist, seine Mitarbeit, der Ausstellung zur Verfügung zu stellen, besagt wohl mehr, als ich in kurzen Ausführungen tun könnte, wie bedeutungsvoll die Ausstellung werden wird. Ich darf verraten, daß insbesondere auf dem Gebiete der Chemie Sie etwas zu sehen bekommen werden, was Sie bis jetzt noch nicht gesehen haben, auch auf den Ausstellungen von Paris, Saint-Louis usw. nicht. Ich spreche nicht pro domo, es ist keine Angelegenheit von Düsseldorf, sondern eine Angelegenheit der deutschen Chemie und der Naturwissenschaft überhaupt, ich sage: die Ausstellungen, die Sie bis jetzt auf dem Gebiete gesehen haben, werden unbedeutend erscheinen gegenüber dem, was Ihnen dort vorgeführt werden wird. Es ist also eine Gelegenheit für unsere jungen Herren, durch Anschauung auf dem Gebiete der Anwendung der Chemie in Landwirtschaft, Medizin, Physiologie, Physik, Elektrotechnik usw. die ausgereitetsten Studien zu machen, eine Gelegenheit, wie sie kaum wieder geboten sein wird. Ich glaube, daß die jüngeren Herren es dankbar begrüßen würden, wenn Ihnen die Möglichkeit geboten würde, diese Ausstellung, an der meiner Meinung nach ein Chemiker oder Physiker überhaupt nicht vorübergehen darf, zu besuchen und damit zu verbinden den Besuch der Hauptversammlung, denn zweimal im Jahre eine Reise zu machen, wird den jüngeren Chemikern doch zu schwierig sein. Ich möchte dieses Moment wesentlich in den Vordergrund rücken und lasse zurücktreten den Umstand, daß auch wir in Düsseldorf uns außerordentlich freuen würden, die deutschen Chemiker bei uns zu begrüßen, möchte aber noch zwei Gründe kurz streifen. Erstens den, daß in einem Gebiet wie Rheinland-Westfalen, wo Chemie und die Naturwissenschaften überhaupt eine so große Bedeutung gewonnen haben, es nicht ganz gleichgültig ist, den städtischen Verwaltungen recht deutlich ad oculos zu demonstrieren, daß der deutsche Chemikerstand eine Bedeutung hat, von der die Allgemeine nur eine sehr unvollkommene Vor-

stellung hat. Ich halte eine glänzende Repräsentation bei dieser Gelegenheit für um so wertvoller, als sehr zahlreiche Berufsstände im Jahre 1915 nach Düsseldorf kommen werden. Es wäre meiner Meinung nach nicht gleichgültig, wenn gerade die deutschen Chemiker im Jahre 1915 bei dieser Ausstellung fehlen sollten.

Das zweite Moment, das vielleicht für Ihre zukünftige Entscheidung einigermaßen in Betracht kommen könnte, das sind die auf der heutigen Tagesordnung stehenden Verhandlungen mit der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte. Es ist immerhin eine Möglichkeit, sogar die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte ihre Versammlung im Jahre 1915 nach Düsseldorf legt. Wenn das der Fall sein sollte, so würde das ein weiteres Moment sein, um Düsseldorf zu wählen.

Ich resümiere mich also dahin, daß der niederrheinische Bezirksverein selbstverständlich der Meinung ist, daß im Grundsatz die Versammlung nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren in derselben Gegend tagen soll, daß dieser bisher beobachtete Grundsatz richtig ist, aber wir meinen, der Meister zeigt sich darin, daß er eine Regel zur gegebenen Zeit auch einmal nicht anwendet. Ich bitte also, den Vorschlag des Bezirksvereins wohlwollend zu erwägen, und hoffe, daß trotz der mehr formellen Bedenken, die entgegenstehen, Sie doch zu einer Entschließung in unserem Sinne kommen."

Vors.: „Ich danke jedenfalls Herrn Prof. Müller für diese informatorischen Mitteilungen, die wir mit großem Interesse entgegen genommen haben. Der Schwerpunkt der Beratung darüber wird ja bei den Bezirksvereinen liegen, wie Sie schon andeuteten.

Wir kommen dann zu

7. Vereinszeitschrift.

Dir. Dr. Scheithauer macht vertrauliche Mitteilungen über den Abschluß der Zeitschrift im Jahre 1912. (Punkt 7a der Tagesordnung.)

7b. Entwicklung im Jahre 1912.

Im Jubiläumsjahre hat die Zeitschrift den weitaus stärksten Umfang seit ihrem Bestehen erreicht: sie wuchs um 237 Seiten gegen das Jahr 1911 auf 2828 Seiten an. Aber auch trotz dieser Mehrbeanspruchung hatte die Redaktion fast das ganze Jahr hindurch mit noch nie dagewesenem Platzmangel zu kämpfen. Die Hauptursache dafür war neben den Berichten über den internationalen Kongreß die Vermehrung des wirtschaftlich-gewerblichen Teiles und vor allem das starke Anschwellen des Referatenteiles. Während wir den Wünschen des Vorstandes nachkommend, den Referatenteil immer weiter ausgestalteten und auf immer mehr technische Zeitschriften ausdehnten, zeigte es sich, wie dringend nötig gerade für diesen Teil die Vergrößerung der Zeitschrift ist. Hinzu kam noch, daß wegen der bevorstehenden Satzart und Formatänderung viel weniger Material als sonst in das neue Jahr mit hinübergenommen werden konnte.

In beistehender Tafel ist zahlenmäßig dargestellt, welchen Raum die einzelnen Hauptabschnitte der Zeitschrift beanspruchten.

Zeitschriftenrubrik	1912	Anzahl der Seiten			In % des Gesamtumfanges der Zeitschrift			
		1911	1910	1909	1912	1911	1910	1909
Aufsätze	753,4	751,3	770,9	787,0	26,6	29,0	30,0	29,1
Referate	818,9	723,1	696,4	728,2	29,0	27,9	27,1	26,9
Wirtschaftlich-gewerblicher Teil u. Tagesrundschau	337,1	279,6	293,4	357,3	11,9	10,8	11,4	13,2
Aus anderen Vereinen	156,3	180,2	181,1	108,4	5,5	7,0	7,0	4,0
Eingelaufene Bücher u. Bücherbesprechungen	77,7	76,1	70,0	69,4	2,8	2,9	2,7	2,6
Patentlisten Deutschlands	58,1	46,7	52,5	48,4	2,1	1,8	2,0	1,8
Patentlisten des Auslandes	162,1	144,5	127,2	110,1	5,7	5,6	4,9	4,1
Personalien	35,6	28,5	41,0	33,4	1,3	1,1	1,6	1,2
V. d. Ch. (ohne Hauptversammlungsbericht)	90,8	86,5	94,5	96,5	3,2	3,3	3,7	3,6
Hauptversammlungsbericht	73,5	73,3	70,5	63,0	2,6	2,8	2,7	2,4
Register	128,0	108,0	112,0	110,0	4,5	4,2	4,4	4,1
Internationaler Kongreß	43,5	—	—	106,0	1,5	—	—	3,9
Naturforscherversammlung	43,2	48,5	28,1	41,0	1,5	1,9	1,1	1,5
Differenz (Hauptversammlungsbericht, Kopf der Zeitschrift, Lücken zwischen den einzelnen Abschnitten usw.)	49,8	44,7	36,4	45,3	1,8	1,7	1,4	1,6
Insgesamt	2828,0	2591,0	2574,0	2704,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Zu den einzelnen Abteilungen der Zeitschrift ist folgendes zu bemerken:

A u f s ä t z e :				
	1912	1911	1910	1909
Eingegangen	256	232	271	252
Davon zurückgewiesen	36	17	54	38
Ins neue Jahr hinübergenommen	39	23	19	32
Also abgedruckt im gleichen Jahre	181	192	198	182
Abgedruckt aus dem Vorjahre	23	19	32	21
Also insgesamt abgedruckt	204	211	230	203
Diese abgedruckten Aufsätze nahmen einen Raum ein von				
	1912	1911	1910	1909
Seiten	753	751	771	787
Durchschnittslänge eines Aufsatzes in				
Seiten	3,7	3,6	3,4	3,9

Die große Zahl der ins neue Jahr hinübergenommenen Aufsätze ist gleichfalls durch den empfindlichen Platzmangel verursacht; diese Arbeiten wurden gleich in der neuen Schrift gesetzt, damit sie sofort im folgenden Jahre zur Verfügung stehen, in dem überdies ein erhöhter Materialbedarf einsetzte.

Fortschrittsberichte sind 16 erschienen (12 im Jahre 1911), und zwar: Bucherer: Gerichtliche und patentamtliche Entscheidungen usw. auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes im Jahre 1911; Abhandlungen auf dem Gebiete des Patentrechtes im Jahre 1911; F a h r i o n : Die Fettanalyse und die Fettchemie im Jahre 1911; Flury: Die pharmazeutische Chemie im Jahre 1911; Die neuen Arzneimittel im Jahre 1911; F ü r t h : Leuchtgas, Kokerei, Generatorgas im Jahre 1911; G u r w i t s c h : Chemie und Technologie des Erdöles im Jahre 1911; G u t b i e r : Anorg. Experimentalchemie im Jahre 1911; H a n s e n : Bericht über die Fortschritte der Photochemie im Jahre 1911; v. K é l e r : Die wichtigsten Fortschritte auf dem Gebiete der anorganischen Großindustrie im Jahre 1911; M a s s o t : Faser- und Spinnstoffe im Jahre 1911; M o h r : Fortschritte in der Chemie der Gärungsgewerbe im Jahre 1911; N e u m a n n : Technische Fortschritte im Metallhüttenwesen 1910; R e c l a i r e : Fortschritte auf dem Gebiete der ätherischen Öle und Riechstoffe (Juli 1911 bis August 1912); R o t h e n f u ß e r : Die Nahrungsmittelchemie im Jahre 1910; R ü h l e : Die Nahrungsmittelchemie im Jahre 1911.

Hinzu kamen noch die Vierteljahrsberichte von K r a i s : Neue Farbstoffe und Musterkarten.

In dieser Aufzählung sind nur die von der Redaktion bestellten Fortschrittsberichte verstanden, während darüber hinaus manche Aufsätze, sowie Vorträge auf der Hauptversammlung, die im Wortlaut abgedruckt sind, und auf Versammlungen anderer Vereine, über die ausführlich referiert worden ist, Berichte über Fortschritte auf einzelnen Gebieten darstellen. Von solchen Aufsätzen seien hier z. B. folgende Hauptversammlungsberichte genannt: E. N o e l t i n g : Die Entwicklung der Kattundruckerei seit der Erfindung der künstlichen Farbstoffe; W. F r e s e n i u s : Über den gegenwärtigen Stand und die Bedeutung der analytischen Chemie; F. Flury: Die Entwicklung der Pharmakologie und ihrer Methoden in den letzten 25 Jahren; E. S c h r e i b e r : Fortschritte in der Destillationskokerei; A. D a h m : Neuere Fortschritte und Erfahrungen in der technischen Verwendung der Teerprodukte für Heiz-, Kraft- und Lichtzwecke.

Referate: Eingegangen sind 5316 Referate (1911: 4667, 1910: 3608, 1909: 4364 [inkl. Berichterst. über den Intern. Kongreß]). Abgedruckt wurden auf 819 Seiten 4729 Referate (4208, 3756, 3819 in den Vorjahren). Darunter befinden sich 422 Referate über Patentanmeldungen (1911: 461, 1910: 379; für die früheren Jahre stehen Vergleichszahlen nicht zur Verfügung). Die Anzahl der abgedruckten Patent- und Patentanmeldungsreferate beträgt 2226 (1911: 1945, 1910: 1375; Patentreferate 1909: 1027), worin 105 Verweiszitate auf in früheren Jahren abgedruckte und 148 auf im gleichen Jahre 1912 abgedruckte Referate über Patentanmeldungen mitgezählt sind. Durch die Referate über Patentanmeldungen erübrigt sich nämlich später bei einer ganzen Anzahl von erteilten Patenten ein Referat, es genügt vielmehr in solchen Fällen meist der Hinweis auf das

Referat der Anmeldung und Angabe der Nummer des erteilten Patentes.

Seit Beginn des Jahrgangs 1913 wird der Referatenteil auch in Gestalt einseitig bedruckter Sonderabzüge geliefert, und zwar nur an Mitglieder des Vereins oder an regelmäßige Bezieher der Zeitschrift, die sich als solche durch Einsendung der Buchhändler- oder Postquittung ausweisen. Diese Sonderabzüge sind besonders für Registrierungen, wie Zettelkataloge usw., bestimmt. Auch an die Ersteller unserer Fortschrittsberichte werden sie geliefert, was ihnen vor allem die Bezugnahme auf bereits in unserer Zeitschrift gebrachte Referate erleichtern soll. Näheres über den Bezug der Referaten-Sonderabzüge im Anzeigenteil der Zeitschrift und des Mitgliederverzeichnisses.

Der wirtschaftlich-gewerbliche Teil weist im vergangenen Jahre einen Umfang von 337 (+58) Seiten auf, er hat also an der Vermehrung des Umfanges der Zeitschrift nicht nur seinen vollen Anteil gehabt, sondern auch relativ gegenüber dem Vorjahre von 10,4 auf 11,9% des Gesamtumfanges zugenommen. Diese Zunahme kam der Reichhaltigkeit des Inhaltes ganz wesentlich zugute, ohne daß eine erhebliche Änderung in der Behandlung des Stoffes gegenüber den letzten Jahren eingetreten wäre. Erst das laufende Jahr, das uns die Einführung der wöchentlich zweimaligen Erscheinungsweise der Zeitschrift brachte, konnte zu einer wesentlichen Verbesserung gerade des wirtschaftlichen Teiles führen. Erstens konnten wir erst jetzt den berechtigten Wünschen unserer Leser auf größere Aktualität des Stoffes gerecht werden, zweitens wurde durch bessere sachliche Gliederung die Übersichtlichkeit bedeutend erhöht. Wir werden auch weiterhin ernstlich an dem Ausbau des wirtschaftlichen Teiles arbeiten und sind für Anregungen seitens der Mitglieder unseres Vereins jederzeit dankbar. Wenn wir eine Bitte äußern dürften, so wäre es die an alle im Auslande wohnenden Mitglieder, uns durch wirtschaftlich-gewerbliche Beiträge aus ihren Ländern, die wir natürlich gern honorieren, recht eifrig zu unterstützen. Wir sollten meinen, daß wir durch derartige Mitarbeit in die Lage kommen müßten, den wirtschaftlichen Teil so interessant zu gestalten, wie es kaum einer anderen technischen Zeitschrift möglich sein dürfte.

Bücherbesprechungen: Die Zahl der zur Rezension eingesandten Bücher betrug 316 (295, 268 und 281 in den Vorjahren). Die Rubrik nahm einen Raum von 78 (76, 70 und 69) Seiten ein.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen: Es wurde über 112 (113, 98 und 113) Sitzungen auf 156 (180, 181 und 109) Seiten berichtet. Der durchschnittliche Umfang der einzelnen Berichte ist also weiter, und zwar ganz bedeutend, reduziert worden. Es ist dies mit voller Absicht geschehen, da hier noch am ehesten ohne Schaden für das Ganze zugunsten anderer Teile der Zeitschrift gekürzt werden konnte. Die Ankündigung künftiger Sitzungen, Versammlungen und Ausstellungen in Form eines Kalenders, wodurch die Übersichtlichkeit erhöht und gleichzeitig wesentlich an Platz gespart wird, wurde, da sehr zweckmäßig, beibehalten.

Naturforscherversammlung: Der Bericht über die Versammlung in Münster nahm einen Umfang von 43 Seiten (gegen 49, 28 und 41 in den Vorjahren) ein. Auch diesmal war es uns möglich, schon in der Woche danach den ganzen Bericht in einem Hefte zu bringen, was der Übersichtlichkeit wegen sehr zu wünschen ist und unseren Bericht vor denen der meisten anderen Fachblätter auszeichnet.

Verein deutscher Chemiker: Die Rubrik betrug 91 Seiten (gegen 87, 95 und 97 in den Vorjahren). Vom Vorstand gingen uns 6 (6, 16 und 9) Mitteilungen zur Veröffentlichung zu.

Hauptversammlungsbericht: Er nahm einen Raum von 74 (73, 71, 63) Seiten ein und konnte Ende August erscheinen. Der Vorbericht mit den Referaten über die Sitzungen und Vorträge konnte wieder (bis auf einen kleinen Nachtrag) schon in dem der Tagung folgenden Heft in geschlossener Form gebracht werden. In der Nummer vom 20./9. wurde über die Nachfeier in Neu York am 2./9. berichtet.

Bezirksvereinsberichte: Es wurden 80 (79, 77 und 77) Berichte veröffentlicht, davon entfielen auf die Bezirksvereine:

	1912	1911	1910	1909
Aachen	1	2	3	4
Bayern	9	8	4	6
Belgien	1	2	2	7
Berlin	6	1	1	2
Bremen	1			
Frankfurt	2	4	2	3
Hamburg	4	7	4	1
Hannover	3	3	1	0
Märkischer	9	11	9	11
Mittel- und Niederschlesien	2	2	3	1
Neu-York	4	1	3	1
Oberrhein	3	3	1	2
Oberschlesien	1	1	1	2
Pommern	1	0	0	1
Rheinland	11	10	10	9
Rheinland-Westfalen	5	9	14	8
Saar	0	2	2	1
Sachsen-Anhalt	4	4	4	6
Sachsen-Thüringen	5	5	4	5
Schleswig-Holstein	4			
Schweiz	1			
Südamerika (Argentinien)	0	1	0	0
Württemberg	3	3	7	5

Fachgruppenberichte: Es wurden 18 (26, 28 und 32) Berichte veröffentlicht (exklusive Hauptversammlung). Davon entfielen auf die Fachgruppen für

	1912	1911	1910	1909
analytische Chemie	5	2	5	4
anorganische Chemie	3	1	1	4
Gärungschemie	1	2	1	1
Geschichte der Chemie	1	0	1	1
gewerblichen Rechtsschutz	1	1	2	5
Kaliindustrie	0	1	3	0
medizinisch-pharmazeutische Chemie	1	2	5	4
Mineralölchemie	2	2	3	4
organische Chemie	1	4	3	1
Photochemie	1	3	2	3
chem.-technolog. Unterricht	1	3	2	3
Chemie d. Farben u. Textilindustrie	1	5	0	3

VIII. Internationaler Kongreß für angewandte Chemie in Washington und Neu-York. Die Berichterstattung nahm einen Raum von 44 Seiten im Aufsatzteil ein. Kleinere Berichte und Notizen sind außerdem noch unter „Verein deutscher Chemiker“ und „Aus anderen Vereinen und Versammlungen“ abgedruckt, nicht zu vergessen die Vorträge und die Reiseberichte, die im Wortlaut im Aufsatzteil des Jahrganges 1913 abgedruckt wurden oder noch werden. Dazu kommen noch die Referate über in anderen Zeitschriften in extenso veröffentlichte Kongreßvorträge. Mit Absicht haben wir uns bei der Berichterstattung gleich nach dem Kongreß Beschränkung auferlegt, um den großen Platzmangel des Jahrganges 1912 nicht noch zu verschärfen.

Register: Es nahm einen Raum von 128 Seiten (108, 112 und 110 in den Vorjahren) ein. Die starke Vermehrung des Referatenteiles brachte es mit sich, daß das Register, trotz knappster Fassung, bedeutend anwachsen mußte.

Die Korrespondenz der Redaktion belief sich auf 3999 Ein- und Ausgänge.

7c. Entwicklung der Zeitschrift im ersten Halbjahr 1913. (Bis Nr. 52 vom 1. Juli.)

Aufsatzteil.

Abgedruckt wurden im ganzen 126 Aufsätze
Davon sind von 1912 übernommen 39 „
Also in dies. Jahre eingegangen u. abgedruckt 77 „
Durchschnittliche Dauer vom Datum des Eingangs bis zum
Erscheinungstage (der in diesem Jahre eingegangenen Auf-
sätze) 38 Tage.

Darunter in 2 Fällen nur 14 Tage, in einem Falle 10 Tage, in einem Falle sogar nur 8 Tage.

Umfang der abgedruckten Aufsätze im ganzen 392 Seiten
Durchschnittlicher Umfang pro Aufsatz 3,1 „
Darunter schon 11 Fortschrittsberichte.

Diese Fortschrittsberichte sind: Fahrion: *Die Fettanalyse und die Fettchemie im Jahre 1912.* — Flury: *Die neuen Arzneimittel im Jahre 1912.* — Fürth: *Leuchtgas Kokerei, Generatorgas im Jahre 1912.* — Gurwitsch: *Chemie und Technologie des Erdöles im Jahre 1912.* — Gutbier: *Anorganische Experimentalchemie im Jahre 1912.* — Henrich (neu): *Neuere Forschungen auf dem Gebiete der Radioaktivität in den Jahren 1911 und 1912.* — v. Kéler: *Die wichtigsten Fortschritte auf dem Gebiete der anorganischen Großindustrie im Jahre 1912.* — Massot: *Faser- und Spinnstoffe im Jahre 1912.* — Mohr: *Fortschritte in der Chemie der Gärungsgewerbe im Jahre 1912.* — Rühle: *Die Nahrungsmittelchemie im Jahre 1912.* — Zahn: (neu) *Explosivstoffe und Zündwaren im Jahre 1912.* — Hinzu kamen noch die Vierteljahrsberichte von Kraus: *Neue Farbstoffe und Musterkarten.*

Auch in dieser Aufzählung sind nur die von der Redaktion bestellten Fortschrittsberichte verstanden.

Doch stellen auch folgende Artikel Fortschrittsberichte dar: A. Bernthsen: *Die synthetische Gewinnung des Ammoniaks.* — C. Duisberg: *Fortschritte und Probleme der chemischen Industrie.* — A. Eichengrün: *25 Jahre Arzneimittelsynthese.* — P. Fischer: *Entwicklungsgeschichte der Zündholzindustrie.* — Rolle: *Die Zuckerfabrikation in Deutschland 1887–1912.*

Mit Ausnahme des Fortschrittsberichtes über Leuchtgas, Kokerei, Generatorgas sind die einzelnen Berichte in einer Nummer erschienen. So ist z. B. der 54 Spalten lange Bericht über experimentelle anorganische Chemie und Elektrochemie ungeteilt in Nr. 17 vom 28./2. abgedruckt.

Referatenteil.

Diesem Teile ist die Erweiterung der Zeitschrift besonders zustatten gekommen. Während wir vergangenes Jahr stets einen so enormen Überfluß an Referaten hatten, daß trotz der Mehrbewilligung von Bogen die Referate nicht mit der wünschenswerten Schnelligkeit erscheinen konnten, obgleich sie längst fertig vorlagen, hat sich dieser Zustand im Laufe des ersten Halbjahres 1913 so gebessert, daß wir nur wenige Spalten mehr auf Lager haben, als wir für die betreffende Nummer gerade brauchen, wodurch an Aktualität ganz bedeutend gewonnen wird.

In den ersten Wochen dieses Jahres hatten wir z. B. beim Disponieren der Hefte jeweils weit über 100 (!) Spalten Referate fertig vorliegen, die der Veröffentlichung harren; davon konnten normalerweise nur 32 (!) Spalten aufgenommen werden. Beim Disponieren von Heft 46 dagegen hatten wir z. B. nur 40 Spalten fertig vorliegen, von denen 32 aufgenommen wurden.

Über die Einrichtung der einseitig bedruckten Sonderabzüge des Referatenteiles ist bereits im Bericht über die Zeitschrift im Jahre 1912 berichtet worden.

Wirtschaftlicher Teil und Vereinsnachrichten.

Bei diesem Teile der Zeitschrift ist natürlich die wichtigste Veränderung und Verbesserung das zweimal wöchentliche Erscheinen. Die Aktualität der hier untergebrachten Rubriken (Wirtschaftlich-gew. Teil, Personalsnachrichten, Bücherbesprechungen, Aus anderen Vereinen, Patentlisten und Verein deutscher Chemiker) zu steigern, war ja der Hauptbeweggrund gewesen, die Zeitschrift zweimal in der Woche erscheinen zu lassen. Der Zweck ist in vollem Maße erreicht worden. Für die Personalsnachrichten müßten wir aber noch immer mehr durch unsere Mitglieder unterstützt werden. Bei dem engeren wirtschaftlich-gewerblichen Teile ist ferner durch eingehendere Gliederung eine größere Übersichtlichkeit erreicht worden.

Im einzelnen nehmen in dem Wirtschaftlichen Teil ein:

Wirtschaftlich-gewerbl. Teil.	183	Seiten
Personalnachrichten	15	„
Eingel. Bücher und Bücherbespr.	32	„
Aus anderen Vereinen	88	„
Patentlisten	85	„
Verein deutscher Chemiker	37	„
Titelköpfe usw.	8	„
	448	Seiten.

Anzeigenverwaltung.

Dem Beschluß des Vorstandes und Vorstandsrats vom vorigen Jahre entsprechend, ist die Anzeigenverwaltung der Vereinszeitschrift seit Anfang des laufenden Jahres in eigene Regie übernommen worden. Um den Schwierigkeiten des Überganges erfolgreich zu begegnen, wurde der Leiter der Anzeigenverwaltung schon $\frac{1}{2}$ Jahr zuvor angestellt. Über die Tätigkeit und die Erfolge der Anzeigenverwaltung, die über ein eigenes Bureau verfügt, kann aus begreiflichen Gründen nichts Näheres ausgesagt werden. Nur so viel sei betont, daß schon für das erste Jahr eine recht ansehnliche Steigerung des aus den Inseraten dem Zeitschriftenunternehmen zufließenden Überschusses zu erwarten ist. Es steht fest, daß wir den von uns getanen Schritt nicht zu bereuen haben werden. Wir möchten den kurzen Bericht nicht schließen, ohne unserer bisherigen Anzeigenfirma August Scherl G. m. b. H. für ihre langjährige Mitarbeit zu danken.

7d. Versand der Zeitschrift an ausländische Mitglieder.

Wenn schon immer die durch die Streifbandversendung ins Ausland erwachsenden Portokosten in keinem Verhältnis zu dem Mitgliedsbeitrage standen, so mußte sich dieses Verhältnis durch das im neuen Jahre verdoppelte Erscheinen der an Umfang und Gewicht vermehrten Zeitschrift noch weit ungünstiger gestalten, so daß allein der Versand 80—90% des Vereinsbeitrages des betreffenden Mitgliedes absorbierte. Da rund 20% unserer Vereinsmitglieder im Ausland wohnen, leuchtet es ein, daß diese Ausgabe das Vereinsbudget in unerträglicher Weise belastet haben würde.

Dem haben Vorstand und Vorstandsrat Rechnung getragen, indem sie eine Änderung des Zeitschriftversandes an die ausländischen Mitglieder beschlossen. Vom Jahre 1913 ab haben Mitglieder, die in Ländern wohnen, wo Postabonnement zulässig ist, auf die Zeitschrift zu abonnieren. Den für das Abonnement gezahlten Mehrbetrag erhalten sie dann von der Geschäftsstelle zurückvergütet. Diese Änderung hat sich, soweit wir feststellen konnten, ohne Schwierigkeiten eingeführt, indem fast alle Mitglieder der Aufforderung, zu abonnieren, nachgekommen sind. Tatsächlich ist damit ja auch nur die Gleichstellung der ausländischen mit den inländischen Mitgliedern erfolgt, bei denen der Streifbandversand längst aufgegeben ist. Wir sind dabei auch nur dem Beispiele des Vereins deutscher Ingenieure gefolgt, der diese Art des Zeitschriftversandes nach dem Auslande schon längst eingeführt hat. Da rund 650 Mitglieder unseres Vereins hierfür in Frage kommen, beläuft sich die hiermit erzielte Ersparnis auf 7—8000 M im Jahr, eine Summe, die, auf die Verbesserung der Zeitschrift verwandt, dem Verein in seiner Gesamtheit und in allen einzelnen Teilen zugute kommt. Jedenfalls möchten wir die Befürchtung, die der Bezirksverein Belgien in seinem Jahresbericht ausgesprochen hat, daß diese Maßnahme auf den Bestand an Mitgliedern im Auslande ungünstig einwirken werde, nicht teilen. Wir haben vielmehr das Vertrauen, daß durch die nur vom Interesse der Gesamtheit diktierte Änderung die Vereinsfreudigkeit bei den im Auslande wohnenden Mitgliedern wegen etwa mit der Änderung verknüpfter kleiner Unbequemlichkeiten keinen Schaden erleiden wird.

Vors.: „Wird zu diesen Punkten eine Frage an den Herrn Berichterstatter gerichtet? Das geschieht nicht, dann kommen wir zu:

e) Wünsche für die Verbesserung der Ausstattung der Zeitschrift“.

Zu diesem Punkte der Tagesordnung fand eine längere, höchst angeregte Aussprache statt, an der sich die Herren Diehl, Scheithauer, Rasso, Langfurth,

Müller, Dressel, Lehne, Delbrück, Duisberg und der Vorsitzende beteiligten.

Es wurde eine Reihe von weiteren Verbesserungen der Ausstattung der Zeitschrift beschlossen, über die in der Geschäftssitzung berichtet werden wird. Die Niederschrift dieses Teiles der Verhandlungen kann von den Mitgliedern des Vorstandsrates jederzeit in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

10. Antrag des Vorstandes auf Änderung der Sätze 1 und 12 der Satzungen.

Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1912 beschlossen, der Hauptversammlung Breslau folgende Satzungsänderungen vorzuschlagen:

Vorgeschlagene neue Fassung:

Satz 1. Der Verein führt den Namen:

Verein deutscher Chemiker.

Er hat seinen Sitz in Leipzig und ist in das dortige Vereinsregister eingetragen.

Satz 12. Der Vorsitzende insbesondere vertritt den Verein im Namen des Vorstandes nach innen und außen. Er bildet den Vorstand gemäß § 26 B. G. B. Er überwacht die Geschäftsführung

Alte Fassung:

Satz 1. Der Verein führt den Namen:

Verein deutscher Chemiker.

Er hat seinen Sitz in Halle a. S. und ist, in das dortige Vereinsregister eingetragen.

Satz 12. Der Vorsitzende insbesondere vertritt den Verein im Namen des Vorstandes nach innen und außen. Er überwacht die Geschäftsführung

Begründung.

Beide Änderungen sind rein formaler Natur. Sie haben nur den Zweck, die Arbeit der Geschäftsführung und des Vorstandes zu vereinfachen.

Der Verein wurde im Jahre 1900 in das Register in Halle eingetragen, weil damals die Geschäftsführung in Halle ihren Sitz hatte. In den letzten Jahren, seitdem sich die Geschäftsführung in Leipzig befindet, bedurfte es mehrfach zeitraubender Korrespondenzen und Reisen des Geschäftsführers, um Mißverständnisse zu beseitigen, die mit dem Register-Richter in Halle unterliefen. Zudem führt die Fassung alte Fernstehende leicht zu der Meinung, daß der Sitz der Geschäftsführung auch heute noch Halle sei; die Folge davon ist Falschleitung von Briefen. Schließlich verlangt das Post-scheckamt, daß auf den amtlichen Briefumschlägen gedruckt wird:

Verein deutscher Chemiker (E. V.) in Halle (Saale).

Geschäftsstelle, Leipzig, Stephanstr. 8.

Diese Fassung gibt natürlich auch zu Mißverständnissen Anlaß. Zu Satz 12. Bisher mußte jede Veränderung im Vorstände des Vereins dem Amtsgericht in einem Schreiben mitgeteilt werden, das von sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes in amtlich oder notariell beglaubigter Form unterschrieben war. Da nun die Mitglieder des Vorstandes alle an verschiedenen Orten wohnen, vielfach auch an Orten, die weder Amtsgericht noch Notar haben, war diese Art der Beurkundung mit großem Zeitverlust und erheblichen Kosten verbunden.

Die neue Fassung, die den Vorsitzenden zum Vorstand gemäß § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches ernannt, ermöglicht, daß in Zukunft der Vorsitzende allein in rechtsgültiger Form die Anzeige von Veränderungen im Vorstand nach § 77 BGB. machen kann.

Die Befugnisse des Vorsitzenden werden im übrigen durch diese Änderung nicht berührt.

Vors.: „Es ist das eine rein formelle Angelegenheit. Der Antrag bezieht sich auf die Übertragung aus dem Vereinsregister zu Halle in das Vereinsregister zu Leipzig. Wünscht einer der Herren das Wort? — Das ist nicht der Fall, ich nehme an, daß der Antrag vom Vorstandsrat genehmigt wird.“

8. Jubiläumsfonds des Vereins.

(Siehe Bericht über die geschäftliche Sitzung S. 777.)

9. Bericht über den VIII. Internationalen Kongreß.

(Siehe Bericht über die geschäftliche Sitzung S. 777.)

11. Antrag des Vorstandes auf Genehmigung der vom Sozialen Ausschuß ausgearbeiteten Anleitung zum Abschluß von Anstellungsverträgen.

Vors.: „Wohl niemals, meine Herren, ist eine Vorlage so wohl vorbereitet zur Beratung gelangt wie diese. Nach den Beratungen in den Bezirksvereinen und im Sozialen

Ausschuß und nach der doppelten Bekanntgabe der Besprechung in der Zeitschrift wie in den Bezirksvereinen erscheint uns im Vorstand eine Aussprache hier vollkommen überflüssig. Etwas Neues zu sagen ist niemand in der Lage, und die Freunde der Vorlage werden ebensowenig die Gegner bekehren wie umgekehrt. Die Vorlage etwa hier Satz für Satz zu diskutieren, hieße alle sozialen Fragen, die unseren Kreis bewegen, aufrollen, ohne einen anderen Effekt, als daß zum Fenster hinaus geredet wird. Es würde das eine außerordentliche Verschwendung von Zeit und Kraft sein. Man könnte sogar der Meinung sein, es sei ausreichend, daß die Vorlage überhaupt veröffentlicht wird, und man brauche sie überhaupt nicht vor die Hauptversammlung zu bringen. In der Tat ist diese Meinung aus beiden Lagern zu uns gedrungen. Der Vorstand ist indessen der Meinung, daß unser sozialer Ausschuß fleißige, sorgsame und soziale Arbeit geliefert hat, von der auch der Verein Notiz nehmen muß. Es erscheint uns bedeutsam, daß diese Arbeit eine Anleitung sei, die der Verein gibt, und nicht nur sein Sozialer Ausschuß. Verpflichtend kann diese Anleitung selbstverständlich weder für die angestellten, noch für die anstellenden Mitglieder sein. Der Vorstand macht deshalb den Vorschlag, je einen Gegner und einen Verteidiger der Vorlage ihren Standpunkt zu der Sache darlegen zu lassen und dann über eine Resolution zur Abstimmung zu schreiten, die mag dann entweder angenommen oder abgelehnt werden. Für diese Resolution wird Ihnen folgender Wortlaut vorgeschlagen:

„Der Verein deutscher Chemiker empfiehlt bei dem Abschluß von Anstellungsverträgen die von dem Sozialen Ausschuß des Vereins ausgearbeitete Anleitung.“

Es würde sich also bei unserer Abstimmung darum handeln, ob wir diese Resolution annehmen oder ablehnen.

Wird zu dem Gehörten das Wort gewünscht? Es ist nicht der Fall, dann würde sich die Frage aufwerfen: Wollen wir den Berichterstatter für die Gegner und den Berichterstatter für die Anhänger der Vorlage heute hier im Vorstandsrat hören, oder wollen Sie diesen Vortrag ausschließlich auf die Hauptversammlung beschränken? (Rufe: Heute hören!)

Ich nehme an, der Vorstandsrat ist der Meinung, daß wir die Herren bitten, schon heute uns ihren Bericht zu geben. Darf ich Herrn W e n t z k i bitten, als Vertreter des Frankfurter Bezirksvereins das Wort zu ergreifen, der sich gegen die Vorlage ausgesprochen hat.“

O. W e n t z k i: „Meine Herren! Wie Ihnen aus dem Bericht des Sozialen Ausschusses bekannt ist, haben die Bezirksvereine Frankfurt und Schweiz den Anstellungsvertrag abgelehnt. Beide haben ihre ablehnende Haltung in einer Resolution begründet, worin sie übereinstimmend erklären, daß es nach ihrer Meinung unmöglich sei, einen allseitig befriedigenden und für alle Verhältnisse passenden Normalanstellungsvertrag aufzustellen. Ich möchte ganz kurz auf die Gründe eingehen, welche den Bezirksverein Frankfurt zu seiner Meinungsauffassung geführt haben:

Der Soziale Ausschuß hat den ersten Entwurf des Normalanstellungsvertrages inzwischen in einigen Bestimmungen geändert. Die Änderungen sind zum Teil sehr erheblicher Art. An Stelle des Titels „Normalanstellungsvertrag“ wurde gesetzt: „Anleitung für den Abschluß von Anstellungsverträgen“, um, wie es in dem Sitzungsprotokoll des Sozialen Ausschusses heißt, dadurch zu kennzeichnen, daß lediglich die Aufstellung eines Vertragsschemas beabsichtigt sei. Diese Änderung war durchaus notwendig, denn der Verein deutscher Chemiker ist nicht in der Lage, einen N o r m a l a n s t e l l u n g s v e r t r a g aufzustellen, es fehlt ihm dazu die Legitimation. Die Voraussetzung für einen Normalvertrag ist die Zustimmung der Beteiligten, in diesem Fall der Unternehmer und der Angestellten, diese ist aber nicht zu erreichen. Die Bezirksvereine Frankfurt und Schweiz handelten meiner Meinung nach daher vollständig konsequent, indem sie den „Normalanstellungsvertrag“ des Sozialen Ausschusses ablehnen.

Die jetzige Bezeichnung des Entwurfs erscheint mir auch nicht ganz korrekt. Der Soziale Ausschuß will nicht lediglich eine A n l e i t u n g geben, sondern zugleich Leitsätze, Richtlinien für Abschließung von Verträgen aufstellen.

In dem Vorwort des Entwurfes des Sozialen Ausschusses vermiße ich den Hinweis oder besser den Nachweis des Bedürfnisses eines Normalanstellungsvertrages. — Ich gebrauche den Ausdruck „Normalanstellungsvertrag“ hier und im folgenden im Sinne des Sozialen Ausschusses. — Man muß doch annehmen, daß der Soziale Ausschuß überzeugt ist, daß ein solches Bedürfnis vorliegt. Wurde dieses Bedürfnis auf Grund des vorliegenden Materials festgestellt, oder ist der Soziale Ausschuß zur Ausarbeitung des Entwurfs durch die geäußerten Wünsche geführt worden? Derartige Anregungen meist älteren Datums haben ja vorgelegen. So hat der Berliner Bezirksverein bereits vor längerer Zeit den Versuch gemacht, Richtlinien für Anstellungsverträge für Chemiker aufzustellen und eine Kommission mit der Ausarbeitung von Richtlinien für Anstellungsverträge beauftragt, man hat aber nichts weiter von der Sache gehört, sie scheint im Sande verlaufen zu sein.

Meiner Meinung nach liegt ein Bedürfnis für einen Normalanstellungsvertrag nicht vor. In früheren Jahren, als die bekannten Beschlüsse des Vereins deutscher Chemiker bezüglich der Angestelltenerfindung und der Konkurrenzklausel nicht existierten, da war es vielleicht eher angebracht, derartige Richtlinien zu geben.

Es hat meiner Meinung nach der Soziale Ausschuß aber auch die Zeit für die Ausarbeitung des Entwurfs nicht richtig gewählt. Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs sind zweifellos die, welche sich auf die Angestelltenerfindung und die Konkurrenzklausel beziehen. Die Basis für die betreffenden Bestimmungen liefern die Beschlüsse von Frankfurt bzw. von Danzig. Diese Beschlüsse sind aber zweifellos nur ein Provisorium für die Zeit, wo die Rechtslage noch zweifelhaft ist. Nun soll aber, wie Ihnen bekannt, in aller Kürze ein neues Patentgesetz herauskommen, durch welches auch die Erfinderfrage geregelt wird. Bezüglich der Konkurrenzklausel ist wohl auch zu erwarten, daß in absehbarer Zeit ein Gesetz geschaffen wird, durch das die Fragen, die in dieser Beziehung noch bestehen, erledigt werden. Schon mit Rücksicht darauf halte ich die Aufstellung eines Normalanstellungsvertrages zurzeit nicht für angebracht. Wenn ich diese Auffassung nicht früher gehabt hätte, so würde ich zweifellos durch den Antrag, den der oberrheinische Bezirksverein zu § 10 gestellt hat, dazu geführt worden sein. Ich will auf den materiellen Teil dieses nicht eingehen, um so weniger brauche ich darauf einzugehen, als sich der Frankfurter Bezirksverein mit den einzelnen Bestimmungen und Fragen des Entwurfs gar nicht beschäftigt hat. Ich möchte nur auf die Konsequenz hinweisen, welche eventuell die Annahme des Antrags des oberrheinischen Bezirksvereins — falls die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs diskutiert werden sollten — haben würde. Wenn § 10 fallen sollte, so würde naturgemäß auch der § 6 fallen müssen, es entstände dann eine Lücke im Entwurf, und dies wäre ein weiterer Grund, diesen abzulehnen.

Der Frankfurter Bezirksverein hält den Normalanstellungsvertrag, abgesehen von der nicht nachgewiesenen Notwendigkeit, auch darum nicht für am Platze, weil er befürchtet, daß durch ihn das gute Einvernehmen, welches vielfach zwischen Angestellten und Unternehmern besteht, beeinträchtigt werden könnte, beispielsweise wenn bei Erneuerung eines Vertrags der eine Teil eine Abänderung im Sinne eines Normalanstellungsvertrags wünscht, während der andere Teil widerspricht.

In Angestelltenkreisen bringt man dem Normalanstellungsvertrag nach meinen Informationen recht wenig Interesse entgegen. Die Angestellten sind entweder mit ihren Verträgen zufrieden, oder sie sagen: „Ob dieses Vertragsschema angenommen wird, kann uns gleichgültig sein, es bleibt doch alles, wie es ist, denn der Normalvertrag verpflichtet ja niemand.“ Andererseits habe ich aber auch scharfe Protestäußerungen gehört, die sich namentlich gegen § 4 richten, auf den ich noch zurückkommen werde. Bei der Besprechung des Antrags in unserem Bezirksverein wurde mehrfach, und zwar von autoritativer Seite darauf hingewiesen, daß, wenn der Entwurf von dem Verein deutscher Chemiker angenommen werde, er wahrscheinlich auch bei der Anstellung von Chemikern in Staatslabora-

torien den Verträgen zugrunde gelegt würde, und hieraus werden mit ziemlicher Sicherheit Nachteile namentlich für die jüngeren Chemiker erwartet.

Mit den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs hat sich, wie ich schon gesagt habe, der Frankfurter Bezirksverein nicht beschäftigt, ausgenommen § 4. Dieser lautet:

„Herr X. hat die Arbeitszeit pünktlich einzuhalten.

Diese beträgt unter gewöhnlichen Verhältnissen . . . Stunden, in außergewöhnlichen Bedarfsfällen hat er eine längere Arbeitszeit, auch während der Nacht, auf sich zu nehmen.“

Nach den Bemerkungen, die der Soziale Ausschuß an den diesbezüglichen Teil unserer Resolution geknüpft hat, sind wir hier mißverstanden worden. Selbstverständlich hat der Frankfurter Bezirksverein nichts dagegen einzuwenden, wenn die Arbeitszeit des Chemikers vertraglich festgelegt wird. Selbstverständlich ist auch, daß der Chemiker seine Arbeitszeit einhalten muß; den Chemiker ausdrücklich im Verträge darauf hinzuweisen, halte ich jedoch nicht für nötig, da derartige Bestimmungen in der allgemeinen Fabrikordnung aufgenommen werden können. Der Frankfurter Bezirksverein ist ebenfalls der Ansicht, daß der Chemiker in gewissen Fällen, z. B. bei Betriebsstörungen, eine Überarbeit auf sich nehmen muß. Bei dem Pflichtgefühl, welches dem Chemiker zugetraut werden kann, ist nicht zu erwarten, daß er sich dieser Überarbeit entziehen wird. Wir sind aber entschieden dagegen, daß eine derartige Forderung in einen Vertrag hineinkommt. Wenn es geschieht, so ist das eine Verkennung des Pflichtgefühls des Chemikers und eine Verkennung seiner sozialen Stellung, eine Gleichstellung mit Angestellten geringeren Bildungsgrades.

Es wird häufig darüber geklagt, daß in Staatsbetrieben die akademisch gebildeten Techniker anderen Akademikern nachgestellt werden. Meine Herren! Wenn Sie eine derartige Bestimmung in einen Normalanstellungsvertrag hineinbringen, so brauchen Sie sich über die Zurücksetzung der Chemiker in den Staatsbetrieben nicht zu wundern. Es liegt auch gar kein Grund vor zu einer solchen Bestimmung, denn nur ausnahmsweise dürfte es vorkommen, daß ein Chemiker sich weigert, wenn es nötig ist, über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus tätig zu sein.

Im übrigen wird auch ein Chemiker, überhaupt ein Angestellter, sich schon darum nicht weigern, eine solche Überarbeit zu übernehmen, weil er erwarten muß, sonst alsbald an die Luft gesetzt zu werden.

M. H.! Das sind die Gründe, die den Frankfurter Bezirksverein dazu geführt haben, den Entwurf zu dem Normalanstellungsvertrag abzulehnen. Wir halten ihn nicht für nötig, nicht für zeitgemäß und auch nicht für im Interesse des Chemikerstandes liegend.“

Dr. Diehl: „M. H.! Der vorliegende Entwurf ist das Ergebnis jahrelanger gemeinsamer Arbeit des Sozialen Ausschusses, des Vorstandes und der einzelnen Bezirksvereine. Wer längere Zeit dem Sozialen Ausschuß angehört hat, der weiß, wie häufig jüngere Kollegen sich nach den Bedingungen eines Anstellungsvertrags erkundigen, und wie oft der Soziale Ausschuß von Angestellten um Rat in Vertragsangelegenheiten gegangen worden ist. Diese Tatsachen haben uns schon früher veranlaßt, einzelne für Anstellungsverträge wichtige Fragen in den Bereich unserer Tätigkeit aufzunehmen, und wir sind dann schließlich dazu gekommen, die gesamten Fragen in einer Anleitung, und zwar in Form eines Vertrages zusammenzustellen. Dabei sind wir uns wohl bewußt gewesen, daß man unmöglich allen Wünschen Rechnung tragen kann, und wir haben deshalb auch bei der letzten Umarbeitung der Anleitung die Bezeichnung „Normal-Anstellungsvertrag nicht beibehalten.“

Zu den vorliegenden Anleitungen haben sich die Bezirksvereine geäußert, und zwar zum Teil sehr ausführlich; mit zwei Ausnahmen haben sie im Prinzip durchweg dem Vorschlag des Sozialen Ausschusses zugestimmt, und von mehreren Bezirksvereinen sind uns dankenswerte Anregungen für gewisse in der letzten Lesung vorgenommene Änderungen gegeben worden. Nach dem, was ich eben ausgeführt habe, kann also nicht zugegeben werden, daß ein Bedürfnis für die vorliegenden Anleitungen nicht bestehe.

Wenn Herr W e n t z k i darauf hingewiesen hat, daß bereits früher einmal von einem unserer Bezirksvereine versucht worden ist, ein Schema für einen Anstellungsvertrag aufzustellen, so ist dieser Umstand gerade ein weiterer Beweis dafür, daß die Vertragsanleitung einem Bedürfnis entspreche. Es ist eingewendet worden, man hätte bei Bearbeitung des Vertragsschemas beide Teile, Angestellte sowie auch Unternehmer, hören müssen. Im Sozialen Ausschuß sind nun beide Teile gleichmäßig vertreten, und ich darf betonen, daß alle Beschlüsse über die vorliegenden Anleitungen einstimmig gefaßt sind. Dies dürfte ein Beweis dafür sein, daß tatsächlich ein Ausgleich von beiden Seiten versucht und mit allgemeiner Zustimmung erreicht worden ist.

Ein Normalvertrag, der auf alle Verhältnisse paßt, ist nicht möglich, darüber waren wir uns von vornherein klar. Wir geben deshalb auch in dem Entwurf nur eine Anleitung und einen Rat, nach dem sich jeder richten kann, ohne daß er gezwungen wird, den Vertrag wörtlich, wie er dasteht, als Dienstvertrag zu benutzen. Wir hoffen, daß in diesem Sinne der Vertragsentwurf das erfüllen wird, was wir beabsichtigt haben.

Herr W e n t z k i hat ferner eingewendet, die Zeit für die Veröffentlichung des Vertrags sei nicht günstig gewählt im Hinblick auf den gerade jetzt erschienenen Entwurf des Patentgesetzes und die in Aussicht stehende gesetzliche Regelung der Konkurrenzklausel, auch soweit Techniker in Betracht kommen. Der Herr Vorredner übersieht aber dabei, daß der Entwurf des Patentgesetzes erst vor wenigen Wochen erschienen ist, während unsere Anleitungen schon seit geraumer Zeit veröffentlicht sind. Bis der jetzige Entwurf des Gesetzes angenommen wird, kann sicherlich ein Jahr vergehen. Es liegt aber für uns kein Grund vor, mit Rücksicht hierauf unsere Arbeiten nicht zum Abschluß zu bringen. Die gesetzgeberische Tätigkeit kann ruhig ihren Lauf nehmen, und wenn durch sie neue Momente gebracht werden sollten, die Berücksichtigung verlangen, so werden wir selbstverständlich die ersten sein, die jetzt fertiggestellten Arbeiten wieder aufzunehmen, um sie den neuen Verhältnissen anzupassen. Ich möchte aber doch nicht unterlassen, zu bemerken, daß der Entwurf des Patentgesetzes in gewissen Punkten dem Sinn und Geist nach vollkommen mit der Auffassung des Sozialen Ausschusses, speziell in den §§ 6 und 10 des Vertrags übereinstimmt.

Daß unser Vertragsentwurf dazu führen könnte, die Stellung des angestellten Chemikers herabzudrücken, kann ich nicht zugeben. Der Vertragsentwurf ist keineswegs derartig, daß er die Angestellten ungünstiger stellt als seither. Ich glaube im Gegenteil, daß er gerade dazu angetan ist, ihre Stellung zu heben.

Die Einwendungen, welche Herr W e n t z k i im besonderen gegen den § 4 erhoben hat, sind meiner Ansicht nach nicht richtig. Dieser Paragraph enthält Bestimmungen, die wohl die meisten von uns in ihrem Verträge haben und gehabt haben, ohne daß sie sich deshalb in ihrer sozialen Stellung herabgedrückt fühlten. Es ist ohne Zweifel zweckmäßig, eine Arbeitszeit festzusetzen; ob man es in der Form einer Vertragsbestimmung tun soll oder einer Betriebsinstruktion, darüber läßt sich streiten. Ich meine aber, für den Chemiker ist es besser, wenn es von vornherein im Vertrag geschieht. Ich kann deshalb in dem § 4 keinen Grund erblicken, um an dem Vertrag eine solche Kritik zu üben, wie es der Frankfurter Bezirksverein getan hat, und ihn in Pausch und Bogen zu verwerfen.

Hinzufügen will ich noch, daß dieser Paragraph nur einem einzigen der befragten sämtlichen Bezirksvereine Veranlassung zu einem Abänderungsvorschlag gegeben hat, aber auch nicht in dem Sinn, wie dies seitens des Frankfurter Vereins geschah.

Ich glaube, daß ich auf Grund dessen, was ich eben ausgeführt habe, Sie wohl bitten kann, den Antrag des Vorstandes anzunehmen.

Die weitere Bearbeitung des Gebiets, die durch neue Gesetze veranlaßt werden könnte, bleibt uns für später immer vorbehalten. Die Entscheidung über die Arbeit, die Ihnen jetzt vorliegt, sollten Sie aber meines Erachtens nicht vertragen, denn sonst würden wir nie zu einem Ziele kommen.“

Prof. Dr. Osterrieth: „Meine Herren! Ich wollte nur zunächst zur Bedürfnisfrage ein paar Worte sagen. Seitdem ich Rechtsbeistand des Vereins bin, sind über 400 Anfragen an mich gelangt. Auf Grund dieser Anfragen, die vorwiegend aus den Kreisen der Angestellten kamen, habe ich die unbedingte Überzeugung gewonnen, daß ein dringendes Bedürfnis nach einer solchen Anleitung besteht. In zahlreichen Fällen bin ich gebeten worden, auch ohne daß mir weitere Unterlagen geliefert wurden, mitzuteilen, nach welchen Grundsätzen ein Vertrag abgeschlossen werden solle, und nach welchen Grundsätzen bestimmte Fragen geregelt werden sollten. Ich bin dann oft in der Lage gewesen zu sagen: Es existiert noch nichts, woran man sich halten könnte. In anderen Fällen, wo schon gewisse Unterlagen gegeben waren, konnte ich auch einen bestimmten Rat geben. Sie werden aber zugeben, daß eine Anleitung, deren Grundanschauungen von beiden Seiten gebilligt werden, den bestehenden Wünschen besser entsprechen muß.

Ich glaube aus diesen Gesichtspunkten heraus, daß ein dringendes Bedürfnis zur Aufstellung eines Vertragsschemas besteht, und vom Sozialen Ausschuß ist das bestätigt worden.

Im übrigen wird ja das Votum des Vorstandsrats und der Hauptversammlung morgen ergeben, ob ein solches Bedürfnis anerkannt wird oder nicht.

Noch eine Bemerkung zu der Frage des vorliegenden Gesetzentwurfs zur Reform des Patentrechts. Ich nehme an, daß der Frankfurter Bezirksverein mit dem Gesetzentwurf zum Patentgesetz sich ebenso genau bekannt gemacht hat wie mit der Anleitung, und da wird er gesehen haben, daß die von der Regierung vorgeschlagene Regelung dem Geiste nach unseren Frankfurter Beschlüssen und den Anschauungen entspricht, auf die wir unsere Anleitung aufgebaut haben. Ich glaube, daß in dem Patentgesetzentwurf in seiner vorliegenden Fassung keinerlei Anlaß liegen dürfte, an unseren Vorschlägen etwas zu ändern.

Zur gesetzlichen Neuregelung der Konkurrenzklausel hat Herr Dr. Diehl schon ausgesprochen, daß das noch in weitem Felde steht.

Noch eine Bemerkung zu § 4 der Anleitung. Ich bin der Meinung, daß es im Interesse des Angestellten liegt, einen Anhaltspunkt dafür zu besitzen, bis zu welchem Maße er in Anspruch genommen werden kann. Dabei schweben mir einige Fälle aus meiner Praxis vor, besonders ein Fall, in dem ein Angestellter wochenlang einige Stunden über die normale Arbeitszeit im Betriebe tätig sein mußte und bei mir anfragte: Kann ich dafür eine besondere Entschädigung verlangen? Ich mußte sagen: Es kommt darauf an, was in solchen Betrieben üblich ist. Eine Anfrage bei erfahrenen Praktikern ergab, es sei wohl eine übermäßige Zeit, aber es könne nicht festgestellt werden, daß der Angestellte nach der bestehenden Übung eine entsprechende Entschädigung hätte fordern können. Der Soziale Ausschuß ist davon ausgegangen, daß der Angestellte Schutz dagegen finden soll, daß er dauernd in übermäßiger Weise in Anspruch genommen wird. Das soll also die Regel sein. Hierzu kommen nun die *Ausnahmen*, die es rechtfertigen, den Angestellten, wenn ein besonderer Bedarfsfall vorliegt — auch ohne besondere Vergütung —, zu über das gewöhnliche Maß hinausgehenden Arbeiten heranzuziehen. Ich möchte also nur betonen, daß die Bestimmung in erster Linie dem Schutz der Angestellten dienen soll.“ (Bravo!)

Vors.: „Meine Herren, ich nehme an, daß der Vorstandsrat grundsätzlich damit einverstanden ist, die Angelegenheit so zu behandeln, wie ich vorgeschlagen habe.“

Herr Gerichten: „Es war vorgeschlagen, daß je ein Herr für und gegen den Antrag sprechen solle; nun haben Sie zwei Rednern das Wort für die Vorlage gegeben, deshalb erlauben Sie auch mir einige Worte.“

Ich möchte etwas aufgreifen, was der Herr Vorsitzende in seinen Einleitungsworten gesagt hat. Er hat uns mitgeteilt, daß von beiden Seiten der Vereinsmitglieder die Anregung an ihn gekommen ist, den Vertragsskizzenentwurf überhaupt nicht zur Abstimmung zu bringen. Dies möchte auch ich vorschlagen. Der Entwurf ist mit großer Sorgfalt

ausgearbeitet, und ich möchte beantragen, daß wir dem Sozialen Ausschuß dafür unseren Dank aussprechen. Mit der Veröffentlichung des Vertrages tun wir jedermann zu wissen, wie der Verein deutscher Chemiker über die Sache denkt, und Angestellte und Arbeitgeber können beim Abschluß eines Vertrags die hier niedergelegten Grundsätze berücksichtigen. Da dieselben aber für niemand verpflichtend sind, können wir von einer Abstimmung absehen. Wir haben die Interessen der chemischen Industrie zu vertreten, und ich glaube nicht, daß eine Schädigung derselben vorliegt, wenn wir über den Vertragsskizzenentwurf nicht abstimmen.

Herr Dr. Diehl hat als besonderen Grund für die Vorlage angegeben, daß von jüngeren Kollegen wegen ihres Vertrages Anfragen gekommen seien; dem würde nun mit der Veröffentlichung dieser Arbeit ebenfalls abgeholfen.

Ein anderer Punkt, den Herr Prof. Osterrieth erwähnt hat, nämlich daß der Vertragsskizzenentwurf fertiggestellt worden ist, bevor der neue Patentgesetzentwurf veröffentlicht wurde, spricht ebenfalls dafür, daß wir eine Abstimmung nicht vornehmen sollten. Ich möchte anstatt der Abstimmung vorschlagen, in das Protokoll aufzunehmen, daß der Verein von der Arbeit des Sozialen Ausschusses Kenntnis nimmt und demselben seinen Dank ausspricht.“

Vors.: „Wir wollen ja nicht über die Anleitung abstimmen, sondern über eine Resolution, die diese Anleitung den Mitgliedern empfiehlt.“

Übrigens ist nun durch die beiden Berichte und die ergänzenden Bemerkungen des Herrn Vorredners und unseres Herrn Rechtsbeistandes die ganze Lage so weit geklärt, daß wir darüber abstimmen können, ob wir die Resolution der Hauptversammlung vorschlagen wollen oder nicht. Ich bitte diejenigen Herren, die Hand zu erheben, die der Meinung sind, der morgigen Hauptversammlung folgende Resolution vorzuschlagen:

„Der Verein deutscher Chemiker empfiehlt beim Abschluß von Anstellungsverträgen seinen Mitgliedern die von dem Sozialen Ausschuß des Vereins unterbreitete Anleitung.“

Es wird gegen drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen, der Hauptversammlung die Resolution zur Annahme zu empfehlen.

12. Antrag des Bezirksvereins Niederrhein: „Niemand kann gleichzeitig ordentliches Mitglied mehrerer Bezirksvereine sein.“

Sollten gegen diese Fassung Bedenken bestehen, so würde der wesentliche Zweck auch durch folgenden Ersatzantrag erreicht werden können:

„Bei Abstimmungen kommen für die Berechnung der Stimmenzahl dem einzelnen Bezirksverein nur diejenigen Mitglieder zu, für welche der betreffende Bezirksverein die Rückvergütung aus der Kasse des Hauptvereins erhält.“

Begründung. Es ist nach Ansicht des Niederrheinischen Bezirksvereins an sich nicht wünschenswert, daß in ein und derselben Stadt eine Werbetätigkeit verschiedener Bezirksvereine entfaltet wird. Selbst wenn man aber eine regionale Abgrenzung des Arbeitsgebietes der einzelnen Bezirksvereine nicht für zulässig hält, so ist jedenfalls der gegenwärtig bestehende Zustand nicht erträglich, wonach die von einem Bezirksverein abzugebende Stimmenzahl lediglich von der Zahl seiner ordentlichen Mitglieder abhängig ist. Es ist gegenwärtig, wenigstens theoretisch, möglich, daß ein starker Bezirksverein bei einem starken benachbarten Bezirksverein korporativ Mitglied wird, wodurch die abzugebende Stimmenzahl unter Umständen mehr als verdoppelt werden kann.

Vors.: „Der Antrag liegt gedruckt vor, und ich glaube, er spricht für sich selber. Unsere Satzungen enthalten eine Bestimmung dieser Art bis jetzt nicht, tatsächlich ist es also möglich, und ist praktisch vorgekommen, daß jemand zweifach Mitglied war und zweimal abstimmen konnte, während es offenbar nur im Interesse des Vereins liegen kann, daß jeder nur einfaches Mitglied ist und nur eine Stimme hat. Ich glaube also, der Antrag, so wie er vorliegt, ist so selbstverständlich, daß nichts dagegen einzuwenden ist.“

Ich möchte aber vorschlagen, bei dieser Gelegenheit den Gedanken in Erwägung zu ziehen, ob sich nicht eine

gewisse regionale Abgrenzung der Arbeit der Bezirksvereine empfehlen würde. Wenn ein neuer Herr, ich will z. B. sagen, nach Crefeld kommt, so kann es ihm passieren, daß er von den Bezirksvereinen Aachen, Niederrhein und Rheinland-Westfalen die Aufforderung erhält, Mitglied ihres Bezirksvereins zu werden. Ich glaube, wir schädigen unsere Propagandaarbeit, wenn wir von verschiedenen Seiten an die Herren herankommen. Der einzelne Bezirksverein weiß nicht, ob jemand schon aufgefordert worden ist. Ich möchte also empfehlen, daß im Kreise des Vorstands selbst dieser Frage einer regionalen Abgrenzung einmal nähergetreten werde."

Herr K ö b n e r: „Der Antrag Niederrhein kann nicht angenommen werden, weil er nicht konsequent ist. (Widerspruch.) Wir haben uns schon früher darüber unterhalten, welche Mißstände es in bezug auf die Vertretung im Vorstandsrat hat, daß Herren gleichzeitig verschiedenen Abteilungen angehören. Das bezieht sich aber nicht so sehr auf die Bezirksvereine, sondern vor allem auf die Fachgruppen. Wenn man also einen derartigen Antrag stellen will, so dürfte der Antrag sich nicht auf die Bezirksvereine beschränken. So wie er jetzt besteht, kann man ihn nicht annehmen."

Prof. Dr. R a s s o w: „Meine Herren! Der Antrag des niederrheinischen Bezirksvereins hat zwei Ziele: Er bezieht sich einerseits darauf, daß jedes Mitglied und jede Abteilung hier in der Vorstandssitzung vertreten ist durch einen Vertreter der Abteilung, und daß diese Vertreter, je nach der Zahl der Mitglieder der Abteilungen, eine, zwei, sechs, vielleicht noch mehr Stimmen haben können. Sollte der niederrheinische Bezirksverein fürchten, daß die Mitglieder, die mehreren Bezirksvereinen angehören, hierbei doppelt und dreifach gezählt würden, so ist das unbegründet, denn die Geschäftsstelle stellt im Anfange des Jahres fest, wieviel jeder Bezirksverein an Rückvergütung bekommt. Da aber für jedes Mitglied nur einmal die Rückvergütung von 2 M bezahlt wird, so werden dem betreffenden Bezirksverein nur so viel Stimmen zugeschrieben, wie sich aus jener Summe ergibt. Insofern ist der Antrag überflüssig."

Der zweite Teil bezieht sich darauf, daß kurz vor jeder Hauptversammlung in einer großen Anzahl von Bezirksvereinen Postkarten verschickt werden, durch die die Mitglieder, die nicht zur Hauptversammlung kommen, gebeten werden, den Mitgliedern, die hier anwesend sind, für die geschäftliche Sitzung ihre Stimme zu übertragen."

Es wäre wünschenswert, daß in dieser Richtung durch einen Beschluß zur Geschäftsordnung für den Verkehr zwischen der Geschäftsstelle und den Abteilungen festgelegt würde, daß die Bezirksvereine, wenn sie Stimmen für die geschäftliche Sitzung sammeln, sich ausschließlich auf diejenigen Mitglieder beschränken, für die sie die Rückvergütung bekommen, und sich nicht an ihre anderen Mitglieder wenden. Sie dürfen ohnehin an außerordentliche Mitglieder die Karten nicht schicken, die außerordentlichen Mitglieder sind keine Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker."

Als Anregung dazu scheint mir der vorliegende Antrag durchaus erwünscht, es wäre vielleicht besser, er würde in diesem Sinne nochmals umgeändert und bei der nächsten Hauptversammlung wieder eingebracht."

Prof. M ü l l e r: „Ich halte es für das Zweckmäßigste, dem Vorschlag des Herrn Geschäftsführers zu folgen. Ich glaube, im Sinne meines Bezirksvereins zu handeln, wenn ich den Antrag für dieses Jahr zurückziehe und ihn in erweiterter Form für das nächste ankündige. Es liegt uns daran, zu verhindern, daß tatsächlich jemand Mitglied mehrerer Bezirksvereine ist, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß einer der Bezirksvereine das mit dem Entgange des außerordentlichen Beitrags von 5 M bezahlen muß, daß also die an sich sehr geringen Mittel, die den Bezirksvereinen für ihre wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung stehen, dadurch noch vermindert werden. Ich hoffe, daß ich im nächsten Jahre mit einem derartigen Vorschlag kommen kann."

V o r s.: „Punkt 12 der Tagesordnung ist durch Zurückziehung des Antrags erledigt."

13. Rechtsauskunftsstelle.

(Siehe Bericht über die geschäftliche Sitzung S. 779.)

14. Stellenvermittlung für das Jahr 1913.

Auch in diesem Jahre hat die Besserung auf dem Stellenmarkt, wie wir schon in den beiden letzten Berichten feststellen konnten, angehalten. Wenn auch die Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen im Jahre 1912 um 20 hinter denen des Vorjahres zurückblieb, so ist doch immerhin gegenüber den früheren Jahren noch eine erfreuliche Steigerung in der Benutzung unserer Stellenvermittlung seitens der Stellengeber zu verzeichnen."

Zusammen mit den aus dem Vorjahre übernommenen 22 (13, 13 und 12) offenen Stellen waren insgesamt 119 (130 94 und 82) zu besetzen. Von diesen fanden 105 (108, 81 und 75) innerhalb des Berichtsjahres ihre Erledigung, während 14 (22, 13, 13) erst im Laufe des neuen Jahres erledigt wurden."

Die Benutzung unserer offiziellen Stellenvermittlung seitens der Stellensucher zeigt gegenüber dem Vorjahre einen weiteren Rückgang. Nur 108 (141, 77 und 130) stellensuchende Chemiker ließen sich die Formulare zur Ausfüllung senden, so daß mit den aus dem Vorjahre herübergenommenen im ganzen 156 (167, 138 und 209) Bewerber den 119 (130, 94 und 82) offenen Stellen gegenüberstanden. Es ist klar, daß die damit zur Verfügung stehende Auswahl den Stellengebern nicht genügt haben würde. Glücklicherweise setzte uns die Zahl der auf die Ausschreibung der Stellen eingehenden geschlossenen Bewerbungen in den Stand, den Stellengebern eine genügende Auswahl von Bewerbungen zu unterbreiten. Es gingen insgesamt 836 solcher Bewerbungen gegenüber 837, 515 und 505 in den drei vorhergehenden Jahren bei uns ein."

Wie hieraus zu ersehen ist, liegt durchaus genügendes Angebot für die Nachfrage nach Chemikern vor. Der Umstand, daß offenbar die jetzige Form unserer offiziellen Stellenvermittlung sich keiner Beliebtheit bei unseren stellensuchenden Fachgenossen erfreut, sowie andere Erwägungen führten uns zu der Notwendigkeit, eine Reform der Geschäftsordnung der Stellenvermittlung anzuregen. Mit der Beratung über diese Reform wird sich der Soziale Ausschuß in der nächsten Zeit befassen."

Die Entwicklung der Stellenvermittlung im einzelnen geht aus folgenden Tabellen hervor (siehe S. 756 oben).

Prof. Dr. O s t e r r i e t h: „Der Soziale Ausschuß hat in seiner Sitzung heute Vormittag die Frage der Organisation der Stellenvermittlung eingehend beraten und ist zu einigen Ergebnissen gekommen, die ich mir erlauben möchte, dem Vorstandsrat bekannt zu geben:"

„L e i t s ä t z e des Sozialen Ausschusses, beschlossen in der Sitzung zu Breslau am 15. September 1913."

1. Ein gewisser Schematismus in der Handhabung der Stellenvermittlung erscheint unvermeidlich. Es ist jedoch wünschenswert, daß dieser Schematismus durch Vorschriften der Geschäftsleitung und namentlich auch durch die Art der Handhabung der Stellenvermittlung möglichst gemildert werde. Dabei ist namentlich zu beachten, daß die Wirksamkeit der Stellenvermittlung durch die Art und Weise ihrer Handhabung durch die Geschäftsstelle oder durch das größere oder geringere dabei bewiesene Geschick wesentlich beeinflusst wird."

2. Eine vollständige Abschaffung der Fragebogen scheint nicht tunlich. Jedoch wären auf den Formularen des Fragebogens die Stellensucher darauf hinzuweisen, daß die Beantwortung bestimmt bezeichneter Fragen obligatorisch ist."

3. Bei der Gruppeneinstellung wäre eine Haupteinteilung empfehlenswert für Anfänger und für fortgeschrittene Stellensucher."

4. Stellengesuche sollen im Gegensatz zu der Vorschrift des § 5 der Geschäftsordnung nur in einem Exemplar eingereicht und sodann von der Geschäftsstelle in der für die offenen Stellen aller in Aussicht genommenen Gruppen erforderlichen Anzahl vervielfältigt werden, unter Auslassung der nicht für die weitere Mitteilung bestimmten Angaben."

5. Eine Erhebung von Gebühren von Stellengebern scheint nicht im Interesse der Stellensucher zu liegen."

a. Stellengeber.

	Bestand am 1./1.			Zugang			Zusammen			Erledigt			davon als besetzt gem.			gestrichen			Bestand am 31./12.		
	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910
Mitglieder	14	9	10	73	91	56	87	100	66	76	86	59	72	84	56	4	2	3	11	14	9
Nichtmitglieder	8	4	3	24	26	24	32	30	24	29	22	22	26	18	21	3	4	1	3	8	4
zusammen	22	13	13	97	117	80	119	130	94	105	108	81	98	102	77	7	6	4	14	20	11

b. Stellensucher.

	Bestand am 1./1.			Zugang			Zusammen			Erledigt			davon gestrichen			erneuert			Bestand am 31./12.		
	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910
Mitglieder	42	21	44	96	114	66	138	135	106	99	93	85	56	62	44	2	4	5	39	42	21
Nichtmitglieder	6	5	18	12	27	11	18	32	32	11	32	27	8	15	14	1	—	1	7	6	5
zusammen	48	26	62	108	141	77	156	167	138	110	125	112	64	77	56	3	4	6	46	48	26

6. Eine regelmäßige Veröffentlichung — etwa wöchentlich oder 14 tägig — der Liste der nicht erledigten Stellengesuche an einer bestimmten Stelle der Zeitschrift ist empfehlenswert.

Dagegen scheint eine Veröffentlichung von Stellengesuchen oder -angeboten in Form von Füllinseraten dem privaten Charakter der Stellenvermittlung des Vereins nicht zu entsprechen.

7. Bei Veröffentlichung der noch offenen Stellen in der Vereinszeitschrift sind an Stelle der Nummernangabe die Angebote in dem ursprünglichen Wortlaut wiederzugeben.

8. Im Interesse der Propaganda für den Verein ist es wünschenswert, die für Anfänger offenen Stellen regelmäßig den Vorständen von Laboratorien an Hochschulen zu übersenden.

9. Der Ausschuß behält sich vor, die Frage der Stellenvermittlung weiter zu beraten und insbesondere eine Neubearbeitung der Geschäftsordnung für die Stellenvermittlung und der Fragebogen in Aussicht zu nehmen.

Letzterer Vorschlag wird wohl der Genehmigung oder Zustimmung des Vorstandsrats bedürfen. Die Frage ist ja zunächst an den Sozialen Ausschuß zur Beratung überwiesen worden. Das Ergebnis der Beratung habe ich Ihnen mitgeteilt, der Soziale Ausschuß hat sich aber bereit erklärt, die Frage auch noch weiter zu bearbeiten, und vielleicht sogar nach dem Ergebnis seiner Arbeiten in eine Neubearbeitung der Geschäftsordnung und der Fragebogen einzutreten.“

15. Statistik der Chemiker und Chemiestudierenden.

In die Fragebogen der Statistik der Chemiker haben wir zwei neue Rubriken aufgenommen, durch die wir eine nicht unwesentliche Verbesserung dieser statistischen Feststellungen zu erreichen hoffen. Zweifellos ist es doch von ebenso großem Interesse, die Zahl der selbständigen Chemiker (Inhaber, Direktoren usw.) in den von der Statistik erfaßten Betrieben kennen zu lernen, wie die der Angestellten, aus denen jene ja doch erst hervorgehen. Dadurch, daß wir diese Frage nach den selbständigen Chemikern stellen, beseitigen wir auch gleichzeitig eine Ungenauigkeit unserer Statistik, da viele der befragten Betriebe bisher ihre Direktoren unter den Angestellten mit aufführten, andere wieder wegließen. Die Ergebnisse dürften also jetzt an Einhelligkeit erheblich gewinnen.

In konsequenter Fortführung dieses Gedankens mußte denn auch die Statistik die Zahl derjenigen erfragen, die ihre Firma verlassen, um sich selbständig zu machen. Allerdings wird durch Einführung dieser Rubriken aus oben schon angeführtem Grunde ein direkter Vergleich der neuen Zahlen mit denen der Vorjahre unausführbar. Da aber die Fragebogen die im Laufe des vergangenen Jahres eingetretenen Veränderungen (Zu- und Abgänge) erkennen lassen, so erfahren wir ja auf diese Weise, wie sich der Reinzuwachs gestaltet hat.

Insgesamt wurden 360 Fragebogen versandt. Bei 14 meistens kleineren Firmen, von denen keine Antworten erhalten werden konnten, mußten wir die Zahlen des Vorjahres einsetzen. 17 der befragten Firmen beschäftigten am 1./1. 1912 keinen Chemiker oder Chemotechniker, 4 Firmen hatten den Betrieb eingestellt oder hatten mit anderen fusioniert.

In den übrigen 339 Firmen waren am 1./1. 1912 insgesamt 268 Chemiker als Inhaber, Direktoren usw. tätig, sowie 2467 angestellte Chemiker und 384 Chemotechniker. Im Laufe des Jahres 1912 waren hinzugekommen 333 Chemiker und 68 Chemotechniker. Unter Berücksichtigung des Abganges von 211 Chemikern und 39 Chemotechnikern ergibt sich ein Reinzuwachs von 122 Chemikern + 5,2% gegenüber 4,1, 5 und 3,2% in den Vorjahren) und 29 Chemotechnikern (+ 8,2% gegenüber 11,4, 7,8 und 3,1% in den Vorjahren).

Im einzelnen stellen sich die Veränderungen in der Zahl der angestellten Chemiker und Chemotechniker folgendermaßen:

Tabelle A.

Abgang im Laufe der Jahre 1912 (1911; 1910; 1909):

	Chemiker			Chemotechniker		
Es sind gestorben	15	(10; 14; 16)		—	(— 1; 3)	
Es wurden pens. .	5	(9; 9; 8)		1	(— — 2)	
Es hatten Karenz	18	(14; 17; 8)		2	(1; — —)	
Es gingen in and.						
Stellungen . . .	163	(189; 153; 144)		36	(32; 20; 17)	
Es machten sich						
selbständig . .	9	(? ? ?)		—	(? ? ?)	
Insgesamt Abgang	211	(222; 193; 176)		39	(33; 21; 22)	

Zugang im Laufe der Jahre 1912 (1911; 1910; 1909):

	Chemiker			Chemotechniker		
Direkt von Hochschulen usw. .	165	(172; 154; 138)		16	(28; 20; 14)	
Davon ohne Abschlußexamen .	2	(2; 4; 9)		—	(3; 1; 3)	
Mit Dr.-Examen .	150	(133; 129; 104)		—	(— ; — —)	
Mit Dipl.-Examen .	33	(42; 40; 29)		—	(— — —)	
Gewesene Assistenten .	68	(72; 55; 48)		—	(— — —)	
Aus and. Stellung.	167	(151; 156; 112)		52	(38; 25; 15)	
Insgesamt Zugang	333	(323; 310; 250)		68	(66; 45; 29)	

Zu Bemerkungen irgendwelcher Art dürften die Ergebnisse des letzten Jahres kaum Anlaß geben. Die Zahl der ohne Abschlußexamen in Stellung gehenden Chemiker, die seit 1909 von 9 bis auf 2 gefallen war, ist bei dieser niedrigen Zahl stehen geblieben. Wir hoffen es noch zu erleben, daß diese Kategorie der Chemiker einmal der Geschichte angehören wird.

Scheiden wir aus der Gesamtzahl der befragten Firmen wieder die „Großfirmen“ aus (so wollen wir, wie früher, die Firmen bezeichnen, die mehr als 20 angestellte Chemiker beschäftigen), so ist zunächst zu bemerken, daß

deren Zahl auf 20 angewachsen ist, da zwei Firmen im vergangenen Jahre die Zahl ihrer Chemiker über die von uns gezogene Mindestzahl hinaus vermehrt haben.

Diese 20 Großfirmen beschäftigten neben 45 selbständigen Chemikern insgesamt 1477 angestellte Chemiker und 154 Chemotechniker, das sind 59,9 und 40,2% aller von dieser Statistik erfaßten angestellten Chemiker und Chemotechniker. Aus dem Zu- und Abgang errechnet sich hier ein Reinzuwachs von 90 Chemikern = 6,5 (4,9 und 7,6)%. Wir beobachten also hier wieder eine wesentlich stärkere Zunahme als bei den übrigen Firmen, deren Reinzuwachs an Chemikern nur 3,3 (2,8 und 2,1)% ausmachte. Auch die anderen für die Großfirmen charakteristischen Verhältnisse finden wir in den Ergebnissen dieses Jahres wieder bestätigt. Der überwiegende Teil der karenzhaltenden Chemiker entfällt auf die Großfirmen, nämlich 77,8% statt des zu erwartenden Durchschnitts von 59,9%. Wie schon in der vorjährigen Statistik erwähnt, hat dies seinen Grund darin-

daß die zur Kategorie der Großfirmen gehörigen Unternehmungen in Übereinstimmung mit den Forderungen unseres Vereins fast durchgängig die Karenz bezahlen, wodurch natürlich den Angestellten der Entschluß zur Aufgabe einer ihnen nicht zusagenden Stelle ganz wesentlich erleichtert wird. Trotzdem ist der Abgang, der sich nach Abzug der Pensionierten und Verstorbenen ergibt, bei den Großfirmen ein wesentlich geringerer als bei den übrigen Firmen. Dieser Abgang betrug nur 4,7 (4,6)% von der Gesamtzahl der bei den Großfirmen beschäftigten Chemiker, während dieser Prozentsatz bei den anderen Firmen 12,3 (12,0)% ausmachte.

Die Großfirmen nahmen ferner auch wiederum den größten Teil der von der Hochschule in die Praxis übertretenden Assistenten auf (1912: 83,8%; 1911: 80,5% und 1910: 78,2%). Ausnahmsweise kam bei einer dieser Firmen auch einmal ein junger Chemiker ohne Abschlußexamen unter.

Tabelle B.

	Chemiker in												Chemotechniker in											
	Großfirmen						übrigen Firmen						Großfirmen						übrigen Firmen					
	Zahl			in %			Zahl			in %			Zahl			in %			Zahl			in %		
	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910	1912	1911	1910
Abgang:																								
Es sind gestorben	6	4	8	40,0	40,0	57,1	9	6	6	60,0	60,0	42,9	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	100,0
Es wurden pensioniert	4	5	3	80,0	55,6	33,3	1	4	6	20,0	44,4	66,7	—	—	—	—	—	—	1	—	—	100,0	—	—
Es hatten Karenz	14	10	12	77,8	71,4	70,6	4	4	5	22,2	28,6	29,4	1	1	—	50,0	100,0	—	1	—	—	50,0	—	—
Es gingen in andere Stelle	51	54	38	31,3	28,6	24,6	112	135	115	68,7	71,4	75,4	13	11	8	36,1	34,4	40,0	23	21	12	63,9	65,6	60,0
Es wurden selbständig	4	—	—	44,4	—	—	5	—	—	55,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt Abgang....	79	73	61	37,5	32,9	31,6	132	149	132	62,5	67,1	68,4	14	12	8	35,9	36,3	38,1	25	21	13	64,1	63,7	61,9
Abgang ohne die Pensionierten und Gestorbenen	69	64	50	36,1	31,6	29,0	122	139	120	63,9	68,4	71,0	14	12	8	36,9	50,0	40,0	24	21	12	63,1	50,0	60,0
Zugang:																								
Direkt von Hochschule usw. kamen	102	90	89	61,9	52,2	57,8	63	82	65	38,1	47,8	42,2	5	10	4	31,2	43,5	20,0	11	13	16	68,8	56,5	80,0
Davon ohne Abschluß-examen	1	—	—	50,0	—	—	1	2	4	50,0	100,0	100,0	—	—	—	—	—	—	—	3	1	—	100,0	100,0
Mit Doktorexamen	97	80	80	64,7	60,1	62,0	53	53	49	35,3	39,9	38,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mit Diplomexamen ...	16	18	22	48,5	42,9	55,0	17	24	18	51,5	57,1	55,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gewesene Assistenten	57	58	43	83,8	80,5	78,2	11	14	12	16,2	19,5	21,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aus anderen Stellen ..	66	51	66	39,5	33,8	42,3	101	100	90	60,5	66,2	57,7	24	16	13	46,1	45,7	52,0	28	19	12	53,9	54,3	48,0
Insgesamt Zugang	169	141	155	50,8	43,7	50,0	164	182	155	49,2	56,3	50,0	29	26	17	42,6	41,3	40,5	39	37	25	57,4	58,7	59,5

In Tabelle B (S. 11) sind die Verhältnisse bei den Großfirmen im Vergleich mit denen der übrigen Firmen dargestellt.

Als Novum verdient registriert zu werden, daß unter der Zahl der abgegangenen Chemiker sich auch eine Chemikerin befindet, die sich verheiratet hat. Zweifellos hat es der den betreffenden Bogen ausfüllenden Firma ebensoviel Kopfzerbrechen wie dem Bearbeiter dieser Statistik verursacht, zu entscheiden, in welche Rubrik diese Chemikerin einzureihen ist. Da die Fragebogen — immerhin ein Zeichen der Zeit — einen Zugang von 3 jungen Chemikerinnen ausweisen, wäre ernstlich zu erwägen, ob nicht die Verheiratung als Beweggrund für den Abgang aus einer Stelle eine ständige Rubrik in den Fragebogen bilden sollte.

15b. Statistik der Chemiestudierenden.

Wir haben in diesem Jahre die Fragebogen von allen den Instituten hereinbekommen, die auch im vergangenen Jahr sich dankenswerter Weise der Mühe der Ausfüllung unterzogen hatten. Es fehlen also wieder wie im vergangenen Jahre das organisch-chemische, sowie das technologisch-chemische Institut der technischen Hochschule Berlin und das Laboratorium für analytische und anorganische Chemie und Elektrochemie der technischen Hochschule in Aachen. Diese Institute bleiben trotz unserer Vorstellungen dabei, daß aus diesem oder jenem Grunde die Ausfüllung der Bogen unmöglich wäre. Die vorliegenden

Ergebnisse sind mithin mit denen der vorjährigen Statistik ohne weiteres vergleichbar (siehe nachstehende Tabelle).

Bei diesem Vergleiche ergibt sich nun eine ganz beträchtliche Vermehrung der Zahl der Chemiestudierenden, eine Vermehrung, die fast ausschließlich auf die Inländer entfällt. Während nämlich die Zahl der Ausländer nur um 2,6% zugenommen hat, beträgt der Zuwachs bei den Inländern 17,2%. Betrachtet man die Zahl der jüngeren Studierenden für sich allein (Rubrik I A), so finden wir hier sogar einen Zuwachs von 21,1% Inländern, während die Zahl der in diese Rubrik gehörigen Ausländer gar um 4% zurückging. Die Zahl derjenigen Abiturienten, die sich dem Chemiestudium zuwenden, ist ja, wie der Vergleich mit den früheren Jahren zeigt, starken Schwankungen unterworfen, und deshalb wäre es falsch, aus der diesjährigen Statistik ohne weiteres das Gespenst der Überfüllung des Chemikerberufes, wie sie vor 10 und mehr Jahren zweifellos bestand, hervorzaufern zu wollen. Immerhin möchten wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Zustrom der jungen Leute zum Chemiestudium sich nicht in dem gleichen Maße, wie es im vergangenen Jahre offenbar der Fall ist, in den folgenden Jahren fortsetzen möge. Die andauernd in lebhafter Entwicklung begriffene chemische Industrie vermag, wie auch die Statistik der angestellten Chemiker beweist, den Nachwuchs an Chemikern, wenn er sich in den Bahnen der letzten 5 Jahre bewegt, mühelos aufzunehmen, ja es konnte dabei noch eine äußerst erfreuliche

I. Zahl der im Laboratorium
arbeitenden Chemiker:

arbeitenden Chemiker:				Wintersemester							
	Inl.	1912/13 Ausl.	zus.	Inl.	1911/12 Ausl.	zus.	Inl.	1909/10 Ausl.	zus.	1908/09 zus.	1907/08 zus.
A. Studenten, die auf die Diplomvorprüfung oder die Verbandsprüfung hinarbeiten .	1405	167	1572	1160	174	1334	1204	249	1453	1503	1484
B. Studenten mit Diplomvorprüfung oder vollständigem Verbandszeugnis, also Kandidaten für Diplomprüfung oder das Doktorexamen	802	185	987	708	186	894	612	201	813	691	610
C. Studenten mit absolvierter Abschlußprüfung, ausschließlich der schon unter B aufzuführenden diplomierten Chemiker, die noch promovieren wollen	85	26	111	105	16	121	137	38	175	179	146
D. Assistenten mit Abschlußprüfung wie C .	230	15	245	197	8	205	137	9	146	172	202
E. Fortgeschrittene Studenten oder Hörer (mit oder ohne propäd. Vorprüfung), die auf keine Abschlußprüfung hinarbeiten .	127	40	167	90	38	128	43	31	74	—	—
Insgesamt	2649	433	3082	2260	422	2682	2133	528	2661	2545	2442

II. Das Laboratorium verließen
im Laufe des Jahres:

II. Das Laboratorium verließen im Laufe des Jahres:											
	1912/13			1911/12			1909/10			1908/09	1907/08
	Inl.	Ausl.	zus.	Inl.	Ausl.	zus.	Inl.	Ausl.	zus.	zus.	zus.
A. Studenten mit Diplomprüfung	100	44	144	65	47	112	36	21	57	57	135
B. Studenten mit Dr.- oder Dr. Ing.-Examen	188	35	223	210	39	249	232	53	285	269	230
C. Assistenten mit Abschlußprüfung	93	2	95	63	2	65	82	8	90	76	73
D. Fortgeschrittene Studenten oder Hörer (wie oben unter E)	71	25	96	68	29	97	35	26	61	—	—

Besserung des Stellenmarktes Platz greifen. Um so mehr wäre es zu bedauern, wenn die Fortschritte, die der Stand der angestellten Chemiker nach dieser Richtung hin in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, schon sobald wieder in Frage gestellt würden.

Die Zahl der Assistenten mit Abschlußprüfung erfuhr eine weitere beträchtliche Erhöhung von 205 auf 245, das ist um 19,5%. Es muß also dankbar anerkannt werden, daß unsere Hochschullehrer es sich angelegen sein lassen, den praktischen Unterricht im Laboratorium in die Hände einer der Vermehrung der Studierenden angemessenen Zahl gut vorgebildeter Hilfskräfte zu legen.

Eine Abnahme zeigt nur die Rubrik I C, d. i. die Zahl der Chemiker mit Abschlußexamen (Dr.- und Dipl.-Ing. Examen). Der Grund für diese Erscheinung ist ohne weiteres ersichtlich, wenn man bedenkt, daß sich diese Rubrik hauptsächlich aus solchen zusammensetzt, die entweder eine ihnen vielleicht erst in der Praxis fühlbar gewordene Lücke in ihrer Ausbildung ausfüllen oder auch die ihnen durch Karenz auferlegte Muße zur Bearbeitung bestimmter wissenschaftlicher oder technischer Probleme ausnützen wollen. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich die Zahl dieser Leute in Zeiten starken Stellenangebotes verringert.

Die Zahl der mit Abschlußprüfung die Hochschulen verlassenden deutschen Chemiker weist mit 381 gegenüber 338 und 350 in den Vorjahren eine Steigerung auf. Leider vermag unsere Statistik infolge der ihr auferlegten Beschränkung nichts darüber auszusagen, wie viele von diesen jungen Chemikern in Stellungen der Praxis gingen. Es darf als sicher angenommen werden, daß diese Herren zum Teil eine andere Hochschule aufsuchen, wo sie Assistentenstellen bekleiden oder als Studierende zur Vervollständigung ihrer Kenntnisse an ein Spezialinstitut gehen. Diese würden dann unter den Rubriken I C und I D wieder erscheinen. Man wird also bei Beurteilung der Zahlen der Rubriken II A, B und C auch die Zahlen der eben genannten Rubriken I C und I D mit berücksichtigen müssen.

Mit dem herzlichsten Dank an alle die Herren, die keine Mühe gescheut haben, an dem Zustandekommen dieser Statistik mitzuhelfen, verbinden wir die Bitte, auch künftig sich dieser Mühe im Interesse der guten Sache unterziehen zu wollen. Gleichzeitig geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß es unseren fortgesetzten Bitten gelingen wird, allmählich auch noch die fehlenden Laboratorien für unsere Statistik zu gewinnen.

16. Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen.
Bericht des Herrn Kommerzienrats Dr. Goldschmidt.
„Seit 12 Jahren wird die Frage der Ausländer an unseren deutschen Hochschulen im Verein deutscher Chemiker be-

handelt. Sie haben dieses Thema so oft von mir gehört, daß ich dafür eintrat, ein anderes Mitglied mit der Berichterstattung zu betrauen oder diesen Punkt für einige Jahre von der Tagesordnung abzusetzen, weil ich mich nicht immer wiederholen wollte und fürchten mußte, Sie zu zu langweilen. Was zu sagen war, war gesagt worden, die Statistik bietet nicht viel Neues, die Gesamtzahlen der Ausländer auf Universitäten und technischen Hochschulen nahm infolge mancher, im Sinne unserer Anträge getroffenen Maßregeln in den letzten Jahren nicht mehr zu — die Zahl ist etwa 6800, darunter 2600 Russen, etwa 306 Russen weniger als im Sommersemester 1911. Die öffentliche Meinung erwärmte sich für diese Frage nicht, die Behandlungen in den Parlamenten fanden sich mit der Auffassung ab, daß die Gewährung des Gastrechtes eine schöne und erhabene Pflicht sei, ohne daß sie tiefer in die Vielseitigkeit und Schwierigkeit des Problems eintraten, wenn sie auch Abhilfe im Sinne unserer Beschlüsse als wünschenswert anerkannten. Dies hat sich nun im letzten Jahre sehr geändert, und ich darf wohl sagen, daß im allgemeinen die maßgebenden Kreise sich ganz unserer Auffassung angeschlossen haben, die wir in unserer Resolution im Jahre 1904 niedergelegt haben, und die lautete:

Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, in einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten dahin zu wirken: daß nach gemeinsamen Grundsätzen Vorkehrungen getroffen werden gegen den Zuzug nach deutschen Hochschulen von solchen ausländischen Studierenden, die nicht genügende wissenschaftliche Bildung besitzen. Dieses wäre zu bewerkstelligen durch die Forderung, daß die Ausländer eine Vorbildung nachzuweisen haben, welche den Anforderungen entspricht, welche wir für die Zulassung als ordentliche Studierende stellen, und die ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer Universität oder technischen Hochschule als ordentliche Studierende berechtigt. Ferner sollen die Ausländer auch nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.

Zwei Ereignisse waren es nun, die im besonderen die öffentliche Meinung erregten.

In Darmstadt wurde bei einer nächtlichen Kaffeehaus-rauferei zwischen Deutschen und Russen ein Student getötet. Dies traurige Ereignis, traurig nach allen Seiten hin, wurde allgemein auf den Gegensatz gegen die russischen Studenten zurückgeführt, der in Darmstadt besonders scharf zutage tritt infolge der großen Zahl von Russen, stets 250—300 bei etwa 1200 Studenten.

Mehr noch als dieses Vorkommnis erregte der Streik der Kliniker in Halle die öffentliche Meinung. Streik und Boy-

kott sind zwar sehr moderne Kampfmittel, die Anwendung derselben gegen verehrte Lehrer aber so ungewöhnlich und unstudentisch, daß dies allein schon größtes Aufsehen erregen mußte, zumal von seiten älterer Semester, die ihr erstes Staatsexamen bereits hinter sich haben, und deren ernstes Streben nach weiterer Ausbildung unzweifelhaft ist. Dazu kam die Sympathie, die diesen Streikenden, vor allem von ihren Kommilitonen an anderen Universitäten, öffentlich energisch bekundet wurde. Je mehr nun Einzelheiten in die Öffentlichkeit drangen, um so mehr wandte sich die allgemeine Sympathie den Studenten zu, die in größter Ruhe, aber auch mit größter Entschiedenheit ausnahmslos das Mittel der Arbeitseinstellung benutzten, um ihre Forderungen anerkannt zu sehen.

In erster Linie — und das ist, was uns dabei am meisten interessiert — handelte es sich darum, daß in Halle die Ausländer — natürlich fast ausnahmslos Russen — zum Besuch der Kliniken zugelassen wurden, ohne das Physicum oder im Auslande ein gleichwertiges Examen abgelegt zu haben, während man von den Deutschen dies Examen verlangte. Da die Ausländer in der medizinischen Fakultät in Halle ein Drittel ausmachen, erkennt man auch die Wichtigkeit dieser Frage. Es ist nicht meine Aufgabe, zu untersuchen, wie es möglich sein konnte, daß entgegen dem klaren Ministerialerlaß vom Jahre 1896 die Fakultät den Übelstand einreißen und entgegen der Stimmung der deutschen Studentenschaft ihm nicht rechtzeitig Einhalt gebieten konnte, aber unterlassen kann ich die Bemerkung nicht, daß die Verwahrung der Fakultät, sie träge keine Schuld, keine Erklärung gibt für den doch offenkundigen Mangel genügender Fühlung nach oben und unten.

Erfreulich ist jedenfalls, daß die Mediziner in dieser Beziehung, und zwar nicht nur in Halle, mit ihren Forderungen durchgedrungen sind, daß von den Ausländern künftig die gleiche Vorbildung wie für die Inländer verlangt werden soll. Aber auch die Forderung, daß die Ausländer nur so weit zugelassen werden sollen, als die Plätze nicht von deutschen Staatsangehörigen in Anspruch genommen werden, ist wenigstens zum Teil in Erfüllung gegangen. Die Kölnische Zeitung vom 20./12. 1912 bringt folgende Nachricht:

Veranlaßt durch das Vorgehen der Hallenser Klinikerschaft, haben sich nun auch die Berliner Studenten der klinischen Semester entschlossen, gegen das zunehmende Ausländertum unter den Studierenden Stellung zu nehmen. Zu ihrem großen Mißvergnügen haben sie die Wahrnehmung gemacht, daß die ausländischen Studenten, die die Ferien gewöhnlich hier verbringen, in den meisten Kliniken die besten Sitzplätze belegt haben, wodurch ein großer Teil unserer deutschen Studenten gezwungen ist, oft zweistündige Kollegs auf den obersten Reihen stehend anzuhören. Gestern zirkulierte nun, wie der Berliner Lokalanzeiger berichtet, in einigen Kliniken ein Aufruf, in dem die Kommilitonen zu energischem Protest aufgefordert wurden. Nachdem dieser Aufruf in kurzer Zeit zahlreiche Unterschriften gefunden hatte, wurde die Angelegenheit dem Dekan der medizinischen Fakultät, Geheimrat Prof. Orth, unterbreitet. Dieser versprach den Beschwerdeführern, Abhilfe zu schaffen und in der nächsten Dekanatssitzung zu beantragen, daß Ausländer erst 14 Tage nach dem Beginn des Semesters Plätze in den Kliniken belegen dürften. Den besonders in der chirurgischen Klinik von Prof. Bier herrschenden Mißständen wird voraussichtlich noch in diesen Tagen durch Vermittlung des Dekans abgeholfen werden. Es ist zu hoffen, daß diese Zusage in Verbindung mit dem schon bekannt gegebenen Ministerialerlaß die erregten Gemüter der Berliner Kliniker beruhigen werde.

Man weiß bei dieser Nachricht wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die Langmut der deutschen Studenten oder die Anmaßung der Ausländer! Und dies, m. H., bringt uns zu einer weiteren Anschauung, die sich in Übereinstimmung mit von uns bereits wiederholt ausgesprochenen Ansichten allmählich Bahn bricht. Die Ausländerfrage ist für uns in erster Linie eine Frage der Fernhaltung der in großer Masse zu uns strömenden Russen und der Balkanslawen. Die Tatsache, daß die Mehrzahl dieser Studenten jüdischen Glaubens ist, und daß die russischen Gesetze und Verwaltungsmaßregeln ihnen ein Studium daheim unmöglich

machen, darf auch den Philosemiten in Deutschland nicht die Augen vor den Gefahren schließen lassen, den dieser Antrag mit sich bringt, und daß die Gefahren selbst dann noch nicht als beseitigt angesehen werden können, wenn selbst die genügende Vorbildung nachgewiesen ist!

So hat sich bereits eine Anzahl Hochschulen entschlossen, für die Angehörigen der östlichen Europaländer besondere Bestimmungen zu treffen.

So verlangt

Leipzig, daß Russen mindestens ein Jahr an einer russischen Universität immatrikuliert gewesen sein müssen; solche mit offensichtlich mangelhaften deutschen Sprachkenntnissen werden grundsätzlich nicht aufgenommen.

München hat die gleichen Bedingungen, jedoch noch verschärft durch einen numerus clausus für Russen und Angehörige der Balkanstaaten.

Darmstadt läßt Russen nur bis Oktober dieses Jahres zur Diplomprüfung und bis Dezember 1915 zur Hauptprüfung zu, und zwar nur solche mit neunklassigem Realschulbesuch. Später können die Prüfungen auch nicht ausnahmsweise abgelegt werden.

Der preußische Unterrichtsminister, Seine Exz. Frhr. Trott zu Solz hat im preußischen Abgeordnetenhaus am 4./4. ds. J. zu dieser Frage sich dahin geäußert,

daß gerade die Zahl der russischen Studenten an unseren Universitäten bedenklich groß sei, daß dagegen schon Maßregeln getroffen seien, weitere erwogen würden, da unter der unbeschränkten Ausnutzung der Gastfreundschaft nicht nur die eigenen Studenten leiden, sondern auch die anderen Ausländer.

Damit Sie sich in dieser Beziehung ein Bild machen können, gestatte ich mir, Ihnen folgende Zahlen anzuführen:

Es studierten auf deutschen Universitäten:

Aus Staaten und Ländern	1891/92	1899/1900	1908/09	1911/12
Rußland	351	571	1331	1891
Bulgarien	33	73	152	135
Rumänien	24	38	96	122
Serbien	21	43	64	77
Österreich-Ungarn	291	442	613	675
Ver. Staaten v. A.	361	257	193	167
Großbritannien	137	137	126	116
Niederlande	43	36	44	32
Frankreich	27	44	51	25
Italien	26	35	39	32

Sie sehen also, aus dem Osten, besonders bei den Russen, eine gewaltige Zunahme; auch das Wachstum der Österreich-Ungarn kann uns keine reine Freude bereiten, denn es ist sehr zu befürchten — die Statistik gibt darüber keine Auskunft —, daß dies Wachstum auf einem Zustrom nicht so sehr der Deutschen aus der befreundeten Nachbarmonarchie beruht als der Tschechen, Polen und Südslawen, die auf unseren Hochschulen sich die Bildung holen wollen, mit der sie jenseits der deutschen Grenzpfähle alles Deutsche aufs Gehässigste bekämpfen.

Und gegenüber diesem Wachstum aus den östlichen kulturtiefen Ländern ein Nachlassen oder doch fast ein Stillstand gerade aus den Ländern, aus denen wir einen stärkeren Zuzug mit Freude begrüßen würden;

Bereits in den Eingaben des Vorstandes vom 15./9. 1904 finden sich folgende Ausführungen:

Es genügt aber nicht, daß wir unseren Studenten die Lehrmittel zur Verfügung halten, sondern es ist für die Erziehung, die der Student auf der Hochschule erfährt, auch von größter Wichtigkeit, in welche Gesellschaft wir ihn bringen. Wir verlangen von unseren Hochschulen nicht nur, daß sie unseren jungen Leuten eine bestimmte Menge Wissens beibringen, sondern erwarten auch von ihnen, daß die ganze Organisation mit ihrer vollständigen Lern- und Bewegungsfreiheit darauf zugeschnitten werde, aus den meist eben vom Elternhaus und aus strengem Schulzwang kommenden jungen Leuten von idealem Streben erfüllte Männer von hohem Verantwortlichkeitsgefühl heranzubilden. Daß sich unter den Studenten unserer Hochschulen eine Anzahl von Ausländern befindet; könnte für die all-

gemeine Ausbildung und das Reifen unserer studierenden Jugend nur heilsam wirken, indem gegenteilige Anschauungen zum Nachdenken anregen und dahin führen, die einmal als richtig erkannte Auffassung zur Geltung zu bringen. Eine derart günstige und erfreuliche Annahme ist aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen irrig. Es kann von einem solchen wohltätigen Einfluß fremder Studenten auf unsere deutsche Jugend oder umgekehrt keine Rede sein, da die Ausländer in großen kompakten Massen unsere Studentenschaft durchsetzen, landsmannschaftsweise sich absondern, und so ein gegenseitiges Verstehen und Kennenlernen gar nicht in Frage kommt.

Und zum Schluß heißt es dann:

Darum wollen wir daran arbeiten, daß von ausländischen Studierenden nur solche aufgenommen werden, die in jeder Hinsicht als eine Bereicherung der Studentenschaft angesehen werden können. Dann wird sich auch die Annäherung des deutschen Elementes an das ausländische zu beiderseitigem Nutzen vollziehen, dann wird sich sozusagen eine Elite von Ausländern bei uns heranbilden, die, in die Heimat zurückgekehrt, stets dem Lande und seinem Volke ein dankbares Erinnern bewahren wird, das die Grundfeste zu ihrer Existenz gegeben: ein reiches, den höchsten Anforderungen Genüge leistendes Wissen und Können.

Diesem erzieherischen Gesichtspunkt, dessen Berücksichtigung wir von unseren Hochschulen fordern, muß in der Frage der Zulassung der ausländischen Studenten Rechnung getragen werden. Es ist ein besonderer Vorzug unseres Volkes, daß das Hochschulstudium nicht wie in England so teuer ist, daß nur die wohlhabende Klasse ihren Söhnen eine akademische Ausbildung geben lassen kann, sondern daß aus allen Ständen die jungen Leute zur Hochschule strömen, hier als Kommilitonen zusammenarbeiten und im Verkehr miteinander lernen. So sollen die von Hause aus vorhandenen Gegensätze gemildert und überbrückt und ein gemeinsames akademisches Bürgertum erzogen werden.

Aber, m. H., feste Körper wirken nur aufeinander in feiner Verteilung. In groben Stücken reagieren sie nicht! Und hier liegt der Nachteil der Massenhaftigkeit der zuströmenden Ausländer eines Landes! Die Russen bilden untereinander eine abgeschlossene Gesellschaft, die mit den deutschen Kommilitonen gar keinen Verkehr hat, nicht einmal im Unterricht! Das liegt nicht nur an der mangelnden Beherrschung der deutschen Sprache, sondern es fehlt auch beiderseits der gute Wille. Die Studenten aus den östlichen Ländern stammen fast ausschließlich aus den sozial niedrigsten Kreisen, sind in ihren Lebensgewohnheiten und Anschauungen unseren Studenten ganz fremd, so daß diese nach dem Umgang auch gar nicht verlangen. Es ist daher die von vielen Studenten geforderte Beschränkung der Zahl der Angehörigen eines fremden Landes an einigen Hochschulen schon durchgeführt, andere werden schließlich dem Drange der Verhältnisse folgen müssen.

Einer unserer Professoren klagte mir darüber, daß er unwillkürlich mit dem Inhalt seines Vortrages heruntergehen müsse, da er sich dauernd einer Zuhörerschaft gegenüber befände, die zu einem Drittel oder gar zur Hälfte aus Ausländern bestehe, deren Gesichtern er anmerke, daß sie anderenfalls ihm nicht folgen können.

Diese Mitteilung ist ein Beweis dafür, wie schädlich die große Zahl Ausländer auf die Gesamtheit in rein unterrichtstechnischer Beziehung wirkt. Unsere Hochschulen sind nicht nur Stätten der reinen vaterlandslosen abstrakten Wissenschaft, sondern sie sind auch hohe Schulen, die die Blüte unserer Jugend erziehen sollen zu tüchtigen Staatsbürgern, die einst als Ärzte oder Richter, als Geistliche oder Lehrer, als Ingenieure oder Chemiker ihren Platz ausfüllen sollen, weit hervorragend aus der Masse des Volkes, die gegebenen Vorbilder und Führer desselben. Diese ihre Aufgabe dürfen unsere Hochschulen niemals aus dem Auge lassen, unter der Pflege der Fachwissenschaft nicht das allen Gemeinsame verkümmern lassen, das nicht nur alle akademischen Bürger, sondern alle Bürger des Staates zusammenfaßt, die Pflichten gegenüber dem Vaterlande! Das ist in unserer heutigen Zeit um so notwendiger, als jeder Erwachsene berufen ist, mitzuwirken an der Gesetzgebung und Verwaltung von Gemeinde, Staat und Reich. Diejenigen,

die noch in den Jahren, in denen andere längst dem Brot-erwerb nachgehen müssen, das schöne Vorrecht haben, zu lernen, sind an erster Stelle berufen, später in dieser Beziehung Vorbild und Führer für diejenigen zu sein, denen eine so gründliche Bildung sich anzueignen nicht möglich war. Ganz besonders gilt das für die Chemiker, deren Mehrzahl in die Technik einzutreten pflegt, wo sie gar bald Gelegenheit haben, ihr tieferes Wissen und ihr höheres staatliches Pflichtgefühl zu zeigen.

Leider müssen wir gestehen, daß derzeit die Verhältnisse noch recht ungünstig liegen, die Mehrzahl unserer akademisch Gebildeten entnimmt aus der höheren sozialen Stellung, die sie durch ihre Bildung erhalten hat, nicht die Verpflichtung, nun auch der Allgemeinheit besonderes leisten zu müssen, viele glauben vielmehr, mit der fachlichen Berufserfüllung alles geleistet zu haben, was Staat und Volk von ihnen verlangen können. Die Unkenntnis der Verfassung, der Zusammensetzung und der Bildung der Volksvertretung in Reich, Staat und Gemeinde, ihre Rechte, die Unkenntnis der Verwaltungs- und Rechtsprechungsbehörden ist gerade bei unseren Studierenden oft erstaunlich, und ich muß sagen, daß sie in der Beziehung vielfach hinter manchem Arbeiter zurückstehen. Die Folge dieser Unkenntnis ist dann Gleichgültigkeit gegenüber diesen Einrichtungen und der Mangel an Erkenntnis dessen, was sie für das Gedeihen des ganzen Volkes bedeuten, von dem ein Teil zu sein der akademische Gebildete besonderen Stolz empfinden sollte!

Wir müssen daher von allen Studierenden verlangen, daß sie genügend Kenntnisse der Verfassung im deutschen Reiche und den betreffenden Einzelstaaten besitzen, damit sie später im öffentlichen Leben sich ihrer sozialen Stellung entsprechend betätigen können. Sie müssen ferner lernen, wie das Bestehende allmählich geworden, welche Kämpfe dazu geführt haben, wie sich aus kleinen Anfängen Größeres entwickelt hat, und wie weit oft die Wurzeln in frühere Zeiten zurückreichen. Erst wer so das Entstehen unserer Verfassung verfolgen kann, wird vor dem Bestehenden die notwendige Achtung erlangen, wird in unseren heutigen Zuständen nicht das Ende, sondern nur den Entwicklungsgrad erkennen, bis zu dem wir es bis jetzt gebracht haben, und wird schließlich gern an der weiteren Entwicklung mitarbeiten.

Um dies Ziel zu erreichen, fordern wir an sämtlichen Hochschulen Vorlesungen über Verfassung und Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches für alle Studierenden, nicht nur für Juristen und Staatswissenschaftler.

Wenn ich diese Forderung nicht dahin erweitere, daß diese Vorlesungen für alle zwingend sein sollen, die ein Staatsexamen machen, in dem sie sich über genügende staatsbürgerliche Kenntnisse auszuweisen haben, so tue ich das erstens, um nicht mit einem Male zu viel zu fordern, sodann weil ich meine, wir Chemiker, die wir kein Staatsexamen haben, sind nicht berufen, für die anderen Fakultäten derartige Wünsche auszusprechen. Mir erscheint es auch als naheliegend, daß wir bei der Frage der ausländischen Studenten die Mittel betonen, die unseren Studenten Gelegenheit geben sollen, ihr deutsches Nationalgefühl auszubilden.

Was ich nun hier fordere, ist nichts Ungewöhnliches. Andere Staaten halten es für selbstredend, daß ihre Bürger, und nicht nur die akademisch Gebildeten, in der Verfassung und ihrer Geschichte Bescheid wissen! So verlangt die Schweiz bei der Rekrutenprüfung nicht nur Kenntnis in der Schweizer Geschichte und Geographie, sondern auch in der Staatskunde. Paul Rühlmann sagt darüber: Über die Behördenorganisation in der Schweiz, über Kantone und Bundestag, über die Rechte und Pflichten eines Nationalrates und Ständerates, über die internationalen Bureaus, über Rechte und Pflichten des Schweizer Bürgers usw. wird mit einer verplüffenden Sicherheit und Klarheit Auskunft gegeben, und — was mehr ist — ich hatte durchaus den Eindruck, daß alle Einzelheiten nicht mechanisch angelernt, sondern aus der unmittelbaren Anschauung und Kenntnis dieser Dinge heraus als etwas Selbstverständliches wiedergegeben wurden.

In den Niederlanden bekommen alle Studenten Gelegenheit, auf der Universität sich staatsbürgerliche Kennt-

nisse zu verschaffen, und es wird auf diese Fächer besonders viel Wert gelegt. An der technischen Hochschule zu Delft wird für alle Studenten Verfassungslehre gelesen, während aus der Volkswirtschaftslehre und Staatsrecht je nach den verschiedenen Disziplinen einzelne Abschnitte vorgetragen werden. (Paul Oswald, Die staatsbürgerliche Erziehung in den Niederlanden.)

Die technische Hochschule in Boston verlangt für die Aufnahme das Bestehen eines umfangreichen Examens in den verschiedenen Wissensgebieten, dazu gehört auch „Geschichte der Vereinigten Staaten“. So müssen in anderthalb Stunden Klausur sechs Fragen beantwortet werden, darunter befanden sich 1912 folgende:

„Gib die Gründe des Bürgerkrieges an!“ „Beschreibe die öffentliche Laufbahn der folgenden Personen, ohne von ihren Leistungen als Präsident zu sprechen: John Adams, Madison, Roosevelt!“ „In welcher Weise änderte die zwölfte Klausel die Bestimmungen der Konstitution bezüglich der Wahl des Präsidenten? Welches sind die verschiedenen Methoden, welche bei der Ernennung des Präsidentschaftskandidaten angewendet wurden?“

Nun wird man einwenden, es sei Sache der Schule und nicht der Hochschule, die Kenntnis der Verfassung und Verfassungsgeschichte den Schülern beizubringen. Ähnlich wie in Boston oder wie in der Schweiz müsse diese Kenntnis bei den Hochschülern vorausgesetzt werden. Dem stimme ich bei! Es wäre eigentlich Sache unsrer Gymnasien und Realanstalten, die Schüler mit der vollen Beherrschung dieses Stoffes zu entlassen, in der Theorie mag es wohl auch hier und daschon der Fall sein, in der Praxis sieht es aber noch sehr übel aus! Und es wird naturgemäß noch sehr lange dauern, bis sich dies gründlich geändert hat. Und in dieser Zeit muß die Hochschule sich selber helfen! Kommt dann einmal eine Zeit, in der die Mehrzahl der Studenten besser als heute staatsbürgerlich vorgebildet ist, so ist dann der Professor imstande, seine Vorlesungen zu vertiefen! Um so besser für ihn, für die Studenten und für unser ganzes Volk.“

Dr. Goldschmidt: „Das Referat, das ich erstattet habe, zerfällt in zwei Teile. Der erste beschäftigt sich mit dem Studium der Ausländer, der zweite spricht den Wunsch aus, Vorlesungen über deutsche Verfassung und Verfassungsgeschichte einzuführen. Wir haben heute morgen beschlossen, dieses Referat in seine zwei Teile zu zerlegen und den Antrag auf Einführung eines staatsrechtlichen Unterrichts als gesonderten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, um auf diesen Punkt unsere Betrachtung konzentrieren zu können und diesen unseren Wunsch nicht nur als Anhängsel der Ausländerfrage erscheinen zu lassen. Wir würden somit das Referat schließen mit dem Satz auf Seite 760:

„Diese Mitteilung ist ein Beweis dafür, wie schädlich die große Zahl Ausländer auf die Gesamtheit in rein unterrichtstechnischer Beziehung ist.“

Das bezieht sich also darauf, daß Ausländer an unseren Hochschulen in so kompakten Massen sich ansammeln, daß sie einen Fremdkörper bilden. Ich habe eben durch die Freundlichkeit meines Nachbarn einige Zahlen über Dresden erhalten. Durch strengere Aufnahmebedingungen ist es in Dresden allmählich ermöglicht worden, daß die 10% Russen, die im Jahre 1901 noch vorhanden waren, allmählich auf 3,6% zurückgegangen sind. Man kann die Zahl der Studierenden nichtgermanischer Abkunft nicht genau berechnen, weil man oft bei Österreichern nicht weiß, ob man es mit einem Tschechen, Slowenen oder Deutschen zu tun hat, aber die Zahl dürfte 7% nicht übersteigen; das ist die Zahl, die wir noch als zulässig betrachten können. Es ist das ein erfreuliches Zeichen dafür, wie die immer wiederkehrende Besprechung dieser Frage doch allmählich zu einer Änderung etwas beigetragen hat. — Ich möchte Sie bitten, die vorgeschlagene Resolution anzunehmen.“

Prof. Müller: Ich habe das formelle Bedenken gegen die Resolution, daß in ihr nicht zum Ausdruck kommt, was in dem schönen Referat des Herrn Dr. Goldschmidt steht, daß nämlich der Besuch von amerikanischen, englischen und skandinavischen Studierenden auch recht vorteilhaft sein könnte, die können ein sehr wertvolles Material

darstellen. Das kommt in dem Referat zum Ausdruck, aber nicht in der Resolution.“

Dr. Goldschmidt: „Ich gebe das zu, wir nehmen aber Bezug auf die Resolution vom Jahre 1904, und in der haben wir schon betont, wie wünschenswert es ist, daß Ausländer mit guter Vorbildung zu uns kommen. Das wird freilich in einer so kurzen Resolution wie die heutige schwer auszudrücken sein.“

Prof. Vorländer: „Meine Herren! Der Bericht des Herrn Dr. Goldschmidt bringt eine außerordentlich schöne und patriotische Begründung. Es fragt sich aber, ob wir durchaus eine Resolution daran anschließen müssen. Der Bericht ist sehr gut, aber die Resolution behagt mir nicht. Wir sehen in dem ersten Teil der Resolution einen Wunsch ausgedrückt, der schon längst erfüllt ist. Denken Sie an den Halleschen Klinikerstreit. Die Regierung gibt sich ja fortgesetzt die größte Mühe, die Ausländerfrage zu regeln, und die preussischen Fakultäten werden fortgesetzt mit Anfragen und Erhebungen in dieser Sache befaßt. Bei uns Chemikern ist der Mißstand nie so hervorgetreten; es ist nie durch unsere Ausländer weder in den Vorlesungen, noch in den praktischen Übungen ein Konflikt hervorgerufen worden, und die Mediziner gehen uns ja nichts an. Der erste Teil der Resolution ist längst erfüllt. Die preussische Regierung ist aufs äußerste bestrebt, den noch bestehenden Mängeln abzuweichen. Daß aber die Zahl der Ausländer auf einen gewissen Prozentsatz festgesetzt werde, das müssen wir ablehnen. Wir müssen es den Leitern der Institute überlassen, wie sie ihren Studierenden den nötigen Platz beschaffen.“

Was den zweiten Teil angeht, nämlich die Abschließungsbestrebungen nach der Staatszugehörigkeit, so muß ich sagen, daß das auch ein Schlag ins Wasser wäre. Wir haben keinen Einfluß darauf, wie unsere Studierenden sich abschließen oder zusammen tun, und die Regierung hat noch weniger Einfluß. Wie denken Sie es sich, wenn z. B. 40 Polen an einer Universität oder technischen Hochschule studieren, wie soll die Regierung diese 40 Polen hindern, sich zusammenzutun und polnische Lieder zu singen. Ebenso wenig kann der Senat die Polen hindern, zur gemeinsamen Wahrnehmung ihrer Interessen zusammenzutreten. Man kann höchstens verhindern, daß sie auf der Straße Lärm machen, aber dafür sorgt ja die Polizei, und sorgen unsere gesamten Staatseinrichtungen, daß wir solche Bestrebungen nicht überhand nehmen lassen.

Wenn wir auf die Resolution verzichten und nur von dem von Herrn Dr. Goldschmidt erstatteten Bericht Kenntnis nehmen, so haben wir, glaube ich, allem genügt, was wir erreichen können.“

Geheimrat Hempel: „Wir haben einen skandinavischen Verein, den haben wir sehr gern, weil wir die Skandinavier lieben. Wir hatten auch einen polnischen Verein, da haben wir aber gesagt: nein, das geht nicht. Nun ist es wünschenswert, daß wir in unseren Bemühungen unterstützt werden. Es ist sehr schwer für einen Rektor, da etwas zu machen, wenn er nicht eine Handhabe hat. Es ist berechtigt, daß wir nicht die nationale Frage auf die Hochschule tragen, aber für überflüssig kann ich die Resolution, die hier vorgeschlagen wird, nicht halten. Sie haben von Preußen gesprochen; es gibt aber auch noch andere Staaten in Deutschland. Man soll es den Regierungen leicht machen, gewisse Maßregeln zu ergreifen. Es ist wünschenswert, daß die Regierungen den uns vorliegenden Bericht lesen, wir haben aber nur eine Handhabe, sie dazu zu bringen, wenn wir einen Antrag stellen.“

Wir haben in Dresden die Bestimmung, daß die Vorlesungen schon 14 Tage gedauert haben müssen, ehe ein Ausländer angenommen werden kann. Finden sich in den 14 Tagen Inländer, so müssen die Ausländer zurücktreten. In der Beziehung ist es sehr wünschenswert, daß die Ministerien einen Anhalt haben.“

Dr. Goldschmidt: „Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das, was wir in der Resolution von 1904 gesagt haben, erst ganz allmählich Eigentum der öffentlichen Meinung geworden ist. Unser Kultusminister hat im Anfange seiner Amtszeit auf einem wesentlich anderen Standpunkt gestanden. Früher werden Sie immer gehört

haben von der Ehrenpflicht, die Fremden aufzunehmen und dergleichen. Die ganze Frage hat sich darauf zugespißt, den Zustrom ungeeigneter Elemente aus dem Osten abzuhalten; das ist; bisher nicht berücksichtigt worden. Der Klinikerstreit in Halle hat das Gute gehabt, über diese ganze Frage der Welt die Augen zu öffnen; da ist bekannt geworden, daß diese Zustände bis zum Jahre 1908 bestanden haben, daß man sich aber nicht darum gekümmert hat, und jede Fühlung nach oben und unten fehlte: das hat dann eine explosionsartige Wirkung gehabt.

Ich halte es doch für wünschenswert, daß wir unsere Anschauungen immer wieder den Regierungen unterbreiten, damit die Regierungen — nicht die Universitäten, sondern die Regierungen — immer wieder hören: das wird aus den weitesten Kreisen des deutschen Volkes gefordert, und dem müssen wir Rechnung tragen. Wir müssen daran Anstoß nehmen, daß die Ausländer an unseren Hochschulen in kompakten Massen auftreten. Wenn wir an einer Hochschule 25% Russen haben, so ist das keine deutsche Hochschule mehr, da wird es den deutschen Studenten schwer gemacht, ihr Deutschtum hoch zu halten. Wir wollen ja, daß Ausländer zu uns kommen; Holländer, Schweizer, Skandinavier sind uns herzlich willkommen, die werden kaum als Ausländer angesehen, sie werden eigentlich wie Inländer behandelt. Es handelt sich um Russen und Südslaven, und denen gegenüber müssen wir die Möglichkeit haben, dafür zu sorgen, daß sie nicht in zu großen Massen sich zusammenballen. Zwanzig Polen oder Russen sind nicht so schlimm wie 200. Wenn der Krieg erledigt ist, werden auch von den Balkanvölkern eine Menge Studierende uns zuströmen; ob das wünschenswert ist, scheint mir zweifelhaft, jedenfalls wollen wir sie möglichst verteilen.

Auch darin, daß viele Zuhörer dem Vortrag nicht folgen können, liegt eine Gefahr: der Vortragende Professor wird dann leicht gezwungen sein, in seinem Vortrag dem Rechnung zu tragen. Deshalb möchten wir, daß dafür gesorgt werde, daß die Zahl der Fremden über einen gewissen Prozentsatz nicht hinausgeht; Sie hören, wie schön das in Dresden gelungen ist.

Auf die Resolution lege ich keinen Wert und bin vollkommen einverstanden, wenn der Bericht zur Kenntnis genommen und der Vorstand beauftragt wird, im Sinne des Berichts an die Regierungen heranzutreten. Das würde genügen.“

Prof. Vorländer: „Die Resolution kommt eigentlich post festum. Wir könnten sie ja annehmen und hinschicken, aber es bestehen doch verschiedene Bedenken dagegen. Die Resolution betrifft eigentlich nicht die Regierungen, sie geht mehr die Fakultäten an. Die Dinge, um die es sich hier handelt, haben wir doch Gott sei Dank noch selbständig zu ordnen. Man müßte die Resolution an die Senate, die Fakultäten und die Direktoren der chemischen Institute richten, das wäre die richtige Adresse. Daß ein Student erst 14 Tage nach Beginn des Semesters seine Plätze im Laboratorium belegen darf, kann ich selber bestimmen, und wenn das allgemein auf den technischen Hochschulen geschieht, so ist es eine Sache, die von Rektor und Senat beschlossen wird, aber nicht von der königl. Staatsregierung. Was die übrigen Punkte angeht, so geht doch aus den Äußerungen hervor, daß es sich hier nicht um Ausländer schlechtweg handelt, sondern um Russen, Polen, Galizier und einige andere. Sie müßten dann sagen: wir haben als Deutsche solche Antipathie gegen Polen und Russen — (Zuruf: Umgekehrt, die haben Antipathie gegen uns!). Das kann auch sein. Wenn wir die Russen allein nicht haben wollen, dann müßte die Resolution ganz anders lauten, deshalb meine ich, daß wir den Bericht, den Herr Dr. Goldschmidt so schön abgefaßt hat, zur Kenntnis nehmen, die Resolution aber fallen lassen.“

Prof. Müller: „Die Sache ist in erster Linie eine nationale Angelegenheit, und ich sehe nicht ein, warum wir uns scheuen sollten, nationale Angelegenheiten vom nationalen Standpunkt aus zu behandeln. Ich weiß, daß unter Umständen durch solche Verfügungen das Interesse eines einzelnen Laboratoriums scheinbar momentan geschädigt werden kann, auf die Dauer wird es nicht der Fall sein.

Ich kann es nicht für zweckmäßig halten, wenn man mit der Sache an die Hochschulen und ihre Senate gehen will, wenn ich auch zugebe, daß auch das eine richtige Adresse wäre. — Ich habe es erlebt, daß Deutsche drei Jahre auf Anstellung als Assistenten warten mußten, weil sämtliche verfügbaren Assistentenstellen von Ausländern besetzt waren. Diese Stellen sind doch geschaffen, damit unsere Leute sich fortbilden können. Die Gefahr ist heute sicher auch noch vorhanden, und ich weiß nicht, warum wir ein halbes Dutzend Russen in Laboratorienstellen hineinlassen, obwohl sie kein deutsches Examen gemacht haben; es mögen wissenschaftlich tüchtige Leute sein, aber wenn wir sie in unsere Laboratorien setzen, dann nehmen sie ebenso tüchtigen Deutschen, die man eben eventuell suchen muß, den Platz weg. Das ist keine Förderung der deutschen Wissenschaft. Jeder Skandinavier, jeder Holländer oder Schweizer ist mir willkommen; aber daß wir mit deutschen Staatsgeldern russische oder polnische Leute als Assistenten bezahlen, das scheint mir gegen das nationale Interesse zu gehen. Ich glaube, wir sollen uns gar nicht genieren, etwas zu tun, was wir vielleicht nicht tun dürfen, wenn wir nur eine Versammlung akademischer Lehrer wären. Wir haben hier nicht die Verpflichtung, die Interessen, vielleicht nur die scheinbaren Interessen einzelner Institute zu vertreten, sondern wir haben die Pflicht, den nationalen Charakter der Wissenschaft zu betonen. Man hat gesagt: 'La science n'a pas de patrie'. Das ist nicht in jedem Sinne richtig. Auch die besondere Richtung der Wissenschaft wächst aus den Tiefen der Eigenart nationalen Denkens und Fühlens heraus. Denken Sie nur an die Philosophie.“

Vors.: „Meine Herren! Ich glaube, der ganze Stoff ist hinreichend geklärt, so daß wir die Diskussion schließen können.“

Herr Dr. Goldschmidt wünscht Ihnen folgendes vorzulegen:

„Der Vorstandsrat beauftragt den Vorstand, die geeigneten Schritte bei den Regierungen und Hochschulen im Sinne seines Berichts zu tun.“

Sind die Herren mit dieser Fassung einverstanden?“ (Zustimmung.)

17. Bericht des Sozialen Ausschusses.

Nach der Freiburger Hauptversammlung setzte sich der Soziale Ausschuß folgendermaßen zusammen (vom 1./1. 1913 ab):

Mitglieder:

Dr. Jander, Goldschmieden.
Direktor Russig, Halensee.
Dr. Haagn, Hanau a. M.
Dr. Raschig, Ludwigshafen a. Rh.
Dr. Heyer, Schlebusch-Manfort.
Dr. Diehl, Groß-Lichterfelde.

Stellvertreter:

Dr. Ulrich, Elberfeld.
Fabrikdirektor Dr. Georg Schmidt, Schlebusch bei Köln.

J. Pfleger, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Max Busch, Erlangen.
Dr. Otto Hübner, Essen.
Dr. Franz Meyer, Uerdingen.

Seit der Freiburger Hauptversammlung haben zwei Sitzungen im Sozialen Ausschuß stattgefunden.

Die erste Sitzung tagte in Leverkusen am 17./12. 1912. Hauptgegenstand der Beratung bildete die Besprechung des Normalvertrages. — Da zu gleicher Zeit eine Vorstandssitzung tagte, konnte über alle Punkte eine Verständigung mit dem Vorstand erzielt werden.

Außerdem wurde besprochen die Frage der Angestelltenversicherung. Es wurde in Aussicht genommen, die Wirkung des neuen Gesetzes dauernd zu verfolgen, um für die Ausführung des Gesetzes und seine spätere weitere Ausgestaltung gegebenenfalls Vorschläge machen zu können. Ferner wurden einzelne Standesfragen beraten. Auf Antrag des Herrn Dr. Jaeger wurde die Frage der Gesundheitsschädigung Angestellter im Betriebe erörtert. Es wurde jedoch

der Beschluß gefaßt, von einer besonderen weiteren Bearbeitung der Frage zunächst abzusehen und sich zunächst auf die Prüfung einzelner an den Ausschuß gelangender Fälle zu beschränken.

In der zweiten Sitzung vom 21./3. 1913, die in Berlin stattfand, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Dr. Raschig, zu Berichterstattern für den Angestelltenvertrag die Herren Dr. Diehl und Dr. Heyer gewählt.

Zur Beratung stand die Anleitung für Anstellungsverträge, die, abgesehen von einigen noch von den Berichterstattern vorzunehmenden Änderungen der Fassung, nunmehr endgültig von dem Sozialen Ausschuß angenommen wurde. Das Vertragsschema mit eingehender Begründung ist dem Vorstande vorgelegt worden. Die Prüfung des Entwurfes durch den Vorstand und den Vorstandsrat wird ergeben, ob noch weitere Änderungen oder Ergänzungen sich als nötig erweisen werden.

Als neue Frage ist die Frage der zweckentsprechenden Gestaltung der Stellenvermittlung in Angriff genommen worden.

17a. Wahlen in den sozialen Ausschuß.

Prof. Dr. Rasso: „Von dem Bezirksverein Rheinland-Westfalen sind vorgeschlagen Herr Dr. Wirth und Herr Dr. Hübner, von Berlin Herr Dr. Makowka und W. Seidel, vom Bezirksverein Schleswig-Holstein Herr Dr. Bärenfänger.

Der Vorstand hat beschlossen, diese Vorschlagsliste durch die der ausscheidenden Herren Heyer, Russig, Hübner und Schmidt zu ergänzen, und er schlägt Ihnen, damit die gedeihliche Arbeit durch die Stetigkeit in der Besetzung des Ausschusses gesichert werde, eine Wiederwahl der ausscheidenden Herren vor.“

Vors.: „Ich nehme an, daß die Versammlung einverstanden ist, die Wiederwahl vorzuschlagen. Ich stelle das fest.“

18. Hilfskasse.

Das Vermögen der Hilfskasse ist aus der nachstehenden Bilanz zu ersehen.

Aktiva		Passiva	
	M		M
Effektenkonto . .	63 488,00	Stammkapital-	
		konto	99 889,28
Debitorenkonto . .	36 060,00	Laufende Einn.	
Kassakonto . . .	2 766,85	u. Ausgaben	2 425,57
	102 314,85		102 314,85

Jahresbericht.

Vom Stammkapital mußten 5603,45 M für Kursverlust abgeschrieben werden. Bisher wurden die Wertpapiere zum Anschaffungswerte eingesetzt. Dagegen wurden diesem Konto vom Überschuß am Schlusse des Jahres 1535,47 M überwiesen.

Die Wertpapiere wurden um 10 000 M 4%ige Schles. Pfandbriefe vermehrt. Alle Wertpapiere brachten 2246,25 M Zinsen.

Von den Zeichnungen, die gelegentlich der Jubiläumstiftung für die Hilfskasse erfolgten, sind bis zum 31./1. 1913 weitere 5000 M eingezahlt worden.

Ferner haben wiederum eine Anzahl von Herren auf die Reisespesen der Hauptversammlung zugunsten der Hilfskasse verzichtet. Der so aufgebrachte Betrag beläuft sich auf 511,10 M.

Von 7 Bezirksvereinen wurden 1410 M und vom Hauptverein 500 M überwiesen.

Von 5 Darlehnehmern wurden insgesamt 772,05 M zurückgezahlt.

An 9 Darlehnsuchende wurden 1400 M ausgeliehen. Die zurzeit überhaupt ausgeliehenen Beträge stellen sich auf 7531,75 M.

Bericht der Rechnungsprüfer.

„Die Unterzeichneten haben heute die ihnen vorgelegte und hier beiliegende Bilanz der Hilfskasse des Vereins deutscher Chemiker geprüft. Die Einzelposten befinden sich mit den Büchern in Übereinstimmung.

Das Vermögen der Hilfskasse betrug demnach am 31./12. 1912: 102 314,85 M.

Leipzig, den 6./6. 1913.

Paul Kobe. Dr. J. Neugebauer.“

Dr. Raschig: „Ich habe dem gedruckten Bericht nur wenige Worte hinzuzufügen. Es haben sich im verflossenen Herbst einige Verzögerungen in der Erledigung der Geschäfte der Hilfskasse herausgestellt, und es gibt ja keinen Gegenstand, der weniger eine Verzögerung verträgt: denn doppelt gibt, wer schnell gibt! Die Verzögerungen, die teilweise Anlaß zu Beschwerden gegeben haben, ist veranlaßt worden durch die bedauernde Erkrankung des Herrn Prof. Lütty. Inzwischen hat Herr Prof. Lütty seine Stellung niedergelegt, die Geschäfte wurden durch Herrn Dr. Scheithauer und meine Wenigkeit erledigt, und es wird seit dieser Zeit niemand mehr über Mangel an Promptheit in der Erledigung sich beklagt haben.

Heute wird nun wieder ein drittes Mitglied des Kuratoriums gewählt, und es ist selbstverständlich, daß zwischen dreien die Erledigung nicht ganz so glatt möglich sein wird, wie zwischen zweien. Wir wollen aber nach wie vor bemüht sein, die Anträge schnell zu bescheiden, denn alle die Bittsteller, die an uns herantreten, warten dringend auf Geld.

Noch eine formelle Bemerkung. In der Einladung zur Hauptversammlung ist für den geschäftlichen Teil vorgesehen: Neuwahl für das Kuratorium. Nach den Satzungen wählt der Vorstandsrat das Kuratorium, nicht die Hauptversammlung.“

Vors.: „Wir schreiten also zur Wahl, und ich schlage vor, an Stelle des ausscheidenden Herrn Prof. Lütty Herrn Dr. Jordan, Hannover, zu wählen. (Bravo!) Aus Ihrer Zustimmung schließe ich, daß die Wahl Ihnen sympathisch ist. Herr Dr. Jordan wird wohl annehmen. — Ich nehme an, daß Herr Dr. Jordan damit an Stelle von Herrn Prof. Lütty gewählt ist. Andererseits schlagen wir zur Wiederwahl vor Herrn Dr. Scheithauer. (Bravo!) Auch diese Wahl wird von Ihnen bewilligt. Ich frage Dir. Scheithauer, ob er die Wahl annimmt. (Wird bejaht.)“

Änderung der Satzungen der Hilfskasse des Vereins deutscher Chemiker.

Der Vorstand beantragt eine Änderung der Satzungen der Hilfskasse wie folgt, wobei dem gegenwärtigen Wortlaut die beauftragte künftige Fassung (Änderungen und Zusätze in Kursivschrift) gegenübergestellt ist:

§ 1.

Gegenwärtige Fassung:

Die Hilfskasse ist zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Vereinsmitgliedern und deren Angehörigen bzw. Hinterbliebenen bestimmt.

Künftige Fassung:

Die Hilfskasse ist zur Unterstützung von hilfsbedürftigen *Chemikern, insbesondere von Vereinsmitgliedern* und deren Angehörigen oder Hinterbliebenen bestimmt.

§ 2.

Gegenwärtige Fassung:

Die Mittel zur Erfüllung dieses Zweckes bestehen:

- a) aus einem von der jährlichen Hauptversammlung des Vereins zu bewilligenden Jahresbeitrag,
- b) aus freiwilligen Jahresbeiträgen der Bezirksvereine,
- c) aus sonstigen Schenkungen, Vermächtnissen oder Zuwendungen,
- d) aus Zinsen der Bestände,
- e) aus Rückzahlungen von Darlehen.

Künftige Fassung:

Die Mittel zur Erfüllung dieses Zweckes bestehen:

- a) aus freiwilligen Jahresbeiträgen des Hauptvereins und der Bezirksvereine,
- b) aus sonstigen Schenkungen, Vermächtnissen oder Zuwendungen,
- c) aus Zinsen der Bestände,
- d) aus Rückzahlungen von Darlehen.

§ 3.

(Unverändert.)

Die Kasse wird von einem aus drei Mitgliedern bestehenden Kuratorium verwaltet. Die Verwaltung ist unabhängig und getrennt von der Verwaltung des Vereins. Die Gelder der Hilfskasse sind vom sonstigen Vereinsvermögen getrennt zu halten und besonders anzulegen. Das Kuratorium stellt seine eigene Geschäftsordnung fest.

§ 4.

(Unverändert.)

Die Mitglieder des Kuratoriums werden vom Vorstandsrat des Vereins auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Scheidet ein Mitglied während seiner Amtsdauer aus, so wählt der Vorstandsrat alsbald einen Ersatzmann für den Rest der Amtszeit. Die ausscheidenden Mitglieder sind wieder wählbar.

§ 5.

(Unverändert.)

Die Unterstützungen sind in der Regel in Form von zinsfreien Darlehen zu gewähren. Das Kuratorium kann in besonderen Fällen die Stundung oder den Erlaß der Rückzahlung nach eigenem Ermessen beschließen.

§ 6.

Gegenwärtige Fassung:

Anträge auf Bewilligung von Unterstützungen sind an einen Bezirksverein zu richten, welcher dieselben prüft und, falls er sie nicht selbst bzw. durch seine eigene Hilfskasse erledigen kann, darüber an das Kuratorium berichtet.

Neue Fassung:

Anträge auf Bewilligung von Unterstützungen sind in der Regel an einen Bezirksverein zu richten, der sie prüft und, falls er sie nicht selbst oder durch seine eigene Hilfskasse erledigen kann, darüber an das Kuratorium berichtet. *Jeder der drei Kuratoren ist berechtigt, in Fällen dringender Not zinsfreie Darlehen in der Höhe bis zu 100 M zu gewähren; es ist hierzu nachträglich die Genehmigung der anderen Kuratoren einzuholen.*

§ 7.

(Unverändert.)

Das Kuratorium erstattet alljährlich dem Verein zu Händen des Vorstandes einen der jährlichen Hauptversammlung vorzulegenden Jahresbericht über die Tätigkeit und den Stand der Hilfskasse. Der Vorstand ist jederzeit zu einer Einsichtnahme in die Kassenverwaltung und in die Anlage des Kassenvermögens berechtigt.

§ 8.

(Unverändert.)

Im Falle der Auflösung der Hilfskasse fällt ihr Vermögen an den Verein.

Dir. Dr. Scheithauer: „Der Antrag auf Änderung der Satzungen der Hilfskasse und die Änderungen selbst sind schon in der Zeitschrift veröffentlicht. Der neue Entwurf weicht wenig von der alten Satzung ab. Das wichtigste ist § 6, wonach jedes Mitglied des Kuratoriums berechtigt sein soll, in Fällen dringender Not, ohne daß er die beiden anderen zu fragen hat, eine Unterstützung bis zu 100 M zu gewähren. Wir halten diese Änderung für sehr wünschenswert. Es kommen manchmal Herren zu uns, die nur eine Kleinigkeit brauchen, Reisegeld usw., da muß man in der Lage sein, schnell zu helfen. Ich möchte die Worte des Herrn Kollegen Raschig wiederholen: doppelt gibt, wer schnell gibt.“

Über den Stand sei noch folgendes bemerkt. Bis zum 1. Januar waren 7281,75 M ausgeliehen, und seit dem 1. Januar sind weitere 1300 M in Beträgen von 50–300 M als Unterstützungen gewährt worden.

Ich bitte, die Änderungen der Satzungen anzunehmen.“

Vors.: „Es erfolgen keine weiteren Bemerkungen, die Satzungen werden genehmigt.“

19a. Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes.

Im Jahre 1912 ist dem Ausschuß von keinem der angeschlossenen Verbände irgendein Antrag oder eine Anregung zugegangen. Es hat daher weder eine Sitzung des Aus-

schusses, noch ein schriftlicher Meinungsaustausch unter den Mitgliedern des Ausschusses stattgefunden. Der Vorsitz ging im Jahre 1913 an die Deutsche Chemische Gesellschaft über. In der Sitzung des Vorstandes unseres Vereins vom 6./12. 1913 wurden die Herren Krey und Scheithauer als Vertreter unseres Vereins in den Ausschuß delegiert.

19b. Gebührenordnung.

Bericht des Herrn Prof. Dr. W. Fresenius.

In Angelegenheit der Verbesserung der Gebührenordnung für Chemiker hat der Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes im Dezember 1911 folgende Gesuche um die Aufhebung der auf die Chemiker bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes vom 14./7. 1909 an das Preußische Ministerium und den Preußischen Landtag gerichtet:

„Der Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes gestattet sich, im Namen der durch ihn vertretenen Chemikervereinigungen an das Kgl. Staatsministerium die Bitte zu richten, eine Abänderung des Gesetzes vom 14./7. 1909 betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten in dem Sinne in die Wege zu leiten, daß die auf die Chemiker bezüglichen Bestimmungen desselben aufgehoben werden.“

„Der Grund zu dieser Bitte, das erst vor zwei Jahren erlassene Gesetz in diesem Punkte abzuändern, liegt darin, daß, soweit es die Chemiker betrifft, seine Bestimmungen tatsächlich in vielen Fällen gerade das Gegenteil von dem bewirken, was man bei Erlaß des Gesetzes beabsichtigt hat, und zwar deshalb, weil bei seiner Ausarbeitung offensichtlich nur ein kleiner Teil des auf die Chemiker bezüglichen Geltungsbereiches ins Auge gefaßt worden ist, für welchen es schließlich tatsächlich erlassen wurde, sowie, weil man auf die Chemiker, die im wesentlichen Vertreter eines freien Berufes sind, Grundsätze angewandt hat, die ursprünglich aufgestellt sind für die Ordnung der Gebühren besoldeter Beamter.“

„Dadurch sind Mißstände herbeigeführt worden, die dringend der Beseitigung bedürfen.“

„Die Ursachen für diese Verhältnisse lassen sich leicht aus der Art der Entstehung des Gesetzes erkennen.“

„Dasselbe regelt die Gebühren der Medizinalbeamten und hat dabei gleichsam anhangsweise auch die Gebühren der Chemiker mitgeregelt. Es konnte dabei gar nicht ausbleiben, daß man die in dem Hauptteil maßgebenden Grundsätze auch auf diesen Anhang übertrug. Diese Verquickung brachte es auch mit sich, daß das ganze Gesetz seitens der Medizinalabteilung des Kultusministeriums vorbereitet und im Landtag vertreten wurde, so daß alle die Seiten der gerichtlichen Tätigkeit von Chemikern, die sich nicht auf medizinalpolizeiliche Fragen beziehen, keine genügende Würdigung finden konnten, obgleich man die Gebührenordnung auf die gerichtliche Tätigkeit der Chemiker im weitesten Sinne ausgedehnt hat.“

„Das Gesetz vom 14./7. 1909 ist erlassen als Ersatz des Gesetzes vom 9./3. 1872, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsarztlicher, medizinal- oder sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen.“

„In diesem Gesetze ist auch von den Chemikern die Rede, indem der § 8 lautet:

„Macht eine gerichtliche oder medizinalpolizeiliche Feststellung die Zuziehung eines Chemikers notwendig, so erhält derselbe für seine Arbeit, einschließlich des Berichtes, eine Gebühr von 4 bis 25 Thalern.“

„Der ganzen Natur des Gesetzes nach, das nur von gerichtsarztlichen, medizinal- oder sanitätspolizeilichen Geschäften handelt, konnte es sich aber auch bei diesem § 8 nur um die Gebühren für Chemiker bei Zuziehung zu solchen Geschäften handeln.“

„Dies geht, abgesehen von dem Titel des Gesetzes, auch daraus unzweifelhaft hervor, daß es nur unter einer solchen Voraussetzung überhaupt angängig erscheinen konnte, die Gebühren der Chemiker ein für allemal nach oben mit 25 Thalern zu begrenzen.“

„Daß diese Beschränkung des § 8 auf die wirklich gerichtsarztlichen und medizinalpolizeilichen Geschäfte tatsächlich zu Recht bestand, ist in unzähligen Fällen durch die Praxis der preußischen Gerichte und in vielen Fällen durch spezielle gerichtliche Entscheidungen anerkannt worden.

„Nach Erlaß der Reichsgebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30./6. 1878 ist auf Grund des § 13 derselben¹⁾ in Preußen am Anfang der Festsetzung der Gebühren von Chemikern seitens der Gerichte resp. der die Festsetzung tatsächlich besorgenden Sekretäre die Meinung vertreten worden, der § 8 des Gesetzes vom 9./3. 1872 sei eine solche besondere Taxvorschrift für Chemiker, welche ganz allgemeine Geltung in allen gerichtlichen Fällen habe.

„Hiergegen ist nun in vielen Fällen Einspruch erhoben worden, und die Gerichte haben sich eigentlich ausnahmslos überzeugt, daß sachlich eine Ausdehnung der Geltung des § 8 über die Tätigkeit des Chemikers hinaus, welche sich auf das Gebiet der gerichtsarztlichen und medizinal- oder sanitätspolizeilichen Geschäfte bezieht, nicht gerechtfertigt und auch durch den Wortlaut des Gesetzes in keiner Weise begründet sei.

„So ist denn der Rechtszustand bis zu dem Gesetz vom 14./7. 1909 in Preußen tatsächlich der gewesen, daß in allen anderen Fällen die Sachverständigengebühren der Chemiker nach der Gebührenordnung für das Deutsche Reich vom 30./6. 1878 festgesetzt wurden.

„Gelegentlich der Kommissionsberatung des neuen Gesetzes ist nun beantragt worden, in der Überschrift und in Nr. 1 der allgemeinen Bestimmungen des Tarifes festzustellen, daß sich die Verrichtungen der Chemiker, die dem Tarif unterliegen, auf die auf medizinalem Gebiete liegenden, für polizeiliche und gerichtliche Zwecke bestimmten Verrichtungen beschränken. Das Gesetz handele von Medizinalbeamten. Man könne daher einen Chemiker, der als Sachverständiger auf irgendeinem mit dem Medizinalwesen in keinem Zusammenhang stehenden Gebiete Feststellungen vorzunehmen habe, nicht nach den Sätzen des Tarifes entlohnen.

„Dem ist ein Kommissar der Medizinalverwaltung entgegengetreten mit der Angabe, die Regierung habe einfach den Rechtszustand übernommen, der seit nunmehr 36 Jahren bestehe und einer Änderung nur insoweit bedürfe, als die Gebührensätze entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen zu erhöhen seien²⁾. Daraufhin ist der Antrag in der Kommission abgelehnt worden.

„Es ist also hier eine Auskunft des Herrn Regierungsvertreters ausschlaggebend gewesen, welche den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprach. Der Rechtszustand ist nicht (abgesehen von den Gebührensätzen) seit 36 Jahren so gewesen, wie er jetzt geworden ist, man hat hier eine prinzipielle Bestimmung getroffen, ohne sich über ihre Tragweite für die Betroffenen auch nur einigermaßen im Klaren zu befinden.

„Man hat die sonstigen (nicht medizinalen und polizeilichen) Seiten der gerichtlichen Tätigkeit eines Chemikers als gerichtlicher Sachverständiger bei der ganzen Vorbereitung gar nicht wirklich ins Auge gefaßt. Das beweist klar und deutlich die Tatsache, daß in dem Tarif unter II. lediglich solche Untersuchungen aufgeführt sind, welche auf gerichtsarztliche, medizinal- oder sanitätspolizeiliche Geschäfte Bezug haben. Hinsichtlich der Verrichtungen, für welche in dem Tarif Gebührensätze nicht ausgeworfen sind, ist bestimmt, sie sollten (entsprechend der allgemeinen Bestimmung 3 des Tarifes für die Gebühren der Gerichtsärzte) nach Maßgabe der Sätze, die für ähnliche Leistungen in dem Tarif gewährt werden, vergütet werden.

„Man muß schon einen gewissen Zwang anwenden, wenn man die Untersuchungen etwa von Schmierölen oder von Metallegierungen und Erzen und von chemischen Präpara-

ten aller Art (wie sie in Zivilprozessen jederzeit vorkommen können, wenn zwei Parteien verschiedener Meinung über den Gehalt oder die Eigenschaften einer Lieferung sind) als ähnlich mit den unter II 5 des Tarifes ausgeführten bezeichnen will. Sie lassen sich aber zur Not in vielen Fällen in den Tarifsatz 5 c unterbringen, da die dort angegebene Höhe der Vergütungen häufig als ausreichend gelten kann, wenngleich nur einige der Objekte etwa mit den Münzen als ähnlich bezeichnet werden können. Handelt es sich aber um Untersuchungen, die etwa zur Entscheidung der Frage nach Flußverunreinigungen oder Pflanzenbeschädigungen durch gewerbliche Betriebe, nach der richtigen Zusammensetzung des Mörtels eines Baues oder danach, ob ein hydraulisches Bindemittel Portlandzement ist oder nicht, oder sind Fragen aus dem Fabrikationsgebiete zu entscheiden, z. B. ob das Verfahren einer bestimmten Fabrik gegen ein bestimmtes Patent verstößt, oder ob ein vorgeschlagenes Verfahren einen neuen technischen Effekt bewirkt, ob die Produkte, die danach erhalten werden, einen bestimmten Grad von Reinheit aufweisen, ob aus einem bestimmten Rohmaterial Produkte von bestimmten Eigenschaften zu erzielen sind (Fragen, die in zivilrechtlichen oder patentrechtlichen Verfahren sehr oft an Chemiker gestellt werden können), so kommt man in große Verlegenheit, an welche ähnliche Positionen des Tarifes man sich etwa anlehnen könnte.

„Diese Feststellungen können wochenlange Laboratoriumsarbeiten, in vielen Fällen auch fabrikatorische Versuche und ausgiebige Literaturstudien nötig machen, für die ein Analogon in dem Tarif schlechterdings nicht zu finden ist. Auch bei allen Probenahmen und Ortsbesichtigungen ist ein entsprechender ähnlicher Tarifsatz überhaupt nicht vorhanden, denn die Positionen aus dem speziellen Tarif für die Kreisärzte unter B 2 und 7 können hier schlechterdings nicht zum Vergleich herangezogen werden.

„Es ist also durch das Gesetz ein Zustand herbeigeführt worden, der für eine ganze Reihe von Sachverständigen, z. B. für alle in Patentangelegenheiten tätigen Gutachter, so gut wie r e g e l m ä ß i g dazu führen muß, daß ihre Arbeit schlechterdings nicht innerhalb der Grenzen dieses Tarifes auch nur einigermaßen ausreichend bezahlt werden kann. Sie müssen also jedesmal den nach dem Gesetz allerdings möglichen Weg einschlagen, nach § 9 die Genehmigung des Regierungspräsidenten dafür einholen, daß die Höchstsumme (die hier nach 5 c 75 M beträgt, denn mit der Untersuchung von Leichenteilen kann man diese gewerbe- und patentrechtlichen Untersuchungen wirklich nicht als ähnlich ansehen), überschritten werden kann. Es kann unter diesen Umständen doch keine Rede davon sein, daß die Gebühren der Chemiker durch dieses Gesetz eine zutreffende Regelung erfahren hätten.

„Es ergibt sich deshalb die Notwendigkeit, diese unhaltbaren Bestimmungen aufzuheben.

„In gleicher Weise wie bei dem Tarif für praktische Arbeiten ist auch hinsichtlich der Gutachten offensichtlich nur der Fall der gerichtsarztlichen, medizinal- oder sanitätspolizeilichen Geschäfte ins Auge gefaßt worden, wenn man für ein ausführliches wissenschaftlich begründetes Gutachten eines Chemikers einen Höchstbetrag von 30 M festgesetzt hat und im Falle der Ausführung von Versuchen eine Vergütung für den Bericht nicht vorsieht, denn innerhalb der auf das gerichtsarztliche Gebiet bezüglichen Gruppe von Aufgaben des Chemikers kann „in der Regel“ mit diesen Tarifsätzen ausgekommen werden. In vielen anderen Fällen (wir erwähnen hier nur wieder Gutachten in Patentsachen oder gewerberechtlichen Fragen) ist es fast stets so, daß die Erstattung des Gutachtens einen Arbeitsaufwand erfordert, für den eine Vergütung von 30 M durchaus unzureichend ist. Es müßte also auch hier wieder f a s t r e g e l m ä ß i g die Einwilligung des Regierungspräsidenten eingeholt werden. Derselbe wird aber in vielen Fällen weder selbst in der Lage sein, zu entscheiden, ob die Liquidation eine zutreffende ist oder nicht, noch auch über einen kompetenten Fachmann in seinem Regierungskollegium verfügen. Jedenfalls ist der Medizinalrat hier nicht zuständig, ev. der Gewerberat, soweit er ein Chemiker ist.

¹⁾ Soweit für gewisse Arten von Sachverständigen besondere Arten von Taxvorschriften bestehen, welche an dem Orte des Gerichts, vor welches die Ladung erfolgt, und an dem Aufenthaltsorte des Sachverständigen gelten, kommen lediglich diese Vorschriften in Anwendung.

²⁾ Vgl. Ausgabe des Gesetzes vom 14. Juli 1909 von Otto Wegner S. 34.

„Abgesehen von diesen die Höhe der Kosten betreffenden, wie wir gezeigt haben, unhaltbaren Zuständen empfinden wir die Bestimmung als eine wenig würdige, daß in allen Fällen, in denen mehr als der Minimalbetrag gefordert wird, eine Begründung der Überschreitung gefordert wird. Es ist doch an und für sich nicht klar, daß, wenn ein Chemiker für seine Arbeit einen Betrag ansetzt, er der Ansicht ist, daß derselbe der aufgewandten Zeit und Mühe entspricht, und er kann doch auch schließlich nichts anderes in der Begründung schreiben, als etwa: die vorliegende Arbeit erforderte einen erheblichen Zeitaufwand, oder war eine sehr mühevoller, oder eine besonders schwierige, so daß ich einen den Minimalsatz überschreitenden Betrag einsetzen mußte.“

„Eine solche Verpflichtung wird doch auch den Gutachtern aus anderen Berufsarten nicht auferlegt, ein Grund, hier gerade den Chemikern gegenüber eine Ausnahme zu machen, ist uns nicht erfindlich.“

„Ebenso ist die Bestimmung, daß bei Überschreitung des Maximalsatzes die Genehmigung des Regierungspräsidenten einzuholen sei, eine Maßregel, die sich bei keiner anderen Art von Sachverständigen, welche einem freien Berufe angehören, finden dürfte. Sie ist auch nur dadurch zustande gekommen, daß man hier die Chemikergebühren mit denen der *Medizinalbeamten* zusammen geregelt hat.“

„Welche Motive für diese, auch der Entschließung der Gerichte vorgegreifende Bestimmung maßgebend waren, ergibt sich aus den Kommissionsverhandlungen. In O. W e g n e r, Ausgabe des Gesetzes vom 9./7. 1909 findet sich S. 21 hinsichtlich der Bestimmung, daß bei Überschreitung der Höchstgebühr bei einem Kreisarzt die Genehmigung des Regierungspräsidenten einzuholen sei die Anerkennung:“

„Dieser Zustimmung des Regierungspräsidenten (Polizeipräsidenten in Berlin) zu Tarifüberschreitungen bedarf es auch in gerichtlichen Angelegenheiten, da der vorgesetzten Behörde des Kreisarztes die Kontrolle darüber verbleiben muß, daß dieser für seine amtlichen Tätigkeiten nicht zu hohe Gebühren erhält. Dagegen sind die Gerichte zur selbständigen Festsetzung der Gebühren in den Grenzen des Tarifes befugt, und zwar auch dort, wo der Tarif einen Spielraum gestattet. (Kommiss.-Ber.). — Vgl. hierzu auch Nr. 2 Abs. 3 der allgemeinen Bestimmungen.“

„Wenn eine solche Aufsichtsmaßregel den *Medizinalbeamten* seitens ihrer vorgesetzten Behörde erforderlich sein sollte, so liegt doch darin keinerlei Grund, auch eine Beaufsichtigung der in keinerlei amtlichen Beziehung zur Kgl. Regierung stehenden Chemiker einzuführen.“

„Es liegt hier ev. die Gefahr vor, daß z. B. in einem Zivilprozeß, obgleich beide Parteien und auch das Gericht davon überzeugt sind, daß eine umfangreiche Tätigkeit des Chemikers erforderlich und eine Überschreitung des Satzes in erheblichem Maße sachlich begründet sei, der Regierungspräsident, der doch gar nicht so gut über den Fall orientiert sein kann, die Genehmigung versagt oder nur in beschränktem Maße erteilt. In diesem Falle muß entweder zum Schaden der Sache die Tätigkeit des Chemikers eingeschränkt werden, oder der Chemiker ist gezwungen, mit persönlichen unter Umständen sehr erheblichen pekuniären Opfern zu arbeiten. Die Parteien können nach dem Buchstaben des Gesetzes auch nicht trotzdem die höheren Gebühren bezahlen, und wenn sich etwa doch ein Ausweg finde, dem Chemiker auf anderem Wege seinen Schaden zu ersetzen, so würde eine derartige Umgehung des Gesetzes der Integrität des Gutachterstandes sehr viel mehr schaden, als wenn einmal ein Gutachter (mit Einwilligung des Gerichtes und der Parteien) einen relativ hohen (etwa nach Ansicht des Regierungspräsidenten zu hohen) Betrag liquidierte und erhielt.“

„Schließlich muß noch ein anderer Punkt hervorgehoben werden, in dem die Chemiker durch dieses Gesetz in sehr vielen Fällen schlechter gestellt sind, als alle anderen Sachverständigen, und in dem sie auch schlechter gestellt sind, als in dem Gesetz vom 9./3. 1872, das ist die Festsetzung der Terminsgebühren und Reisekosten.“

„Bisher war dieser Punkt zweifellos nach der Reichsgebührenordnung geregelt. Jetzt sind mit der Regelung

dieses Punktes für die Kreisärzte auch für die Chemiker spezielle Bestimmungen in dieser Hinsicht erlassen.“

„Man hat auch hierbei die Absicht gehabt, die Vergütung zu erhöhen, indem man für jeden kurzen Termin (bis zu zwei Stunden) 6 M angesetzt hat, bei längeren Terminen ist der Satz der Reichsgebührenordnung im wesentlichen beibehalten. Man hat aber diesen Vorteil in den meisten Fällen wieder dadurch illusorisch gemacht, daß man nur die wirkliche Termindauer, nicht aber die Zeit zum Hin- und Rückweg in Ansatz bringt, und daß bei Unterbrechung des Termines am Wohnort des Sachverständigen auch die Wartezeit (welche meist doch nicht zur Arbeit benutzt werden kann) nicht berechnet wird.“

„Nur in solchen Fällen, in denen eine Anzahl kurzer Termine in verschiedenen Sachen hintereinander angesetzt sind, und bei denen jedesmal zunächst die Gebühr von 6 M bezahlt wird, kann der Sachverständige eine manchmal sogar erhebliche Mehreinnahme erzielen, als bei dem bisherigen Modus. Letzterer ist aber (abgesehen von der vielleicht nicht mehr zeitgemäßen Höhe der Vergütung) der gerechtere, indem er davon ausgeht, daß die wirklich durch die Gerichtsverhandlung beanspruchte Zeit (einschließlich der zur Zurücklegung des Weges verbrauchten) vergütet wird.“

„Mit den Termingebühren für Verhandlungen am Wohnorte des Sachverständigen kann man sich aber ev. noch einverstanden erklären. Dagegen ist das durch das neue Gesetz bei auswärtigen Terminen geschaffene Verhältnis ein direkt unhaltbares. Hier wird nämlich bestimmt, daß Tagegelder und Reisekosten bezahlt werden, daneben aber eine Vergütung für den Zeitverlust nicht gewährt wird. Allerdings werden Termingebühren berechnet, diese kommen aber nur zur Auszahlung, wenn sie den Betrag der Tagegelder übersteigen, in diesem Falle kommen aber die Tagegelder in Wegfall.“

„Hier ist auch wieder durch die Verbindung mit der Regelung der *Medizinalbeamten* gebühren für den Chemiker eine sachlich durch nichts gerechtfertigte Schlechterstellung allen anderen Sachverständigen gegenüber geschaffen worden. Die Tagegelder sind bestimmt zum Ersatz der Unterhaltskosten. Abgesehen davon, daß dies allgemein bekannt ist, geht es gelegentlich dieses Gesetzes daraus hervor, daß die vollbezahlten Kreisärzte die Tagegelder behalten, Termingebühren, soweit sie bei auswärtigen Terminen die Tagegelder übersteigen, an die Staatskasse abzuführen haben.“

„Hieraus ergibt sich klar, daß das neue Gesetz dem Chemiker bei auswärtigen Terminen entweder keinen Ersatz seines Aufwandes für den Unterhalt gewährt oder ihm keine Vergütung für seine Zeitversäumnis zubilligt.“

„Ein Beispiel mag es deutlicher als alle Worte machen.“

„Ein Chemiker aus Berlin wird zu einem Termin in Frankfurt geladen, der dort von 11 Uhr vormittags bis 1 1/3 Uhr nachmittags dauert. Wenn man dem Chemiker Nachfahrten nicht zumutet, bei denen er jedenfalls keine Vergütung für einen Schlafwagenplatz bekommt, und die ihm ohnedies einen wesentlichen Teil seiner Arbeitskraft für den folgenden Tag raubt, braucht er dazu einen Tag Hin- und Rückfahrt, einen Verhandlungstag und einen Tag Rückfahrt und erhält dafür 27 M und an den Kilometergeldern noch etwa 20 M mehr als die Fahrkarten kosten, sowie für Ab- und Zugänge 6 M. Wenn man dabei in Rechnung zieht, daß er zweimal übernachten und drei Tage leben muß, wird man erkennen, daß er für seine Zeitversäumnis so gut wie nichts erhält, obgleich er drei Tage seiner eigentlichen Arbeit entzogen war. Wenn man dagegen den anerkannten hohen Gebührentarif des Reiches nimmt, würde im gleichen Falle gezahlt worden sein, dreimal 5 M Unterhaltsgeld, zweimal Übernachten à 3 M also 21 M und 60 M Zeitversäumnis, so daß in diesem Falle etwa ein Überschuß von 34 M bliebe. Welche Gründe nun dafür maßgebend sind, daß etwa ein Ingenieur nach der Reichsgebührenordnung, ein Chemiker nach dem Gesetz vom 14./7. 1909 liquidieren muß, wenn sie beide z. B. in einer gewerblichen Frage vernommen werden, weshalb der erste für seine Zeitversäumnis eine (wenn auch nicht glän-

zende) Bezahlung erhält, der Chemiker aber nicht, ist doch durch keinerlei sachliche Gründe darzutun.

„Wir glauben, durch obige Darlegungen bewiesen zu haben, daß bei der Ordnung der Gebühren der Chemiker in Verbindung mit der der Kreisärzte, die für die Chemiker in Betracht kommenden Verhältnisse durchaus nicht ausreichend berücksichtigt worden sind, und daß deshalb unser Gesuch, die auf die Chemiker bezüglichen Bestimmungen dieses Gesetzes außer Kraft zu setzen als begründet angesehen werden darf. Wir bitten deshalb im Namen des ganzen Chemikerstandes denselben Folge geben zu wollen.“

Im Frühjahr des Jahres 1913 ging folgende Antwort von dem Bureau des Abgeordnetenhauses ein:

Haus der Abgeordneten.

„Das Haus der Abgeordneten hat heute ohne Erörterung beschlossen, Ihre Petition vom 23./12. 1911 (II Nr. 170), soweit Erhöhung der Tagegelder erbeten wird, der Königlichen Staatsregierung zur Erwägung, im übrigen als Material zu überweisen.

In Ausführung dieses Beschlusses ist die Petition dem Königlichen Staatsministerium übersandt worden.

Indem ich hiervon Mitteilung mache, füge ich einen Abdruck des Kommissionsberichtes (Drucksache Nr. 1350) ergebenst bei.“

Der Direktor.

Danach ist zu hoffen, daß wenigstens ein Teil der unsererseits geäußerten Wünsche erfüllt wird. Im wesentlichen haben leider, wie die Kommissionsverhandlungen erkennen lassen, sowohl die Vertreter der Regierung als auch die Abgeordneten Bedenken getragen, die prinzipielle Entscheidung zu treffen, das Gesetz in bezug auf die Chemiker außer Kraft zu setzen. Daß hier ernsthafte Mißstände vorliegen, deren Beseitigung immer von neuem versucht werden muß, läßt sich ohne weiteres erkennen, wenn man die Bestimmungen dieses preußischen Gesetzes mit denen vergleicht, welche der inzwischen bekannt gewordene Entwurf einer neuen für das ganze Deutsche Reich geltenden Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vergleicht und vor allem die Motive der letzteren heranzieht.

Bezüglich dieser Reichsgebührenordnung hatte der Ausschuß ebenfalls vor 2 Jahren eine ausführliche Eingabe an das Reichsjustizamt gerichtet und hat im Anfang dieses Jahres vor der definitiven Fertigstellung des Gesetzentwurfes nochmals Gelegenheit genommen, an entsprechender Stelle die Wünsche der Chemiker vorzutragen, vor allem den, es möge durch sie das preußische oben erwähnte Gesetz außer Kraft gesetzt werden. Eine solche Bestimmung enthält der Gesetzentwurf leider nicht.

Der Entwurf für die Reichsgebührenordnung läßt in einer Reihe von Punkten wesentliche Verbesserungen gegen die bisherige Gebührenordnung erkennen, aber auch bei diesem bleibt noch eine Reihe von Punkten, bei denen Wünsche zu erheben sind. Es wird zu versuchen sein, ob sich nicht gelegentlich der Reichstagsverhandlungen dieselben verwirklichen lassen.

Prof. Fresenius: „Ich wollte zu der Frage der Gebührenordnung nur darauf hinweisen, daß sie auch in dem Bericht steht, unsere Eingabe an das Abgeordnetenhaus nicht in dem für uns erwünschten Sinne beschieden worden ist, und daß wir dringend das Bedürfnis fühlen, daß diesen Wünschen doch in der einen oder anderen Weise Rechnung getragen werden möge. Ich möchte vorschlagen, daß bei Gelegenheit der Beratung der neuen Reichsgebührenordnung für Sachverständige versucht wird, die Härten, die das preußische Gesetz gerade für die Chemiker hat, zu beseitigen, und ich glaube, der richtige Weg dazu wird sein, daß der ständige Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes, der ohnehin ein für allemal damit betraut ist, die Sache berät, und dann einen Bericht an den Vorstand erstattet. Die Reichsgebührenordnung würde nach meiner Ansicht die Gelegenheit bieten, hier die Schwierigkeiten zu beseitigen.“

Außerdem enthält der Entwurf der neuen Gebührenordnung eine Reihe von Punkten, die nicht ohne Bedenken sind. Auch in dieser Beziehung wäre es, meine ich, erforderlich, die entsprechenden Wünsche an der geeigneten Stelle vorzubringen.

Die Angelegenheit wird im Sinne dieser Ausführungen in der Fachgruppe für analytische Chemie speziell behandelt werden.

Dr. Bein: „Ich möchte nur bemerken, daß wir leider eine unglückliche Hand in der Sache gehabt haben. Im Bezirksverein Berlin, der die Weiterverfolgung der von mir schon vor Jahrzehnten begonnenen und von mir mit großer Mühe, sowie erheblichen eigenen Kosten bearbeiteten Sache angeregt hat, haben wir nun einen Weg gefunden, um die Angelegenheit durch unseren Syndikus im Reichsjustizamt zu fördern. Wir werden von uns aus in vorsichtiger Weise vorgehen und werden, glaube ich, auf diesem Wege weiterkommen als durch andere Schritte, die bisher zu nichts geführt haben. Denn alle Versuche, die gemacht worden sind, haben bekanntlich die Sachlage für uns in Preußen im wichtigsten Punkte nur verschlimmert.“

Vors.: „Wenn ich den Herrn Redner recht verstanden habe, sprechen Sie von dem Berliner Bezirksverein?“

Dir. Dr. Scheithauer: „Die Ansichten und die Interessen des Vereins deutscher Chemiker müssen unbedingt im Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes zur Geltung gebracht werden. Wir müssen korrekt vorgehen. Ich will nicht gegen den Berliner Bezirksverein sprechen, wir dürfen aber nicht plötzlich die gemeinsam unternommenen Schritte aufgeben. (Dir. Bein: Im Gegenteil, wir wollen Sie persönlich unterstützen!) Sie sprachen anfangs so dunkel, daß man Ihre Ausführungen nicht recht verstehen konnte.“

Vors.: „Wir dürfen also den Gegenstand verlassen.“

20. Bericht über die Tätigkeit des deutschen Ausschusses für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht im Jahre 1912.

(Nach dem Bericht des geschäftsführ. Sekretärs des Ausschusses, Dr. W. Lietzmann, Barmen.) Im Berichtsjahre haben zwei Gesamtsitzungen stattgefunden, die 7. Gesamtsitzung am 2./4., die 8. am 23. und 24./11. 1912, beide in Berlin im Hause des Vereins deutscher Ingenieure. Neben diesen Gesamtsitzungen fand eine Reihe von Kommissionssitzungen statt, die außer von den Mitgliedern der betreffenden Kommissionen vielfach von anderen Mitgliedern des Ausschusses, sowie von eingeladenen Fachmännern besucht waren.

Mit dem Ende des Jahres 1913 würde die vorläufige Lebensdauer des Deutschen Ausschusses ablaufen. Auf der letzten Gesamtsitzung wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, bei den beteiligten Gesellschaften dahin zu wirken, daß der Deutsche Ausschuß über diesen Zeitpunkt hinaus weiter bestehen bleibt. Zu diesem Zwecke ist eine Denkschrift ausgearbeitet worden, in der die Gründe für das Fortbestehen des Ausschusses zusammengestellt sind, und in der den Gesellschaftern der Antrag unterbreitet wird, sich wie bisher für fünf weitere Jahre an den Beratungen des Deutschen Ausschusses durch Entsendung ständiger Vertreter zu beteiligen.

In der Frage der Ausbildung der Kandidaten für das höhere Lehramt ist das bedeutsamste Ereignis im Berichtsjahre die Herausgabe einer neuen Prüfungsordnung in Bayern. Die Verordnung schlägt ganz neue Bahnen ein, und das früher den Bayern eigentümliche Vorexamen nach viersemestrigem Studium ist fallen gelassen. Dafür ist neu eingeführt ein die praktische Ausbildung im Seminarjahr — ein Probejahr wie in Preußen gibt es in Bayern nicht — abschließendes, von den Seminarleitern und -lehrern abzunehmendes Examen, in dem die unterrichtlichen Fähigkeiten des Kandidaten und seine Vertrautheit mit pädagogischen und didaktischen Fragen zur Beurteilung stehen. In durchgreifender Weise ist die Zusammenstellung der Fächer geordnet. Es sind feste Bindungen zwischen den einzelnen Fächern geschaffen. Die Lehrbefähigung in der Mathematik ist immer mit der in Physik, die in Biologie immer mit der von Chemie und Geographie verbunden. Die Hinzunahme anderer Fächer ist nicht möglich, und damit ist eine Fakultätenjägerei ganz ausgeschaltet. Auch die Unterscheidung zweier Stufen der Lehrbefähigung ist fortgefallen. Der Natur der Sache nach sind für einzelne Fächer zwei Bindungen freigestellt, z. B.

für die Geographie. Die Scheidung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer in zwei Gruppen, wie sie hier vorgenommen wird, entspricht genau den Vorschlägen, die seinerzeit die Unterrichtskommission Deutscher Naturforscher und Ärzte in Dresden gemacht hat.

Mit der Frage, ob Fachseminare, wie sie beispielsweise in Sachsen die Regel sind, den in Preußen üblichen allgemeinen Seminaren vorzuziehen sind, beschäftigt sich ein Antrag des Deutschen Ausschusses, der dem preußischen Unterrichtsminister überreicht worden ist, und in dem den Fachseminaren das Wort geredet wird. Der Deutsche Ausschluß hat sich in seiner letzten Gesamtsitzung ausführlich mit dem geographischen Unterrichte an den höheren Schulen beschäftigt. Er kam dabei zu Beschlüssen, die auf von Prof. Pencik aufgestellten Leitsätzen fußen und zur Erfüllung der chorologischen Aufgabe des geographischen Unterrichtes seine Ausdehnung auf die Oberklassen der höheren Schulen fordern, selbstverständlich nicht auf Kosten der Mathematik, noch der Physik und Chemie, noch der Biologie und Geologie.

An Lehrplänen hat das letzte Jahr zwei wichtige Neuerscheinungen gebracht. In Württemberg sind für alle Arten von höheren Knabenschulen, in Baden für die Reformrealgymnasien und die Oberrealschulen neue Verordnungen erschienen. In den württembergischen Lehrplänen schwankt der Anteil der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer an der Gesamtstundenzahl bei den einzelnen Anstaltsarten in sehr weiten Grenzen von 17% beim Gymnasium bis zu 31% bei der Oberrealschule. Besonders beachtenswert erscheint, daß überall die Biologie in der Oberstufe zu Worte kommt.

In den Lehrplänen für die badischen Reformrealgymnasien oder, wie es heißt, der Realgymnasien mit neusprachlichem Unterbau, für die Oberrealschulen und Realschulen hat auch die Philosophie eine Stelle gefunden. Zu den Pflichtstunden, deren Zahl bemerkenswert gering ist, kommt dann noch ein wahlfreier Unterricht, darunter Übungen in Physik, Chemie und Biologie.

21a. Deutscher Ausschluß für technisches Schulwesen.

Der Deutsche Ausschluß für technisches Schulwesen wurde im Jahre 1908 durch den Verein deutscher Ingenieure begründet. Dieser Ausschluß hat sich zuerst nur mit dem Unterricht an den technischen Mittelschulen beschäftigt, da die Frage des Lehrplanes und der Einrichtung bei diesen Schulen besonders brennend war. Es wurden Rundfragen und Besichtigungsreisen veranstaltet und Berichte ausgearbeitet, die für die Industrie und die Schulaufsichtsbehörden ein sehr wichtiges Material darstellen.

Da dann aber sowohl von praktischen Ingenieuren wie von Hochschullehrern der Wunsch ausgesprochen wurde, daß der Ausschluß sich auch mit dem Hochschulunterricht befassen möge, arbeitet der „DATSCH“ seit dem Jahre 1910 auch über die Ausgestaltung des Lehrganges für Ingenieure an den technischen Hochschulen. Es wurde eine umfassende Rundfrage veranstaltet, und von einer Reihe von Hochschullehrern wurden Berichte erstattet, die gedruckt vorliegen.

Bei dieser Gelegenheit ist auch die Frage des Hochschulunterrichtes in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern für zukünftige Ingenieure und Architekten angeschnitten worden. Der Vorsitzende des DATSCH war der Meinung, daß der Ausschluß keine Verbesserungsvorschläge hierfür machen sollte, ohne die sachverständige Ansicht der großen Vereine und Verbände auf dem Gebiete der Mathematik und Naturwissenschaft zu hören. Er wandte sich daher auch an unseren Vorstand mit der Bitte, ein sachverständiges Mitglied auf dem Gebiete der angewandten und technischen Chemie in den Ausschluß zu entsenden. In seiner Sitzung vom 14./6. hat unser Vorstand beschlossen, die Arbeiten des Deutschen Ausschusses nach Möglichkeit zu fördern, und hat Herrn Geh. Rat Prof. Dr. Hempel als Delegierten des Vereins deutscher Chemiker bestimmt; zum Stellvertreter wurde der Generalsekretär unseres Vereins ernannt.

21b. Verein zur Förderung chemischer Forschung. (Kaiser Wilhelm-Institut für Chemie.)

Bericht des Herrn Geh. Reg.-Rats Prof. Dr. Delbrück.

Nachdem am 23./10. 1912 das Kaiser Wilhelm-Institut für Chemie in Gegenwart Sr. Majestät des Kaisers eröffnet war, hat am 26./10., im Anschluß an eine Sitzung des Vorstandes eine Mitgliederversammlung des Vereins Chemische Reichsanstalt stattgefunden und weiterhin eine außerordentliche Mitgliederversammlung dieses Vereins am 8./3. 1913, die von Herrn Geheimrat Delbrück geleitet wurde. Des früheren Vorsitzenden, Herrn von Brünig, wird in längerer Ansprache ehrend gedacht. Es wird einstimmig beschlossen, den Namen des Vereins durch die Bezeichnung „Verein zur Förderung chemischer Forschung“ E. V., zu ersetzen. Dadurch soll der Name des Vereins nach Errichtung eines freien Forschungsinstitutes dem jetzigen Zweck angepaßt und dem Verein ein größerer Interessentenkreis gesichert werden. Sodann wird einstimmig genehmigt, das Kaiser Wilhelm-Institut für Chemie in eine Stiftung umzuwandeln, wodurch eine größere Stabilität gewährleistet wird. Eine Revision der Satzungen, die hauptsächlich eine Anpassung an die neuen Verhältnisse und zweckmäßig Kürzung betrifft, findet ebenfalls einstimmige Annahme. Um bei Neuwahlen im Falle etwaiger Verzögerung entstehende Schwierigkeiten zu vermeiden, werden für das Kaiser Wilhelm-Institut für Chemie Ersatzmänner gewählt.

B a u.

Nach Einweihung des Institutes war dasselbe noch keineswegs betriebsfähig. Zur Fertigstellung der zunächst benötigten Einrichtungen wird dem Direktor die Verwendung von 45 000 M aus Betriebsersparnissen genehmigt. Weiterhin soll ein Schuppen für feuergefährliche Stoffe errichtet werden, während die Schaffung besonderer Laboratorien für stark radioaktive Stoffe und der Bau einer technischen Abteilung erst nach Abschluß der Baurechnung näher in Betracht gezogen werden soll.

Der Haushaltsplan für das Jahr 1913/14 ergibt:

a) Personen- und Versicherungskonten . .	68 000 M
b) Sachkonten	57 000 M
	<hr/> 125 000 M

Gäste dürfen zu den Veranstaltungen des Vereins eingeladen werden, während die Teilnahme von Gästen an den Sitzungen des Vereins nur mit Genehmigung des Vorstandes bzw. des leitenden Vorsitzenden statthaft erscheint. Die Mitgliederversammlungen finden, wenn nicht besondere Gründe dagegen sprechen, in den Räumen des Kaiser Wilhelm-Institutes für Chemie statt.

Gegenwärtig gehören dem Verein zur Förderung chemischer Forschung 48 Mitglieder an mit 60 Stimmen und 25 Dauerstimmen. Der jährliche Beitrag zum Institut seitens des Vereins beträgt 65 000 M, seitens der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft 60 000 M. Gegenwärtig sind im Institut tätig: Der Direktor, Prof. E. Beckmann mit 5 Assistenten und 2 Hospitanten; das wissenschaftliche Mitglied Prof. R. Willstätter mit 6 Assistenten und 7 Hospitanten; das wissenschaftliche Mitglied Prof. O. Hahn mit 1 Gast und 1 Assistenten.

Die Baurechnung ist von seiten des Bauamtes noch nicht abgeschlossen; es steht aber zu erwarten, daß dieselbe die bewilligte Summe von 900 000 M für Institut und Nebengebäude nicht überschreitet. Allerdings fehlen noch einigen größeren und kleineren Räumen des Institutes die inneren Einrichtungen. Der Schuppen für feuergefährliche Stoffe ist in der Planung fertig, bedarf aber noch einiger Genehmigungen. Der Pavillon für stark radioaktive Stoffe und die technische Abteilung bleiben der Zukunft vorbehalten.

Zuwendungen können dem Institut außer durch Beitritt zum Verein auch direkt gemacht werden. Den Mitgliedern des Vereins werden die Publikationen des Institutes in Form von Separata im Laufe des nächsten Halbjahres übersandt; ebenso eine Denkschrift über Gründung und Baueinrichtungen des Institutes, verfaßt von Exzellenz Fischer und Dir. Beckmann.

22. Eingabe wegen Verbesserung des technologischen Unterrichts an den Universitäten.

(Siehe Bericht über die geschäftliche Sitzung]Seite 780.)

23. Anregung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte wegen Reorganisation des Versammlungswesens in Deutschland.

Prof. Dr. R a s s o w: „Die Anregung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte ist in der Zeitschrift für angew. Chemie 26./3., S. 527 abgedruckt worden. Der Vorstand hat in seiner Sitzung zu Leipzig beschlossen, die Sitzung, die gelegentlich der Naturforscherversammlung in Wien hierüber verhandeln soll, durch zwei Delegierte, Herrn Geheimrat Dr. D u i s b e r g und mich, zu beschicken, und falls einige große naturwissenschaftliche und medizinische Vereine im Sinne dieser Anregung handeln wollen, in gleichem Sinne die Sache zu beraten und Voranschläge zu machen. Ob aus der Sache etwas wird, ist allerdings zweifelhaft.“

24. Das Lexikon der anorganischen Verbindungen.

hatte, nachdem im August 1911 die Bearbeitung unter Unterstützung seitens unserer Fachgruppe und der Deutschen Chemischen Gesellschaft in die Wege geleitet war, im Jahre 1912 eine Reihe von Schwierigkeiten, die bei einem derartigen Werke zwischen Redaktion und Drucklegung leicht auftreten, zu überwinden. Die Lexikonkommission und der Vorstand von Verein und Fachgruppe fanden bei ihren Ratschlägen erfreuliches Entgegenkommen sowohl bei dem Herausgeber, wie bei dem Verleger, so daß mit dem Juli 1913 die volle Hälfte des Lexikons mit rund 1300 Seiten erschienen und die Fertigstellung dieses so überaus wertvollen tabellarischen Werkes bis Anfang 1915 — also weit schneller und glatter, als es der neuen Auflage des G m e l i n - F r i e d h e i m s c h e n Handbuches beschieden scheint — zu erwarten ist.

Bedauerlich bleibt nur, daß bisher der Bezug der Lieferungen im Buchhandel zu wünschen läßt, und daß die zahlreichen anorganischen Chemiker Deutschlands unsere Bestrebungen noch immer nicht durch häufigere Besprechungen der erschienenen Teile in den Fachzeitschriften unterstützen.

Weniger erfolgreich sind die Vorarbeiten für die Organisation eines Ergänzungsbandes gewesen, der nach Vollendung der 2 Bände des Hauptwerkes einzelne Ergänzungen bringen und die Literatur von 1911—1914 nachtragen soll. Die Einrichtung der Exzerpte und Zettelkataloge hierfür, die Gewinnung eines zweiten literarischen Chemikers und die Beschaffung der nötigen Mittel vom 1./1. 1915 ab werden die Hauptaufgabe der Kommission im kommenden Jahre sein müssen.

25. Verschiedenes.

V o r s.: „Meine Herren! Es ist angeregt worden, über das neue Patentgesetz die Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz zu einem Gutachten zu veranlassen, der die Novelle zum Patentgesetz vom Standpunkt der Interessen unseres Vereins behandeln soll. Es wäre sehr dankenswert, wenn dieses Gutachten vielleicht im Januar oder Februar kommenden Jahres dem Vorstand vorgelegt und nach dessen

Äußerung zur weiteren Begutachtung an die Bezirksvereine abgegeben werden könnte.

Der Vorstandrat scheint mit der Maßnahme einverstanden, ich stelle das fest.“

Prof. Dr. K l o e p p e l: „Ich darf bemerken, daß der soziale Ausschuß schon in Aussicht genommen hat, die Regelung der Angestellten-Erfindungen in dem neuen Entwurf zu behandeln. Ich möchte deshalb für meine Fachgruppe die Genehmigung erbitten, diese Frage gemeinschaftlich mit dem sozialen Ausschuß zu bearbeiten. Dann möchte ich anregen, daß das Mandat der Fachgruppe auch auf die beiden anderen Gesetzentwürfe betreffend den Warenzeichen- und Gebrauchsmusterschutz erstreckt wird. Es erscheint doch wünschenswert, daß die Fachgruppe sich über diese Materie im Zusammenhang äußert.“

Prof. M ü l l e r: „Eine Reihe von Kommunen hat in neuerer Zeit naturwissenschaftlichen oder technischen Beamten gegenüber eine Verfügung erlassen, daß sie sich verpflichten müssen, Erfindungen, die sie machen, zur Verfügung der Kommunen zu stellen resp. ihre Patentverträge so abzuschließen, daß die betreffenden Kommunen in der Lage sind, jederzeit unentgeltlich von der Erfindung Gebrauch zu machen. Diese Verfügung ist so weitgehend und praktisch so wenig durchführbar, daß sie zu ganz ungeheuren Konsequenzen führen müßte. Ich möchte fragen, ob nach Meinung des Vereins deutscher Chemiker eine derartige einfach nachträglich zur Unterschrift vorgelegte Verfügung zulässig ist. (Zuruf: Rechtsauskunftsstelle!) Denken Sie an medizinische und technische Erfindungen, wohin sollte das führen.“

V o r s.: „Ich darf annehmen, daß der Vorstandrat einverstanden ist, daß die Gruppe für gewerblichen Rechtsschutz im Einvernehmen mit dem Sozialen Ausschuß die Frage behandelt: wie verhält sich vom Standpunkte des Vereins deutscher Chemiker aus das Patentgesetz.“

Dr. F i s c h e r, Aachen: „Ich möchte fragen, ob im letzten Jahre nicht beschlossen wurde, daß alle die Herren, die nach Amerika reisten, nachher Bericht zu erstatten hätten.“

Prof. Dr. R a s s o w: „Eine große Anzahl von Berichten ist schon veröffentlicht worden, und im letzten Heft der Zeitschrift sind noch weitere Berichte enthalten. Es ist außerdem in den Bezirksvereinen eine ganze Anzahl von Vorträgen gehalten worden, die sich aber zum größten Teil untereinander decken, so daß es nicht angeht, jeden einzelnen Vortrag in der Zeitschrift zu veröffentlichen. Soweit ich es habe verfolgen können, ist die Berichterstattung in sehr weitgehender Weise geschehen. Einer oder der andere Herr hat den Wunsch, den der Verein vor einem Jahre aussprach, wohl nicht recht erfüllt, wir können aber einen Zwang nicht ausüben.

Über die einzelnen Sitzungen des Kongresses haben die Herren referiert, soweit es bei den sehr schwierigen Verhältnissen in Neu York möglich war, und diese Berichte haben wir in der Zeitschrift abgedruckt.“

V o r s.: „Hat sonst jemand noch etwas zu bemerken? — Wenn das nicht der Fall ist, dann danke ich Ihnen für die Ausdauer, die Sie bewiesen haben, danke insbesondere den Herren Rednern, die sich an den Aussprachen beteiligt haben, und schließe die Sitzung.“

(Schluß 5 Uhr 30 Minuten.)

II.

Begrüßungsakt

im Hause der Zwingergesellschaft.

Montag, den 15. September 1913, abends 8 Uhr.

Der Vorsitzende Dir. Dr. H. K r e y eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

„Hochverehrte Versammlung!

Wie wir es seit Jahren gewohnt, vereinigt uns die Hauptversammlung, wenn auch zu ungewohnter Jahreszeit, veranlaßt durch politische Maßnahmen im Mai dieses Jahres.

Mit der diesjährigen Versammlung hier in Breslau beginnen wir das zweite Vierteljahrhundert im Leben unseres Vereins, und daß von hier, von Breslau aus, ein Jahrhundert

ungeahnten Aufstiegs des preußischen Volkes seinen Anfang nahm, das wollen wir deutschen Chemiker uns als ein günstiges Vorzeichen deuten.

Mit glänzender Festversammlung, mit illustren Gästen — an der Spitze Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Baden — im Glanze der Schwarzwaldsonne, haben wir vorm Jahre die 25. Versammlung gefeiert. Wir beschlossen, die 26. hier in Breslau zu begehen, in schlichtester Weise mit gewohntem Eifer beim Rate und Ernste bei der Arbeit.